

RheinlandPfalz



Statistisches Landesamt

Statistische Monatshefte

1991

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

September

Oktober

November

Dezember

Inhalt

Baulandmarkt 1980 bis 1990	201	Der Beitrag informiert über die Entwicklung am Baulandmarkt, besonders über die Veränderungen der Kaufwerte von baureifem Land.
-----------------------------------	-----	---

Bruttojahresverdienste in der Industrie und im Dienstleistungsbereich 1990	205	Die Bruttojahresverdiensterhebung, in die auch die einmaligen und unregelmäßigen Zahlungen einbezogen werden, vermittelt gegenüber der vierteljährlichen Erhebung ein vollständigeres Bild der Verdienstentwicklung der Arbeitnehmer in Industrie, im Handel, bei Banken und Versicherungen.
---	-----	--

Umweltschutzinvestitionen im produzierenden Gewerbe	209	Dieser Beitrag informiert über die langfristige Entwicklung der Umweltschutzinvestitionen.
--	-----	--

Lehrerinnen und Lehrer an allgemeinbildenden Schulen	214	Es wird über die Entwicklung der Lehrerzahlen in den achtziger Jahren berichtet.
---	-----	--

Rehabilitationsmaßnahmen 1989	222	Der Beitrag vermittelt anhand ausgewählter Ergebnisse einen Überblick über die Rehabilitationsstatistik und erläutert die methodischen Grundlagen.
--------------------------------------	-----	--

Anhang	65 *	Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
	71 *	Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Beilagen

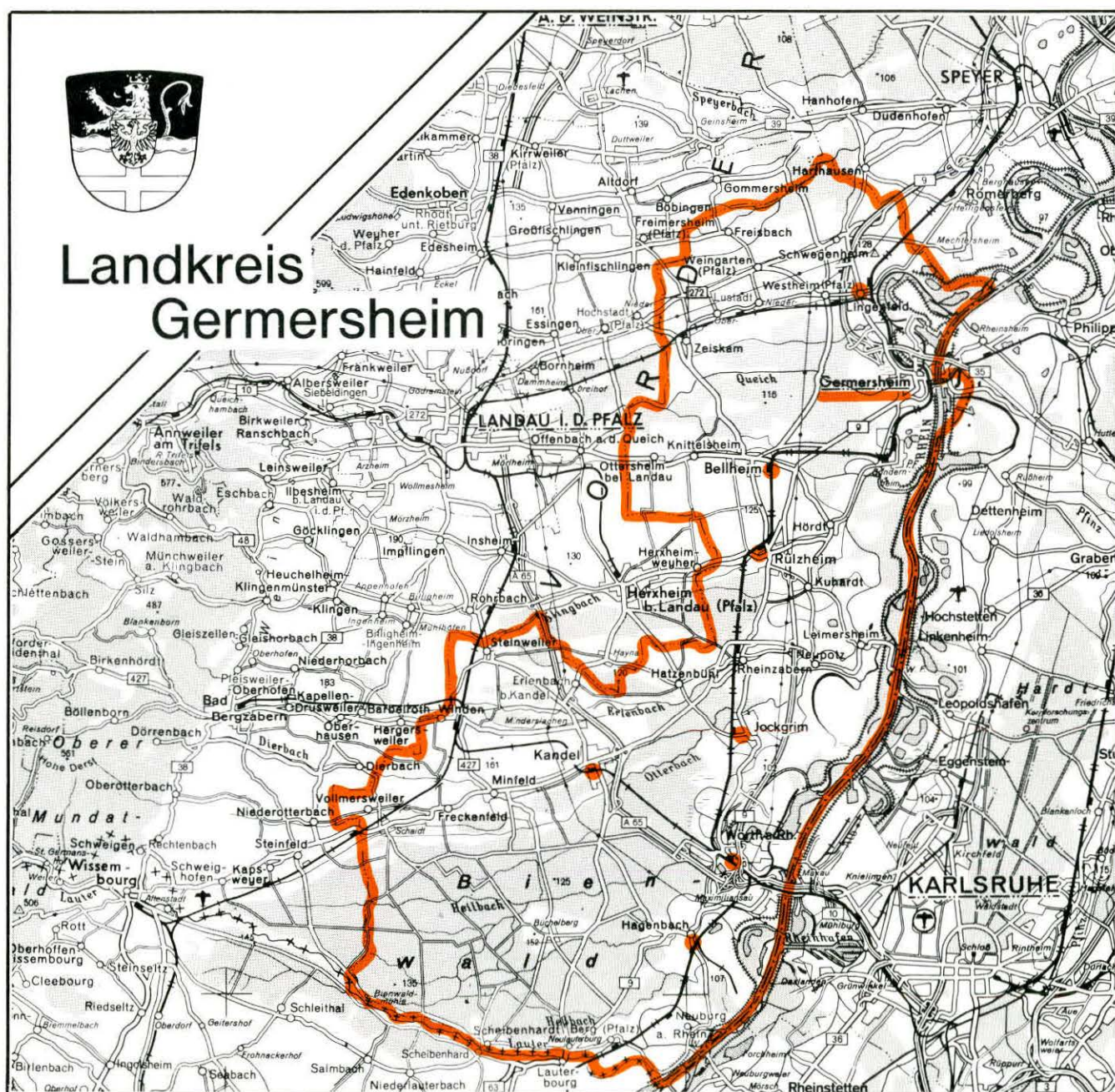
Der Landkreis Germersheim
Der Donnersbergkreis
Der Landkreis Ludwigshafen

Die Verwaltungsbezirke werden unter sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten beschrieben.

RheinlandPfalz



Statistisches Landesamt



Nachdruck nur mit schriftlicher Zustimmung des Herausgebers.

Abbildung Titelseite: Landesbildstelle Rheinland-Pfalz
Landesvermessungsamt Rheinland-Pfalz

Der Landkreis Germersheim

Landeskundliche Angaben

Das Bild des Landkreises Germersheim wird durch die fruchtbaren, durch landwirtschaftliche Intensivkulturen genutzten Gäuböden im Norden und den ausgedehnten Bienwald im Südwesten einerseits sowie das Industriezentrum um Wörth im Südosten andererseits geprägt. Der Kreis mit seinen 31 Gemeinden bildet den Süd-Ost-Zipfel des Landes Rheinland-Pfalz. Seine Fläche umfaßt 463 km². Nachbar im Norden ist der Landkreis Ludwigshafen. Die natürliche Kreisgrenze im Osten bildet der Rhein gegenüber Baden-Württemberg, im Süden das Flößchen Lauter gegenüber Frankreich. Im Westen und Nordwesten grenzt Germersheim an den Landkreis Südliche Weinstraße. Der Ostteil des Kreises liegt in der Nördlichen Oberrhein-Niederung, der Westteil im Vorderpfälzer Tiefland. Außer dem Bienwald gibt es weitere Waldgebiete, deren Anteil über 40 % der gesamten Kreisfläche ausmacht, auf den Schwemmkögen der aus dem Pfälzerwald in den Rhein mündenden Bäche.

Aus der vorrömischen Zeit finden sich vereinzelt Siedlungsspuren im Norden des Kreisgebietes sowie entlang dem Hochufer des Rheins. Die hier ansässigen germanischen Nemeter und Triboker gerieten durch die Feldzüge Cäsars unter römische Herrschaft und verblieben unter derselben bis zur Völkerwanderung. Im 2. Jahrhundert n. Chr. entstand vermutlich an der Stelle des heutigen Germersheim der römische vicus Julius. Das Gebiet des heutigen Landkreises war in jener Zeit Teil der Provinz Germania Superior. In der folgenden fränkischen Ära war es dem Speyergau zugeordnet. Von der territorialen Zersplitterung des Mittelalters blieb auch das Gebiet um Germersheim nicht verschont, wenngleich hier die Pfälzer Kurfürsten und das Hochstift Speyer die dominierende Rolle spielten. Germersheim selbst wird erstmals 1055 in einer Chronik erwähnt und 1276 wurde es mit Speyerer Stadtrecht durch Rudolf I. zur freien Reichsstadt erhoben. Eine Reichsburg wird in Germersheim 1175 erwähnt. Ludwig der Bayer verpfändete Germersheim 1330 an Kurpfalz, das die Stadt im Laufe der Zeit zum Sitz des Oberamts für die in der Umgebung gelegenen Besitzungen machte. Nach der französischen Revolution fiel das heutige Kreisgebiet, zu dem auch die Besitzungen der Bischöfe von Speyer im Bienwald gehörten, an das Departement Donnersberg (Arrondissement Speyer) und das Departement Bas-Rhin (Arrondissement Weißenburg). Nach Vertreibung der Franzosen 1816 wurde es zusammen mit der sogenannten Rheinpfalz dem Königreich Bayern zuge-

schlagen. Es bildete ein eigenes Landkommissariat bzw. Bezirksamt. In den Jahren 1834 bis 1861 erfolgte der Ausbau der Stadt zu einer Festung, die nach dem Ersten Weltkrieg geschleift wurde. Der althergebrachte Festungscharakter der Stadt hat bis heute deren wirtschaftliche Entwicklung beeinträchtigt.

Bei der Bildung des Landes Rheinland-Pfalz blieb Germersheim Kreisstadt des gleichnamigen Landkreises, der als einer von ganz wenigen durch die territoriale Verwaltungsreform Ende der 60er Jahre unberührt blieb. Lediglich eine Gemeinde wurde 1974 in den Landkreis Südliche Weinstraße ausgegliedert. Der Landkreis zählt zum Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz. Er setzt sich zusammen aus den verbandsfreien Städten Germersheim und Wörth sowie den Verbandsgemeinden Bellheim (mit 4 Ortsgemeinden), Hagenbach (4), Jockgrim (4), Kandel (7), Lingenfeld (6) und Rülzheim (mit 4 Ortsgemeinden). Die Kreisverwaltung hat ihren Sitz in der Stadt Germersheim.

Unter raumordnerischen Gesichtspunkten zählt der in die zwei Mittelbereiche Germersheim und Kandel/Wörth gegliederte Landkreis zur Region Rheinpfalz mit Ludwigshafen als Oberzentrum. Im Kreisgebiet sind aufgrund ihrer Ausstattung mit zentralörtlichen Einrichtungen Germersheim, Kandel und Wörth als Mittelzentren ausgewiesen, Rülzheim als Unterzentrum und Bellheim, Hagenbach, Jockgrim und Lingenfeld sowie Rheinzebern als Kleinzentren.

Politische Struktur

Aus der Kreistagswahl 1989 ging die CDU mit 41,8 % wieder als stärkste Partei hervor. Auf die SPD entfielen 38,9 %, auf die GRÜNEN 8,4 % und auf die F. D. P. 6,9 %. Im Kreistag verfügt die CDU über 17 der 41 Sitze und die SPD über 16. Auf die GRÜNEN und die F. D. P. entfallen jeweils drei Kreistagsmandate. Außerdem ist die ÖDP (3,9 %) mit 2 Sitzen im Kreistag vertreten.

Bei den gleichzeitigen Verbandsgemeinderatswahlen erreichte die CDU in der Verbandsgemeinde Rülzheim die absolute Mehrheit, in den Verbandsgemeinden Jockgrim und Bellheim die relative Mehrheit. In den Verbandsgemeinden Lingenfeld, Kandel und Hagenbach war die SPD stärkste Partei. Die F. D. P. ist in den Verbandsgemeinderäten von Kandel und Jockgrim mit 13 und 12,2 % vertreten, während die GRÜNEN außer in

Wahlen 1979 – 1991

Wahljahr	Wahl- berechtigte	Wahl- beteiligung	Von den gültigen Stimmen ¹⁾ entfielen auf					
			CDU	SPD	F.D.P.	GRÜNE	sonstige Parteien	Wähler- vereinigungen
	Anzahl	%						
Kreistagswahl								
1979	70 297	81,7	49,6	36,1	8,4	–	–	6,0
1984	74 900	80,1	49,6	35,5	6,8	8,0	–	–
1989	78 777	80,8	41,8	38,9	6,9	8,4	3,9	–
Landtagswahl								
1983	73 956	91,6	54,2	35,2	5,1	4,8	0,7	–
1987	77 221	78,6	49,5	35,1	6,4	5,9	2,4	0,7
1991	80 942	74,7	40,3	41,9	5,6	6,2	6,0	–
Bundestagswahl								
1983	74 124	91,7	53,8	34,5	6,6	4,5	0,7	–
1987	77 460	89,2	49,3	33,9	7,8	7,3	1,8	–
1990	81 037	83,9	48,3	32,8	8,9	4,0	5,9	–
Europawahl								
1979	70 052	82,1	50,7	36,7	8,0	3,7	0,9	–
1984	75 252	80,2	49,7	34,3	5,5	7,0	3,5	–
1989	79 151	80,8	39,9	36,1	5,4	7,5	11,2	–

1) Bei der Bundestagswahl Zweitstimmen, bei der Landtagswahl 1991 Landesstimmen.

diesen Verbandsgemeinden auch noch in der Verbandsgemeinde Hagenbach Mandate erhielten.

In 29 der 31 Gemeinden des Landkreises fand bei den Wahlen zum Gemeinderat 1989 eine Verhältniswahl statt. In zwei Gemeinden wurde nach den Grundsätzen des Mehrheitswahlrechts gewählt, da hier nur ein bzw. kein Wahlvorschlag eingereicht worden war. In den Gemeinden mit Verhältniswahl wurde zwölfmal die CDU stärkste Partei. In zehn Gemeinden konnte die SPD die meisten Stimmen auf sich vereinigen. In sechs Gemeinden erzielten Wählergruppen, in einer Gemeinde die F.D.P. die höchste Stimmenzahl.

Die Bundestagswahl 1990 erbrachte für die CDU 48,3 %, für die SPD 32,8 % und für die F. D. P. 8,9 % der gültigen Zweitstimmen. Die GRÜNEN blieben mit 4 % unter der 5 %-Hürde.

Bei der Landtagswahl 1991 wurde die SPD mit 41,9 % der gültigen Landesstimmen stärkste Partei, die CDU

erreichte nur noch 40,3 %. Es folgten die GRÜNEN mit 6,2 % und die F. D. P. mit 5,6 % auf den nächsten Plätzen.

Bevölkerung

Der Landkreis hatte Ende 1989 eine Bevölkerung von gut 107 100 und lag damit unter allen Landkreisen etwa im Mittelfeld. Mit 231 Einwohnern je km² lag die Siedlungsdichte deutlich über dem Landkreisdurchschnitt von 145. Rund 17 200 Einwohner leben in der Stadt Wörth am Rhein, 14 700 in der zweitgrößten Gemeinde Gernersheim. Die sechs Verbandsgemeinden haben Einwohnerzahlen zwischen 9 900 (Hagenbach) und 14 100 Personen (Kandel). Die kleinste Ortsgemeinde war Ende 1989 mit etwas über 230 Einwohnern Vollmersweiler in der Verbandsgemeinde Kandel.

Im Vergleich mit den übrigen Kreisen in Rheinland-Pfalz ist in Gernersheim die Entwicklung seit Bestehen

Bevölkerung 1939 – 2000 und Erwerbstätigkeit 1987

Verbandsfreie Gemeinde ————— Verbandsgemeinde	Bevölkerung									Erwerbstätigkeit	
	1939	1950	1961	1970	1980	1989			2000	ins- gesamt	Erwerbs- tätigen- quote ¹⁾
						ins- gesamt	weib- lich	Ein- wohner je km ²			
Anzahl						%		Anzahl		%	
Germersheim, Stadt	7 121	6 623	9 133	11 106	13 347	14 700	51,9	690	15 167	5 763	42,6
Wörth am Rhein	9 596	7 583	9 640	14 601	17 524	17 161	49,7	130	17 513	8 108	47,9
VG Bellheim	8 102	8 841	9 549	10 228	10 558	11 333	50,8	260	11 382	4 943	45,3
VG Hagenbach	6 183	5 979	6 937	9 111	9 498	9 857	50,2	292	9 999	4 465	46,5
VG Jockgrim	7 776	8 238	9 327	11 499	12 599	13 900	50,1	340	14 145	6 444	48,1
VG Kandel	10 146	10 346	10 993	12 228	13 280	14 074	50,8	204	14 013	6 415	46,9
VG Lingenfeld	8 748	9 909	11 088	11 765	12 008	13 185	50,4	188	13 284	5 830	46,3
VG Rülzheim	8 580	9 116	10 026	11 142	11 919	12 932	51,1	243	12 910	6 109	48,3
Landkreis Germersheim	66 252	66 635	76 693	91 680	100 733	107 142	50,6	231	108 413	48 077	46,5

1) Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung.

des Landes weit positiver verlaufen. So lag Ende 1989 die Bevölkerung des Kreises gegenüber 1950 um fast 61 % höher, wogegen im Landkreisdurchschnitt eine Steigerung um 21 % zu verzeichnen ist. Diese Entwicklung dauerte auch im Jahre 1989 noch an, so daß der Kreis mit einer Bevölkerungszunahme um 1,9 % an vierter Stelle steht. Grund dafür ist nicht zuletzt, daß in Germersheim seit vielen Jahren die Zahl der Geborenen höher liegt als die Zahl der Sterbefälle, während es seit längerem in den übrigen Kreisen zumeist einen Gestorbenenüberschuß gibt.

Bei der Volkszählung 1987 gaben 59 % der Kreisbevölkerung an, der katholischen Kirche anzugehören. Dieser Anteil liegt über dem Landkreisdurchschnitt von knapp 57 % und ist der höchste aller kreisfreien Städte und Landkreise des Regierungsbezirkes Rheinhessen-Pfalz. Der Anteil der evangelischen Bevölkerung liegt mit 32 % am unteren Ende im Regierungsbezirk. Mit 4,6 % ist der Bevölkerungsanteil, der sonstigen Religionsgesellschaften (z. B. dem Islam) angehört, der höchste unter den Landkreisen. Das liegt daran, daß hier prozentual die meisten türkischen Staatsangehörigen aller Kreise gezählt wurden.

Durch die seit langem günstige Geburtenentwicklung, hat der Kreis eine sehr vorteilhafte Altersstruktur. So sind 23 % der Bevölkerung unter 20 Jahre alt, im Landkreisdurchschnitt liegt dieser Wert bei 22 %. Auch die Bevölkerung im Alter zwischen 20 und 60 Jahren ist mit 60 % weit überdurchschnittlich (57 %) vertreten. Dagegen liegt der Anteil der über 60jährigen mit 17 % um fünf Prozentpunkte unter dem Landkreisdurchschnitt und ist der niedrigste aller kreisfreien Städte und Landkreise des Landes.

Erwerbstätigkeit

Zum Zeitpunkt der Volkszählung 1987 gab es im Landkreis Germersheim 48 100 Erwerbstätige, von denen 31 200 oder 65 % Männer und 16 900 Frauen waren. Die Erwerbstätigenquote als Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung lag mit 47 % um drei Prozentpunkte über dem Landkreisdurchschnitt und war die höchste aller kreisfreien Städte und Landkreise. Noch deutlicher fällt der Unterschied bei den männlichen Erwerbstätigen aus, wo im Kreis eine Erwerbstätigenquote von 61 % festgestellt wurde, bei einem Landkreisdurchschnitt von 58 %.

Fast 24 500 Erwerbstätige, d.h. mehr als die Hälfte, waren 1987 im Wirtschaftsbereich produzierendes Gewerbe tätig, im Durchschnitt aller Landkreise waren es knapp 43 %. Die übrigen drei Wirtschaftsbereiche waren dagegen unterdurchschnittlich vertreten. So lag die Land- und Forstwirtschaft mit 3,6 % um gut zwei Prozentpunkte unter dem Landkreiswert. Auch beim Wirtschaftsbereich Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung (14 %) betrug die Differenz mehr als zwei Prozentpunkte. Der Bereich Dienstleistungen beschäftigte 31 % aller Erwerbstätigen, deutlich weniger als im Durchschnitt (35 %).

Das besondere Gewicht des Produktionsbereiches schlug sich auch im mit 43 % deutlich höheren Anteil

Fläche und Bevölkerung der Gemeinden 1989¹⁾

Gebietskörperschaft	Fläche	Bevölkerung
	km ²	Anzahl
Germersheim	21,30	14 700
Wörth am Rhein	131,63	17 161
VG Bellheim	43,57	11 333
Bellheim	20,43	7 195
Knittelsheim	6,37	717
Ottersheim bei Landau	7,90	1 593
Zeiskam	8,87	1 828
VG Hagenbach	33,73	9 857
Berg (Pfalz)	6,76	1 893
Hagenbach	15,85	4 825
Neuburg am Rhein	8,25	2 496
Scheibenhart	2,87	643
VG Jockgrim	40,92	13 900
Hatzenbühl	7,76	2 396
Jockgrim	12,61	5 904
Neupotz	7,52	1 521
Rheinzabern	13,02	4 079
VG Kandel	68,91	14 074
Erlenbach bei Kandel	5,47	619
Freckenfeld	11,13	1 444
Kandel	26,64	7 926
Minfeld	8,41	1 506
Steinweiler	11,87	1 536
Vollmersweiler	2,18	234
Winden (Germersheim)	3,20	809
VG Lingenfeld	70,18	13 185
Freisbach	4,97	806
Lingenfeld	15,31	4 361
Lustadt	23,76	2 951
Schwegenheim	12,26	2 325
Weingarten (Pfalz)	6,67	1 348
Westheim (Pfalz)	7,21	1 394
VG Rülzheim	53,25	12 932
Hördt	18,64	2 131
Kuhardt	4,99	1 657
Leimersheim	12,97	2 246
Rülzheim	16,66	6 898
Landkreis Germersheim	463,48	107 142

1) Stand 31. 12.

von Arbeitern nieder (Landkreisdurchschnitt: 38 %). Beamte waren mit 7,1 % unterdurchschnittlich vertreten, der Anteil der Angestellten entsprach mit 33 % dem Durchschnitt. Prozentual ebenfalls etwas unterrepräsentiert waren auch die Selbständigen (7,5 %) und die mithelfenden Familienangehörigen mit 2,1 %. Gut 3 400 der Erwerbstätigen bzw. 7,1 % befanden sich zum Zeitpunkt der Volkszählung 1987 noch in beruflicher Ausbildung als kaufmännischer/technischer oder gewerblicher Auszubildender.

Als Arbeitszentren des Kreises können die Städte Wörth am Rhein und Germersheim gelten, die deutlich mehr Ein- als Auspendler haben. So stehen bei Wörth am Rhein den 8 200 Berufseinspendlern, von denen über die Hälfte aus dem Landkreis selbst und fast ein Viertel aus dem benachbarten Landkreis Südliche Weinstraße kommen, etwa 4 200 Berufsauspendler gegenüber. Diese pendeln täglich zum ganz überwiegenden Teil (fast 72 %) nach Karlsruhe. Für die Stadt Germersheim ergeben 5 400 Berufseinspendler und 1 700 Berufsaus-

Berufseinpender in die Stadt Germersheim 1987

Herkunftsort	Berufseinpender ¹⁾
Bellheim	529
Lingenfeld	460
Rülzheim	406
Hördt	284
Landau in der Pfalz, Stadt	229
Lustadt	213
Speyer, Stadt	195
Philippsburg, Stadt (Baden-Württemberg)	172
Herxheim bei Landau/Pfalz (LK Südliche Weinstraße)	165
Westheim/Pfalz	139
Zeiskam	128
Kuhardt	120
Leimersheim	102
Offenbach an der Queich (LK Südliche Weinstraße)	101
Übrige Gebiete	2 178
Einpender insgesamt	5 421

1) Kamen mindestens 100 Personen aus derselben Gemeinde, ist deren Einpendlerstrom einzeln nachgewiesen.

pendler einen positiven Saldo von über 3 700 Erwerbstätigen. Die Hauptherkunftgebiete der Einpendler liegen mit nicht ganz 60 % im Landkreis selbst, gefolgt von knapp 13 % aus dem Landkreis Südliche Weinstraße. Fast 5 % der in der Stadt Germersheim arbeitenden Erwerbstätigen pendeln täglich aus dem Raum Karlsruhe ein. Ziele der Auspendler liegen gehäuft im Landkreis selbst, in den rheinland-pfälzischen Städten Speyer und Ludwigshafen sowie in Karlsruhe und Umgebung.

Einkommen

Im Jahre 1986 wohnten im Landkreis rund 38 600 Lohn- und Einkommenssteuerpflichtige mit einem

Berufseinpender in die Stadt Wörth am Rhein 1987

Herkunftsort	Berufseinpender ¹⁾
Jockgrim	586
Kandel	515
Karlsruhe, Stadt (Baden-Württemberg)	483
Rheinzabern	403
Rülzheim	388
Landau in der Pfalz, Stadt	387
Herxheim bei Landau/Pfalz (LK Südliche Weinstraße)	364
Hagenbach	351
Hatzenbühl	271
Bellheim	234
Übrige Gebiete	4 215
Einpender insgesamt	8 197

1) Kamen mindestens 200 Personen aus derselben Gemeinde, ist deren Einpendlerstrom einzeln nachgewiesen.

Gesamtbetrag der Einkünfte von 1,55 Mrd. DM. Je Steuerpflichtigen ergeben sich daraus Einkünfte in Höhe von 40 320 DM, über 3 % mehr als im Durchschnitt aller Landkreise. Damit stand der Kreis Germersheim an 5. Stelle der 24 Kreise des Landes.

Die meisten Einkommenssteuerpflichtigen (40 %) haben Einkünfte zwischen 25 000 und 50 000 DM. Im Durchschnitt aller Landkreise fallen 42 % der Steuerpflichtigen in diese Größenklasse. Einkünfte von weniger als 25 000 DM haben 32 % der Steuerpflichtigen des Kreises gegenüber 35 % im Landkreisdurchschnitt. Bei Einkommen von 50 000 und mehr DM schneidet Germersheim mit 28 % deutlich besser ab, da der Durchschnitt bei 23 % liegt.

Entsprechend dieser Verteilung zeigen sich auch bei einer Aufschlüsselung der Einkünfte auf die verschiedenen Größenklassen vergleichbare Unterschiede. So fallen im Landkreis 54 % der Einkünfte in die Größenklasse 50 000 und mehr DM, im Landkreisdurchschnitt sind es 50 %. Aus der Größenklasse unter 25 000 DM kommen in Germersheim 9,2 %, im Durchschnitt dagegen 11 % der Einkünfte. Wichtigste Quelle dieser Einkünfte ist die nichtselbständige Arbeit. Hier weist der Landkreis mit fast 86 % den höchsten Anteil unter allen Landkreisen auf und liegt um gut fünf Prozentpunkte über deren Durchschnittswert. Es folgen die Einkünfte aus Gewerbebetrieb mit 7,2 %. Nur der Landkreis Ludwigshafen hat einen noch geringeren Anteil bei dieser Art der Einkünfte, während der Durchschnitt der Landkreise bei 10 % liegt.

Bildungswesen

Im Schuljahr 1989/90 wurden an den 36 Grund- und Hauptschulen des Kreises rund 7 400 Schüler von 453 hauptberuflichen Lehrkräften unterrichtet. Die durchschnittliche Klassengröße belief sich auf etwa 22 Schüler, das entspricht dem Landesdurchschnitt. Im Kreis gab es vier Sonderschulen, in denen 34 Lehrer gut 250 Schüler betreuten. In den Gemeinden Germersheim und Kandel existiert jeweils eine Realschule, die im Schuljahr 1989/90 von insgesamt 1 252 Schülern besucht wurden, 77 hauptberufliche Lehrer erteilten den Unterricht. Die durchschnittliche Klassengröße lag mit 25,6 Schülern etwas über dem Durchschnitt des Landes von 24,6. Die zwei Gymnasien des Landkreises liegen in den Städten Germersheim und Wörth am Rhein. Dort wurden 1 800 Schüler von rund 130 hauptberuflichen Lehrkräften unterrichtet. Die durchschnittliche Klassengröße überstieg mit 25,9 Schülern den Landesdurchschnitt von 25,4.

Die berufsbildenden Schulen sind im Schulzentrum Germersheim zusammengefaßt. Die 106 Klassen wurden 1989/90 von 1 751 Schülern bzw. Auszubildenden besucht. Vertreten sind je eine Berufsschule, Berufsfachschule und Fachschule. In den 89 Klassen der Berufsschule wurden rund 1 420 Jugendliche ausgebildet. Die 15 Berufsfachschulklassen besuchten 269 Schüler. In den 2 Klassen der Fachschule wurden in dem genannten Schuljahr 60 Schüler unterrichtet.

In der Gemeinde Kandel gibt es eine Krankenpflegeschule, an der 1989/90 in drei Kursen insgesamt rund

60 Krankenschwestern bzw. -pfleger in Ausbildung waren.

In der Stadt Gernersheim befindet sich der Fachbereich Angewandte Sprachwissenschaft der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, der aus der Staatlichen Dolmetscherschule Gernersheim hervorgegangen ist und 1949 der Universität Mainz als Auslands- und Dolmetscherinstitut angegliedert wurde. Im Wintersemester 1989/90 waren hier 2 090 Studenten eingeschrieben. Es handelte sich um 414 männliche und 1 676 weibliche Studierende. Unter den Studenten befanden sich 418 Ausländer.

Sportstätten

Ende 1989 gab es im Landkreis Gernersheim 60 Sportplatzanlagen mit 77 Sportplätzen und einer Kapazität für fast 50 000 Zuschauer. Rund 72 % der Anlagen befanden sich in kommunaler Trägerschaft. Außerdem gab es im Kreis 55 Turn- und Sporthallen, 7 Hallenbäder, 4 Freibäder sowie 3 Naturbäder. Besonders gut versorgt mit Sportstätten ist die Stadt Wörth am Rhein. Dort gibt es 12 Sportplatzanlagen und 11 Turn- und Sporthallen. Mindestens eine Sportanlage haben aber alle Gemeinden des Kreises, mit Ausnahme der sehr kleinen Gemeinde Vollmersweiler.

Gesundheitswesen

Ende 1989 wurden im Kreis 154 Ärzte gezählt, von denen 87 eine freie Praxis führten. Außerdem gab es 40 freipraktizierende Zahnärzte. Damit kamen auf einen niedergelassenen Arzt rund 1 232 Einwohner, ein Zahnarzt war mit seiner Praxis durchschnittlich für 2 680 Einwohner zuständig. Diese Werte liegen über dem Landkreisdurchschnitt von 1 085 bzw. 2 595 Einwohnern. Hier muß allerdings die räumliche Nähe des Landkreises zu den Städten Landau, Neustadt, Speyer und auch Karlsruhe gesehen werden. Jeweils ein Akutkrankenhaus steht in Gernersheim und in Kandel mit zusammen 434 Betten.

Jugend- und Altenpflege

Anfang 1990 gab es in Gemeinden des Landkreises 55 Kindergärten mit zusammen 3 780 Plätzen. Von diesen Kindergärten waren 33 bzw. 60 % in freier, 22 oder 40 % in öffentlicher Trägerschaft. Zur Betreuung der Kinder waren insgesamt 325 Personen eingesetzt, von denen 287 zum Fachpersonal gehörten. Außerdem gab es im Kreis drei Jugendzentren.

Für ältere Menschen waren 1988 drei kombinierte Altenwohn-, Altenpflege- bzw. Altenheime mit insgesamt 300 Plätzen vorhanden. Sie standen in den Gemeinden Gernersheim, Kandel und Rülzheim.

Wohnungsversorgung

Ende 1989 gab es im Kreis fast 41 000 Wohnungen, damit kamen auf 1 000 Einwohner 388 Wohnungen. Die

Wohnraumversorgung lag hier deutlich unter dem Landkreisdurchschnitt von 404.

Nach den Ergebnissen der Wohnungszählung 1987 weicht die Baualtersstruktur der Wohnungen des Landkreises im Vergleich zum Landkreisdurchschnitt zugunsten der jüngeren Wohnungen ab. So lagen 15 % der Wohnungen in 1979 und später gebauten Gebäuden, bei einem Durchschnitt von 13 %. Auch in den Altersklassen 1958 bis 1968 und 1969 bis 1978 hatte Gernersheim mit 23 bzw. 25 % einen deutlich überdurchschnittlichen Anteil (20 und 19 % in den Landkreisen zusammen). In vor der Jahrhundertwende gebauten Gebäuden lagen 14 % der Wohnungen des Kreises, aber 19 % im Durchschnitt aller Landkreise. In der Ausstattung der Wohnungen werden diese Baualtersunterschiede nicht widerspiegelt. Obwohl die Wohnungen des Kreises Gernersheim durchschnittlich etwas jünger sind als die der anderen, ist der Anteil der Wohnungen mit Bad, WC und Sammelheizung mit 66 % etwas niedriger als bei allen Landkreisen zusammen (67 %). Dafür sind Wohnungen, die kein Bad haben mit 3,9 % etwas häufiger als im Durchschnitt (3,3 %).

Die Eigentümerquote bei Wohnungen war 1987 im Kreis mit 61 % niedriger als im Landkreisdurchschnitt (62 %). Die Quadratmeterpreise der Mietwohnungen liegen in allen Baualtersgruppen etwas über dem Durchschnitt aller Kreise.

Verkehr

Der nach der Fläche zweitkleinste Landkreis Gernersheim verzeichnet 1991 bei den Straßen des überörtlichen Verkehrs 349 km Straßenlänge. Diese Straßenkilometer teilen sich auf in 10 km Bundesautobahn, 80 km Bundesstraßen, 161 km Landes- und 98 km Kreisstraßen. Besonders hoch ist im Landkreis mit 46 % der Anteil der Landesstraßen, die im Durchschnitt einen Anteil von knapp 39 % erreichen. Kreisstraßen sind mit 28 % in Gernersheim unterdurchschnittlich (41 %) vorhanden. An den Schienenverkehr angeschlossen ist der Kreis durch die in Nord-Süd-Richtung von Ludwigshafen über Gernersheim und Wörth in Richtung Karlsruhe führende Linie der Deutschen Bundesbahn, die sich in Wörth mit der Linie Saarbrücken-Karlsruhe trifft.

Der Rhein als wichtiger Verkehrsweg bildet über 35 km die Kreisgrenze. Allein den Hafen Wörth liefen 1990 gut 1 950 Güterschiffe an, die über 1,5 Millionen Tonnen Güter umschlugen, überwiegend Mineralölzeugnisse. Im Hafen Gernersheim wurden bei rund 730 Güterschiffen 0,8 Millionen Tonnen umgeschlagen, hauptsächlich Steine und Erden.

Mitte 1990 wurden im Kreisgebiet 56 600 Personenkraftwagen (einschließlich Kombinationskraftwagen) gezählt. Auf 1 000 Einwohner kamen damit 528 Fahrzeuge. Der Durchschnitt aller Landkreise lag mit 522 etwas niedriger. Hinzu kamen u. a. über 2 140 Lastkraftwagen, 3 900 Zugmaschinen sowie 2 800 Krafträder.

Sozialprodukt

Die Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen erreichte im Landkreis Gernersheim 1988 eine Höhe von

Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen 1980 – 1988

Jahr	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft	Produzierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienstleistungsunternehmen	Staat, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck	Je Einwohner ¹⁾	
	Mill. DM	%					DM	Landkreise=100
1980	3 660	1,1	81,7	3,8	7,1	6,3	36 480	231,4
1982	3 807	1,4	79,6	4,1	8,6	6,3	37 530	222,4
1984	3 462	1,4	75,9	4,6	10,5	7,6	34 010	187,5
1986	4 078	1,1	77,7	4,3	10,3	6,7	40 160	199,1
1988	4 078	1,0	76,5	4,7	11,0	6,7	40 550	190,2

1) Bis 1986 Einwohner auf der Basis Volkszählung 1970, 1988 auf der Basis von 1987.

4,24 Mrd. DM. Gegenüber 1980 beträgt die Zunahme 16 %. Je Einwohner ergab sich 1988 eine Bruttowertschöpfung von 40 550 DM, 11 % mehr als 1980. Im Vergleich mit dem Durchschnitt aller Landkreise zeigt sich im Kreis GERMERSHEIM eine um 90 % höhere Wertschöpfung je Einwohner für das Jahr 1988. Allerdings lag diese 1980 noch um 131 % über dem Durchschnitt. Hierbei ist jedoch anzumerken, daß die Bezugszahl Bruttowertschöpfung je Einwohner nur unzureichend die Wirtschaftskraft des Kreises widerspiegelt, da die wirtschaftliche Leistung nicht von den in einem Gebiet Wohnenden, sondern von den in einem Gebiet Arbeitenden erbracht wird. Fast 82 % des Sozialprodukts stammten 1980 aus dem produzierenden Gewerbe, heute sind es noch knapp 77 %. Dafür hat der Dienstleistungsbereich in diesem Zeitraum von rund 7 auf 11 % zugenommen. Der Anteil von Handel und Verkehr ist um etwa einen Prozentpunkt auf 4,7 % gestiegen.

Betriebe. Im Landkreisdurchschnitt lagen diese Anteile mit 8,1 %, 8,3 % und 5,2 % teils höher und teils niedriger. Der überdurchschnittliche Rückgang der Betriebszahlen wird auch dadurch verdeutlicht, daß 1949 im Kreis 0,1 % der Betriebe eine Fläche von mehr als 20 ha bewirtschafteten, 1990 dagegen fast ein Viertel der Betriebe. Im Durchschnitt der Landkreise nahm der Anteil im gleichen Zeitraum von 1,1 % auf 22 % zu.

Stark zurückgegangen ist die Rinderhaltung im Kreis zwischen 1950 und 1990 (– 72 %), als 212 Halter noch 4 200 Rinder hatten. Im Landkreisdurchschnitt ist die Zahl der gehaltenen Rinder seit 1950 um knapp 19 % zurückgegangen. Auch für Schweine fiel die Abnahme mit – 32 % im Kreis deutlich stärker aus als im Durchschnitt (– 18 %).

Landwirtschaft

Von den gut 46 300 ha Bodenfläche des Kreises waren 1989 rund 19 200 ha als Landwirtschaftsfläche genutzt. Der Anteil von 41 % liegt unter dem Landkreisdurchschnitt von 45 %. Etwa 40 % des Kreisgebietes war mit Wald bedeckt. Von der landwirtschaftlichen Fläche waren 1987 über 86 % Ackerland, nur gut 9 % wurden als Dauergrünland genutzt. Im Durchschnitt aller Landkreise war das Dauergrünland mit 32 % stärker verbreitet, während das Ackerland 58 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche einnahm. Die Rebflächen hatten im Landkreis mit 3,4 % eine geringe Bedeutung.

Gut die Hälfte des Ackerlandes (52 %) wurde für den Getreideanbau, darunter überwiegend Weizen (52 %) und Sommergerste (24 %), genutzt. Mit 12 % an zweiter Stelle stand der Anbau von Zuckerrüben, gefolgt von Ölfrüchten mit 8,4 %. Im Landkreisdurchschnitt wurden fast drei Viertel der Ackerflächen für den Getreideanbau, knapp 5 % für Zuckerrüben und gut 6 % für Ölfrüchte genutzt.

Im Jahre 1990 gab es im Landkreis rund 1 140 landwirtschaftliche Betriebe, etwa 85 % weniger als 1949. Damit fiel der Rückgang der Betriebszahlen stärker aus als im Durchschnitt aller Kreise, wo zwischen 1949 und 1990 eine Abnahme um 75 % zu verzeichnen war. Gut drei Viertel aller Betriebe im Landkreis GERMERSHEIM hatten weniger als 20 ha landwirtschaftlich genutzte Fläche (Durchschnitt: 78 %). Zwischen 20 und 30 ha hatten 9,4 %, 30 bis 50 ha 10 % und über 50 ha 4,7 % der

Industrie und Handwerk

Nach der Zählung der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten 1987 wurden im Landkreis 38 300 Beschäftigte in 3 700 Betrieben registriert. Gegenüber 1970 bedeutete dies eine Zunahme der Betriebe um 6,1 % und der Beschäftigten um 32 %. Im gesamten Landesdurchschnitt fielen die Zunahmen mit 5,2 bzw. 12 % teilweise deutlich geringer aus.

Knapp die Hälfte aller Beschäftigten des Landkreises entfielen 1987 auf das verarbeitende Gewerbe, im Durchschnitt des Landes war knapp jeder dritte Beschäftigte in dieser Wirtschaftsabteilung tätig. Im Vergleich mit 1970 verzeichnete der Kreis eine Zunahme im verarbeitenden Gewerbe um rund 22 %, im Land insgesamt gab es dagegen einen Rückgang um mehr als 11 %. Einen deutlichen Schwerpunkt innerhalb des verarbeitenden Gewerbes bildete im Landkreis GERMERSHEIM mit 11 620 Beschäftigten der Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau, das waren fast 61 % aller Beschäftigten jener Wirtschaftsabteilung. Im Landesdurchschnitt war nur gut jeder vierte (27 %) Beschäftigte des verarbeitenden Gewerbes in diesem Sektor tätig. Die Hauptrolle spielte dabei ein in der Stadt Wörth am Rhein gelegenes Automobilwerk. Dies führte auch dazu, daß die Stadt die Arbeitsplätze von etwa 62 % aller Beschäftigten des verarbeitenden Gewerbes innerhalb des gesamten Kreises stellte, während nur gut 13 % der Arbeitsstätten dieses Bereichs hier beheimatet waren.

Der Industrialisierungsgrad, d.h. die Zahl der Industriebeschäftigten je 1 000 Einwohner, war 1989 mit 186

der höchste aller Landkreise (Durchschnitt: 82) und wurde nur von den kreisfreien Städten Ludwigshafen, Pirmasens und Frankenthal übertroffen. Insgesamt waren im Landkreis Germersheim zu diesem Zeitpunkt 120 Industriebetriebe mit rund 19 900 Beschäftigten ansässig. Sie zahlten fast 1 Mrd. DM an Löhnen und Gehältern.

Von den über 800 Handwerksunternehmen nach der Arbeitsstättenzählung 1987 entfielen fast 46 % auf das verarbeitende Gewerbe. Rund 290 Handwerksunternehmen waren im Baugewerbe, 95 im Dienstleistungsbereich und 56 im Handelssektor tätig.

Handel

Nach der Arbeitsstättenzählung 1987 gab es in der Wirtschaftsabteilung Handel fast 1 020 Arbeitsstätten, in denen rund 3 970 Beschäftigte die Versorgung der Bevölkerung übernahmen. Dieser Sektor ist im Landesdurchschnitt seit 1970 hinsichtlich der Beschäftigtenzahl nahezu unverändert geblieben, indes war im Kreis eine Zuwachsrate von 39 % zu verzeichnen. Dies ist besonders auf die Entwicklung im Einzelhandel zurückzuführen. Hier hat die Zahl der Beschäftigten im Landkreis Germersheim zwischen 1970 und 1987 um mehr als 60 % zugenommen, im Landesdurchschnitt fiel der Anstieg mit 5,7 % weit geringer aus. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß die starke Zunahme der Zahl der Beschäftigten im Einzelhandel des Kreises nicht zuletzt auf den überdurchschnittlichen Anstieg bei den Teilzeitbeschäftigten zurückzuführen ist. Im Jahre 1987 war dieser Personenkreis mit fast 1 030 mehr als viermal so groß wie 1970. Der Anteil an den Beschäftigten dieses Wirtschaftssektors betrug über 32 %. Damit einher ging auch im Landkreis ein Anstieg der Frauenbeschäftigung im Einzelhandel um mehr als 92 % auf eine Quote von 69 %. Im Landesdurchschnitt stieg die Zahl der beschäftigten Frauen im gleichen Zeitraum um knapp 17 % auf einen Anteil von nicht ganz 66 %.

Anders als bei den Industriebeschäftigten ist im Handel keine so starke Konzentration auf eine einzelne Gemeinde festzustellen, obwohl die Kreisstadt Ger-

mersheim mit gut 27 % der Beschäftigten einen Schwerpunkt darstellt. Erwartungsgemäß sind aber auch die Sitzgemeinden der sechs Verbandsgemeinden mit Handelsbetrieben gut versorgt.

Dienstleistungen

Zum privaten Dienstleistungsbereich gehören die Kreditinstitute, das Versicherungsgewerbe und die von Unternehmen und freien Berufen erbrachten Dienstleistungen. In diesem Bereich hat sich die Zahl der Beschäftigten im Kreis zwischen 1970 und 1987 um fast 138 % erhöht. Im Landkreisdurchschnitt und im gesamten Land fielen die Steigerungsraten mit 97 und 85 % wesentlich geringer aus. Die bei der Arbeitsstättenzählung 1987 erfaßten 4 900 Beschäftigten waren zu fast 20 % in der Kreisstadt Germersheim tätig. Es folgt mit rund 17 % die Stadt Wörth, die seit 1970 um 250 % auf über 800 Beschäftigte im privaten Dienstleistungsbereich zugenommen hat. Die niedrigste Zuwachsrate hat mit 58 % die Verbandsgemeinde Lingenfeld.

Auch der Bereich der öffentlichen Dienstleistungen, zu dem außer den Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung auch die Organisationen ohne Erwerbscharakter gehören, hat seit 1970 eine Zunahme erfahren. So gab es 1987 in diesem Wirtschaftssektor 6 800 Beschäftigte, 51 % mehr als 1970. Für alle Landkreise haben die Zahlen in diesem Zeitraum durchschnittlich um 41 %, für das Land insgesamt um 39 % zugenommen. Auch hier hat die Stadt Wörth mit 139 % die höchste Steigerungsrate aller verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden des Kreises zu verzeichnen. Allerdings arbeitete nur etwa jeder zehnte Beschäftigte des öffentlichen Dienstleistungsbereichs in Wörth. Mit über 910 Beschäftigten (14 %) lag die Verbandsgemeinde Kandel deutlich höher. Erwartungsgemäß stand allerdings die Kreisstadt Germersheim bei den Beschäftigten im öffentlichen Dienstleistungsbereich unangefochten an der Spitze. Fast 3 900 Beschäftigte bzw. 57 % dieses Bereiches waren hier tätig, hauptsächlich im Bereich Stadt- und Kreisverwaltung sowie Schule und Krankenhaus.

Verarbeitendes Gewerbe 1989¹⁾ nach ausgewählten Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweig	Betriebe	Beschäftigte				Löhne und Gehälter	Umsatz
		insgesamt	je Betrieb	Anteil am verarbeitenden Gewerbe	Anteil am Land		
		Anzahl		%			Mill. DM
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	37	1 335	36	6,7	1,1	67,0	388,4
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	28	550	20	2,8	3,4	24,8	143,4
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	38	16 058	423	80,7	9,8	821,1	·
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	39	2 111	54	10,6	2,3	92,2	371,2
Papier- und Pappeverarbeitung	3	282	94	1,4	3,5	12,4	·
Druckereien, Vervielfältigung	13	100	8	0,5	1,1	2,9	10,0
Bekleidungs-gewerbe	7	218	31	1,1	3,9	4,7	10,7
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	6	394	66	2,0	1,8	17,0	68,6
Insgesamt	120	19 898	166	100,0	5,0	998,4	·

1) Alle Betriebe des verarbeitenden Gewerbes ohne Handwerksbetriebe mit weniger als 20 Beschäftigten.

Fremdenverkehr 1989

Gebietskörperschaft ¹⁾	Bettenkapazität		Gäste	Übernachtungen		Ausnutzung der Betten- kapazität
	insgesamt	Hotels		insgesamt	Ausländer	
	Anzahl	%	Anzahl		%	
Germersheim, Stadt	100	84,0	4 379	10 243	21,9	28,1
Jockgrim	95	29,5	2 079	.	.	.
Kandel, Stadt	169	47,3	6 982	13 429	20,8	21,8
Lingenfeld	156	64,1
Rülzheim	69	–
Wörth am Rhein, Stadt	207	–	7 344	19 282	31,9	25,5
Landkreis Germersheim	1 016	33,1	33 778	95 696	20,5	25,8

1) Gemeinden mit mindestens 5 000 Übernachtungen sind einzeln nachgewiesen.

Fremdenverkehr

Anders als in einigen anderen Landkreisen des Regierungsbezirks spielt der Fremdenverkehr im Kreis Germersheim eine untergeordnete Rolle. Die im Jahre 1989 vorhandenen gut 1 000 Fremdenbetten befanden sich zu über 92 % in Hotels, Hotels garnis und Gasthöfen, während Privatquartiere nur in sehr geringer Zahl zur Verfügung standen. Im Landesdurchschnitt entfielen nicht ganz 50 % der Fremdenbetten auf Hotels, Hotels garnis und Gasthöfe, über 20 % waren in Privatquartieren. Rund 33 800 Gäste mit 95 700 Übernachtungen ergaben eine durchschnittliche Aufenthaltsdauer von 2,8 Tagen, im Landesdurchschnitt lag der Aufenthalt jedes Gastes mit 3,4 Tagen deutlich höher, im Fremdenverkehrsgebiet des Nachbarkreises Südliche Weinstraße blieb ein Gast sogar durchschnittlich 4,2 Tage. Der Auslastungsgrad der Fremdenbetten betrug im Kreis 26 %, im Land 31 %. Jede fünfte Übernachtung entfiel 1989 auf einen ausländischen Gast, der durchschnittlich 3,5 Tage blieb. Etwa 31 % der 19 600 Übernachtungen ausländischer Gäste betrafen US-Amerikaner, die damit größte Ausländergruppe. Im Landesdurchschnitt machten Bürger der Vereinigten Staaten knapp 11 % aller Übernachtungen von Gästen aus, die von außerhalb der Bundesrepublik kamen.

Öffentliche Finanzen

Im Jahre 1988 beliefen sich die bereinigten Gesamteinnahmen der kommunalen Gebietskörperschaften des Landkreises Germersheim auf 231 Mill. DM. Das sind 2 215 DM je Einwohner, ein etwas unter dem Landkreisdurchschnitt (2 282 DM) liegender Wert. Aus Steuern und steuerähnlichen Einnahmen stammten im Kreis fast 47 %, im Landkreisdurchschnitt dagegen belief sich der Anteil auf gut 36 %. Die Steuereinnahmekraft je Einwohner lag daher im Kreis mit 1 059 DM auch deutlich höher als im Durchschnitt aller Landkreise (819 DM). Aus Zuweisungen und Zuschüssen stammten rund 9 % der bereinigten Gesamteinnahmen der Gebietskörperschaften des Kreises Germersheim, der Durchschnittswert betrug über 11 %. Die Schuldenaufnahme mit einem Anteil von 5,4 % lag etwa im Durchschnitt der Landkreise (5,6 %).

Der hohe Industrialisierungsgrad in der Gemeinde Wörth führte dazu, daß dort die Steuereinnahmekraft je Einwohner mit 2 715 DM wesentlich höher war als im Durchschnitt des Kreises (1 059 DM). Bereits die verbandsfreie Gemeinde Germersheim lag mit 888 DM unter dem Mittelwert, ebenso wie die sechs Verbandsgemeinden, deren Steuereinnahmekraft je Kopf der

Unmittelbare Ausgaben des Kreises, seiner Verbandsgemeinden und Gemeinden 1988

Aufgabenbereich	Unmittelbare Ausgaben insgesamt ¹⁾		Personal- ausgaben	Sachin- vestitionen	Übrige unmittel- bare Ausgaben
	1 000 DM	DM je Einwohner	Anteil der Ausgabeart in %		
Politische Führung und zentrale Verwaltung	31 461	301,17	65,0	16,0	19,0
Schulen und vorschulische Bildung	27 684	265,01	41,1	21,9	37,0
Kulturelle Angelegenheiten	6 901	66,06	23,5	34,0	42,5
Soziale Sicherung	30 100	288,14	11,4	1,0	87,6
Gesundheit, Sport und Erholung	21 421	205,06	15,2	57,7	27,1
Wohnungswesen und Raumordnung	7 028	67,28	13,7	58,4	27,9
Kommunale Gemeinschaftsdienste	25 098	240,26	18,8	60,2	21,0
Wirtschaftsförderung	2 874	27,51	24,4	40,9	34,7
Verkehrswesen	14 516	138,96	2,9	79,2	17,9
Wirtschaftsunternehmen	6 329	60,59	33,7	6,7	59,6
Übrige Aufgabenbereiche	23 655	226,44	19,7	41,4	38,9
I n s g e s a m t	197 067	1 886,48	27,3	34,6	38,1

1) Bruttoausgaben (ohne besondere Finanzierungsvorgänge) abzüglich Zahlungen an den öffentlichen Bereich.

Bevölkerung mit Werten zwischen 600 und 800 DM deutlich niedriger war.

Die unmittelbaren Ausgaben des Landkreises, seiner Verbandsgemeinden und Gemeinden beliefen sich 1988 auf gut 197 Mill. DM. Mit 31,5 Millionen DM bzw. 16 % bildete der Aufgabenbereich politische Führung und zentrale Verwaltung den größten Ausgabeposten, es folgt der Bereich soziale Sicherung mit gut 30 Mill. DM oder 15 %. Die Ausgaben für Schulen und vorschulische Bildung betragen fast 28 Mill. DM (14 %). Je Kopf der Bevölkerung ergaben sich unmittelbare Ausgaben in Höhe von 1 887 DM, etwas weniger als im Landkreisdurchschnitt (1 910 DM). Überdurchschnittliche Anteile der Ausgaben entfielen im Kreis auf den Bereich Gesundheit, Sport und Erholung mit fast 11 %

(Durchschnitt der Landkreise 5,6 %) sowie Kommunale Gemeinschaftsdienste mit 13 % gegenüber 8,6 % in allen Landkreisen. Bei einer Unterteilung nach Ausgabearten wird deutlich, daß der Landkreis mit einem Anteil an Sachinvestitionen von fast 35 % deutlich über dem Landkreisdurchschnitt von knapp 28 % liegt. Der Anteil der Personalausgaben beträgt in beiden Fällen gut 27 %.

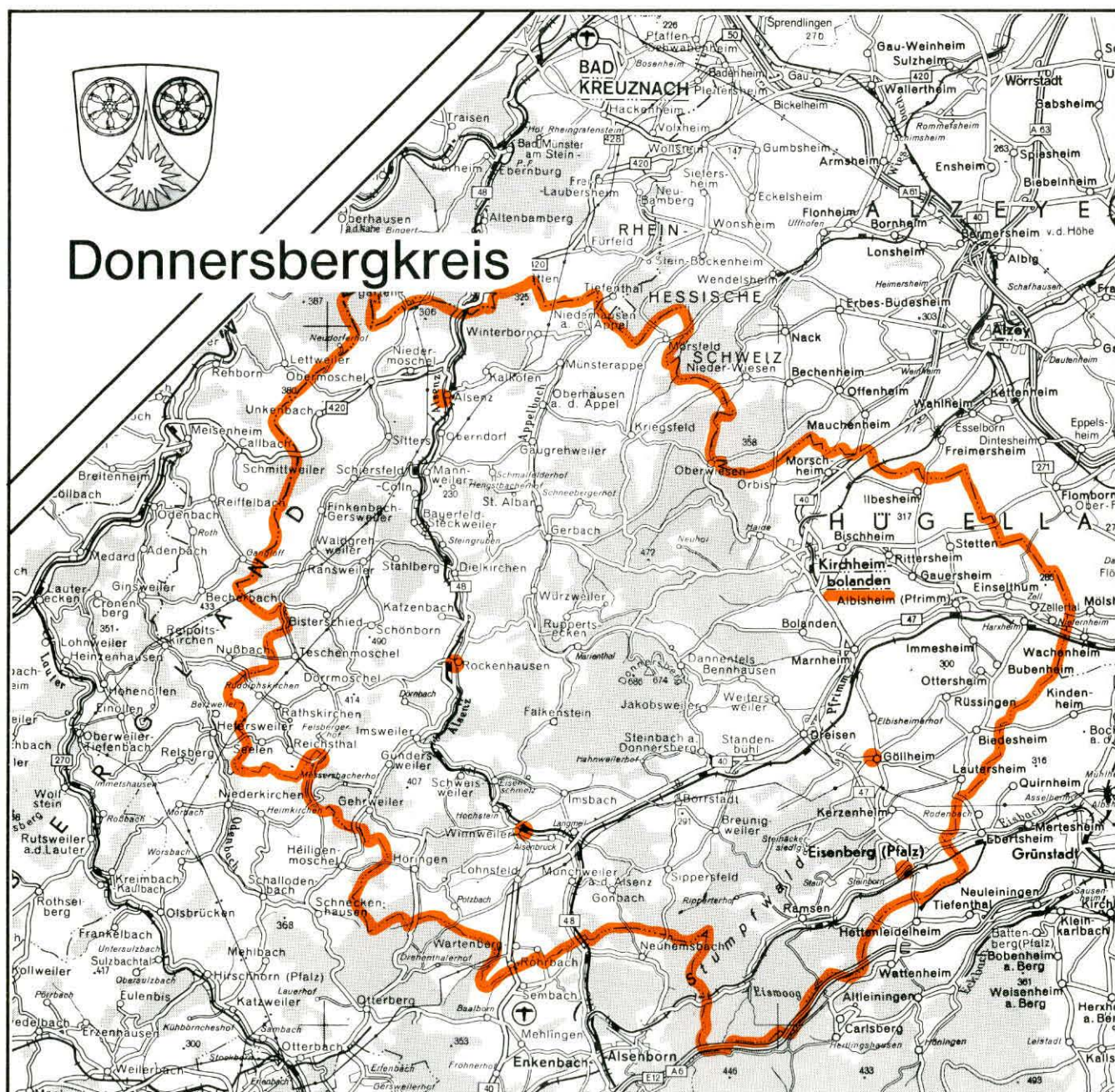
Im Jahre 1988 hatten die kommunalen Gebietskörperschaften des Kreises Schulden in Höhe von 108 Mill. DM. Pro Einwohner waren dies 1 035 DM. Im Landkreisdurchschnitt lag die Verschuldung je Kopf der Bevölkerung mit 1 552 DM um die Hälfte höher.

Diplom-Volkswirt Helmut Kollmar

Rheinland-Pfalz



Statistisches Landesamt



Nachdruck nur mit schriftlicher Zustimmung des Herausgebers.

Abbildung Titelseite: Landesbildstelle Rheinland-Pfalz
Landesvermessungsamt Rheinland-Pfalz

Der Donnersbergkreis

Landeskundliche Angaben

Der Donnersbergkreis liegt in der Westpfalz. Er hat 81 Gemeinden und umfaßt ein Gebiet von 645 km². Im Nordwesten und Nordosten grenzt er an die Landkreise Bad Kreuznach und Alzey-Worms, im Südosten an Bad Dürkheim, im Südwesten und Westen an die Landkreise Kaiserslautern und Kusel. Das Landschaftsbild ist geprägt von dem breiten Bergstock des Donnersberges, der mit 687 m die höchste Erhebung der Pfalz ist und dem der Kreis seinen Namen verdankt. Nach Osten erstreckt sich das Alzeier Hügelland, ein Acker- und Weinbaugebiet, das in Stufen zum Rhein abfällt. Im Westen schließt sich das Glan-Alsenz-Berg- und Hügelland an. Mit seiner Südspitze reicht der Kreis in den Stumpfwald des Pfälzer Waldes. Hier und um den Donnersberg finden sich die größten Wälder des Kreises, die an der Gesamtfläche mehr als ein Viertel ausmachen.

Die Landschaft um den Donnersberg ist reich an vorgeschichtlichen Siedlungsspuren. Das Plateau des Berges selbst war in keltischer Zeit besiedelt und durch einen Ringwall befestigt. Aus germanischer und römischer Zeit fehlen bislang Hinweise auf Besiedlung. Vermutlich ist auch der Name des Berges nicht auf den germanischen Gewittergott Donar, sondern auf das keltische Wort *dunum* = Berg zurückzuführen. Die Waldgebiete und Siedlungen um den Donnersberg gehörten seit fränkischer Zeit zum Reichsgut, aus dessen Teilen die im Reichsdienst zu Bedeutung gelangten Herren von Bolanden seit Beginn des 13. Jahrhunderts eine ansehnliche Gebietsherrschaft um die Zentren Kirchheim (seit 1368 Stadtrecht nach dem Vorbild der Reichsstadt Oppenheim), Dannenfels und Burg Stauff entwickelten. Ihre Nachfolger wurden im 14. Jahrhundert auf dem Erbwege die Grafen von Sponheim, die 1394 durch die walramische Linie der Grafen von Nassau beerbt wurden. Mit der Annexion des linken Rheinufers gelangten auch Rockenhausen und Kirchheimbolanden an Frankreich. Administrativ war das Gebiet auf die Kantone Kirchheim, Obermoschel, Rockenhausen und Göllheim im „Departement du Mont-Tonnerre“ aufgeteilt. Nach dem Wiener Kongreß wurden 1818 diese vier Kantone zum Landkommissariat Kirchheim zusammengefaßt, aus dem 1900 die Distrikte Obermoschel und Rockenhausen dem neu gebildeten Bezirksamt Rockenhausen einverleibt wurden.

Die jetzigen Grenzen des Donnersbergkreises sind im Rahmen der territorialen Verwaltungsreform 1969 fest-

gelegt worden. Die beiden vormals bayerischen Kreise Kirchheimbolanden und Rockenhausen wurden zusammengelegt, wobei 11 Gemeinden an den Landkreis Bad Kreuznach ausgegliedert wurden. Weitere Grenzkorrekturen erfolgten gegenüber den umliegenden Kreisen, erneute Umgliederungen von Gemeinden noch im Jahre 1974. Der Donnersbergkreis zählt zum Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz. Er besteht aus den Verbandsgemeinden Alsenz-Obermoschel (mit 16 Ortsgemeinden), Eisenberg (Pfalz) (3), Göllheim (13), Kirchheimbolanden (16), Rockenhausen (20) und Winnweiler (13 Ortsgemeinden). Die Kreisverwaltung hat ihren Sitz in der Stadt Kirchheimbolanden.

Die beiden Mittelbereiche Rockenhausen und Kirchheimbolanden sowie die Verbandsgemeinde Eisenberg als Teil des Mittelbereichs Grünstadt zählen raumordnerisch zur Region Westpfalz mit Kaiserslautern als Oberzentrum. Aufgrund ihrer Ausstattung mit zentralörtlichen Einrichtungen sind die Städte Rockenhausen und Kirchheimbolanden als Mittelzentren ausgewiesen. Alsenz und Obermoschel, Winnweiler und Eisenberg sind Unterzentren, Göllheim ist Kleinzentrum.

Politische Struktur

Bei der Kreistagswahl am 18. Juni 1989 erreichte die SPD im Donnersbergkreis die absolute Mehrheit mit einem Anteil von 53,6 % der gültigen Stimmen. Sie lag damit fast 25 %-Punkte vor der CDU, die 28,7 % der Stimmen erreichte. Die F.D.P. erhielt 10,4 %, die GRÜNEN 7,4 % der Stimmen. Von den insgesamt 37 Kreistagssitzen entfielen auf die SPD 20, auf die CDU 10, auf die F.D.P. 4 und auf die GRÜNEN 3.

Auch bei den gleichzeitig abgehaltenen Verbandsgemeinderatswahlen erreichte die SPD in den Verbandsgemeinden Alsenz-Obermoschel, Eisenberg, Kirchheimbolanden und Rockenhausen die absolute, in der Verbandsgemeinde Winnweiler die relative Mehrheit. Neben SPD und CDU sind nur Wählervereinigungen in allen Verbandsgemeindeparlamenten vertreten. Sie erreichten in der Verbandsgemeinde Göllheim mit 39,8 % ihr bestes Ergebnis.

Über die Zusammensetzung der Gemeinderäte entschieden in 45 der insgesamt 81 Gemeinden des Landkreises die Wähler nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl, da dort nur ein oder kein Wahlvorschlag eingereicht worden war. In 17 Gemeinden erreichte die

Wahlen 1979 – 1991

Wahljahr	Wahl- berechtigte	Wahl- beteiligung	Von den gültigen Stimmen ¹⁾ entfielen auf						
			CDU	SPD	F.D.P.	GRÜNE	sonstige Parteien	Wähler- vereinigungen	
	Anzahl	%							
Kreistagswahl									
1979	49 549	83,0	35,7	52,8	11,5	–	–	–	
1984	51 885	81,9	34,4	50,3	9,1	6,2	–	–	
1989	52 560	81,9	28,7	53,6	10,4	7,4	–	–	
Landtagswahl									
1983	51 683	90,4	41,0	49,0	4,4	4,6	1,0	–	
1987	52 345	79,4	34,7	48,4	7,7	6,1	2,3	0,8	
1991	53 959	74,6	29,9	53,1	7,3	6,0	3,7	–	
Bundestagswahl									
1983	51 743	90,4	39,5	47,6	7,2	4,9	0,8	–	
1987	52 334	87,3	36,0	46,1	8,7	7,2	2,0	–	
1990	53 941	81,8	37,4	44,4	9,9	4,1	4,2	–	
Europawahl									
1979	49 741	82,6	36,9	51,2	8,8	2,2	0,9	–	
1984	52 024	81,7	35,4	47,7	6,7	6,5	3,7	–	
1989	52 775	81,6	27,3	48,9	6,9	7,2	9,7	–	

1) Bei der Bundestagswahl Zweitstimmen, bei der Landtagswahl 1991 Landesstimmen.

SPD die absolute, in fünf die relative Mehrheit. In zwei Gemeinden war die CDU die absolut stärkste Partei. Die Wählergruppen, die sich in drei Gemeinden alleine zur Wahl stellten, gewannen in neun weiteren die absolute Mehrheit.

Bei der Bundestagswahl 1990 erreichte die CDU 37,4 %, die SPD 44,4 %, die F. D. P. 9,9 %, die GRÜNEN 4,1 % und sonstige Parteien 4,2 % der gültigen Zweitstimmen. Die Stimmabgabe bei der Landtagswahl 1991 führte zu folgendem Ergebnis : CDU 29,9 %, SPD 53,1 %, F. D. P. 7,3 %, GRÜNE 6,0 % und sonstige Parteien 3,7 % der gültigen Landesstimmen.

Bevölkerung

Gemessen an der Zahl seiner Einwohner (Ende 1989 : 68 549) ist der Donnersbergkreis einer der kleinsten des Landes. Mit 106 Einwohnern je km² liegt die Siedlungsdichte weit unter dem Durchschnitt der Landkreise (145). Knapp ein Viertel der Kreisbevölkerung

lebt in der Verbandsgemeinde Kirchheimbolanden (rund 16 000 Einwohner), prozentual liegen die Anteile der übrigen Verbandsgemeinden zwischen 18 (VG Eisenberg) und 11 (VG Alsenz-Obermoschel). Über 80 % der kreisangehörigen Gemeinden haben eine Bevölkerung von weniger als 1 000 Einwohnern. In den einwohnerstärksten Gemeinden des Kreises, Rockenhausen, Kirchheimbolanden und Eisenberg, leben knapp 30 % der Bevölkerung. Ende 1987 wohnten im Kreisgebiet rund 2 600 Ausländer, was einem Anteil an der Gesamtbevölkerung von 4 % entspricht.

Bei einem Vergleich der Volkszählungsergebnisse verlief die Bevölkerungsentwicklung, gemessen an den anderen rheinland-pfälzischen Landkreisen, außer zwischen 1939 und 1950, stets unterdurchschnittlich. Gerade zwischen den beiden letzten Großzählungen (1970/1987) blieb der Landkreis in seiner Bevölkerungsentwicklung per Saldo ohne stärkere Fluktuation. So veränderte sich die Einwohnerzahl mit einer negativen Abweichung um 200 Personen (– 0,3 %) kaum. Innerhalb der Kreisstruktur zeigte dagegen die Ver-

Bevölkerung 1939 – 2000 und Erwerbstätigkeit 1987

Verbandsgemeinde	Bevölkerung									Erwerbstätigkeit	
	1939	1950	1961	1970	1980	1989			2000	ins- gesamt	Erwerbs- tätigen- quote ¹⁾
						ins- gesamt	weib- lich	Ein- wohner je km ²			
Anzahl						%		Anzahl		%	
VG Alsenz-Obermoschel	7 986	8 543	8 528	8 342	7 276	7 200	51,1	70	6 827	3 121	43,8
VG Eisenberg (Pfalz)	6 873	7 493	9 541	11 292	11 802	12 129	50,8	190	12 048	5 065	43,0
VG Göllheim	7 751	9 370	8 790	9 013	9 530	10 323	50,4	130	10 275	4 408	43,9
VG Kirchheimbolanden	13 101	15 466	15 382	15 580	15 416	16 028	51,4	109	15 754	6 731	43,5
VG Rockenhausen	10 092	11 158	11 270	11 984	11 936	11 588	51,4	82	11 140	4 974	43,5
VG Winnweiler	8 979	9 810	10 670	10 746	10 848	11 281	50,4	101	10 969	4 755	43,6
Donnersbergkreis	54 782	61 840	64 181	66 957	66 808	68 549	51,0	106	67 013	29 054	43,5

1) Anteil der Erwerbstätigen an der Gesamtzahl der Bevölkerung.

Fläche und Bevölkerung der Gemeinden 1989¹⁾

Gebietskörperschaft	Fläche	Bevölkerung
	km ²	Anzahl
VG Alsenz-Obermoschel	102,99	7 200
Alsenz	12,93	1 752
Finkenbach-Gersweiler	7,73	379
Gaugrehweiler	9,92	490
Kalkofen	1,83	238
Mannweiler-Coelln	4,90	413
Münsterappel	6,33	520
Niederhausen an der Appel	5,46	291
Niedermoschel	6,59	456
Oberhausen an der Appel	3,33	177
Obermoschel	10,15	1 127
Oberndorf	2,82	277
Schiersfeld	7,05	272
Sitters	2,63	112
Unkenbach	5,13	260
Waldgrehweiler	7,75	244
Winterborn	8,45	192
VG Eisenberg (Pfalz)	63,69	12 129
Eisenberg (Pfalz)	18,71	8 329
Kerzenheim	17,90	2 023
Ramsen	27,08	1 777
VG Göllheim	79,53	10 323
Albisheim (Pfrimm)	10,74	1 355
Biedesheim	6,32	535
Bubenheim (Donnersbergkreis)	2,94	402
Dreisen	9,03	888
Einselthum	5,51	618
Göllheim	18,02	3 333
Immesheim	2,99	154
Lautersheim	3,72	526
Ottersheim (Donnersbergkreis)	2,74	349
Rüssingen	4,84	385
Standenbühl	1,25	215
Weitersweiler	4,52	364
Zellertal	6,93	1 199
VG Kirchheimbolanden	147,32	16 028
Bennhausen	1,49	128
Bischheim	6,57	573
Bolanden	17,45	1 531
Dannenfels	15,79	925
Gauersheim	5,25	558
Ilbesheim (Donnersbergkreis)	6,13	481
Jakobsweiler	2,40	210
Kirchheimbolanden	26,36	6 462

Gebietskörperschaft	Fläche	Bevölkerung
	km ²	Anzahl
Kriegsfeld	26,41	1 124
Marnheim	9,94	1 409
Mörsfeld	5,25	385
Morschheim	6,51	540
Oberwiesen	1,61	515
Orbis	5,68	539
Rittersheim	3,96	158
Stetten	6,54	490
VG Rockenhausen	140,78	11 588
Bayerfeld-Steckweiler	8,61	486
Bisterschied	5,16	285
Dielkirchen	8,10	581
Dörrmoschel	2,88	146
Gehrweiler	4,09	399
Gerbach	7,32	561
Gundersweiler	10,44	473
Imsweiler	9,90	619
Katzenbach	6,06	511
Ransweiler	4,80	317
Rathskirchen	5,12	213
Reichsthal	2,17	117
Rockenhausen	36,84	5 382
Ruppertsecken	9,43	337
Sankt Alban	5,46	309
Schönborn (Donnersbergkreis)	2,60	138
Seelen	3,16	179
Stahlberg	2,59	194
Teschenmoschel	3,73	125
Würzweiler	2,33	216
VG Winnweiler	111,18	11 281
Börrstadt	15,10	781
Breunigweiler	3,24	387
Falkenstein	7,48	199
Gonbach	2,92	399
Höringen	10,74	601
Imsbach	8,89	925
Lohnsfeld	6,89	722
Münchweiler an der Alsenz	7,12	1 070
Schweisweiler	4,85	334
Sippersfeld	13,23	998
Steinbach am Donnersberg	4,43	676
Wartenberg-Rohrbach	4,47	378
Winnweiler	21,80	3 811
Donnersbergkreis	645,49	68 549

1) Stand 31. 12.

bandsgemeinde Alsenz-Obermoschel mit – 14 % sowie die Verbandsgemeinde Göllheim mit + 11 % durchaus wesentliche Entwicklungsunterschiede. Seit der Volkszählung 1987 wuchs die Bevölkerung des Landkreises bis zum Ende 1989 um 2,7 %. Dieser im Vergleich zu den Vorjahren positive Trend ist vor allem auf den Wanderungsgewinn zurückzuführen, der 1989 fast 1 100 Personen betrug. Hier zeigte nicht zuletzt der vermehrte Zuwanderungsstrom von Aus- und Übersiedlern auch für den Donnersbergkreis seine Auswirkungen.

Die Altersstruktur der Bevölkerung des Landkreises weist im Vergleich zum Landesdurchschnitt keine wesentlichen Abweichungen auf. Relativ hoch ist jedoch der Anteil der jüngeren Generation (unter 20 Jahren), der mit 22,5 % über dem Ergebnis auf Landesebene liegt. Dagegen weichen die Anteile der 20- bis 60jährigen sowie der über 60 Jahre alten Menschen mit 0,9 bzw. 0,5 % nur unwesentlich vom Landesdurchschnitt ab.

Über 68 % der Kreisbevölkerung gehören der evangelischen Glaubensgemeinschaft an. Demnach ist der Donnersbergkreis – nach Kusel und Birkenfeld – der Landkreis mit dem drittgrößten Anteil an Protestanten auf Landesebene. Fast ein Viertel (24 %) der Bevölkerung ist römisch-katholisch.

Erwerbstätigkeit

Zum Zeitpunkt der Volkszählung 1987 zählten über 29 000 Personen zur erwerbstätigen Bevölkerung, davon rund 19 000 Männer (65 %) und 10 000 Frauen. Die Erwerbstätigenquote (Anteil der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung) entspricht mit 43 % dem Durchschnitt aller Landkreise. Im Vergleich zur Volkszählung 1970 hat sich die Struktur der Erwerbstätigen in Bezug auf ihre berufliche Stellung wesentlich verändert. Lag die Quote der Beamten und Angestellten 1970 bei 23 %, so steigerte sich deren Anteil um 14 Prozentpunkte auf 37 % im Jahre 1987, blieb damit jedoch noch

Berufseinpender in die Stadt Rockenhausen 1987

Herkunftsort	Berufs-einpender ¹⁾
Winnweiler	165
Katzenbach	113
Alsenz	108
Übrige Gebiete	2 257
Einpender insgesamt	2 643

1) Kamen mindestens 100 Personen aus derselben Gemeinde, ist deren Einpendlerstrom einzeln nachgewiesen.

deutlich unter dem ermittelten Landkreisdurchschnitt (43 %). Arbeiter waren 44 % (1970 : 47 %) der Erwerbstätigen gegenüber 38 % im Mittel der Landkreise. Der Anteil der Selbständigen ging gegenüber 1970 um 4 Prozentpunkte auf nunmehr 9 %, der der mithelfenden Familienangehörigen um 9 Prozentpunkte auf 3 % zurück. Konstant blieb der Anteil der Auszubildenden, der 7 % betrug (1970 : 6 %).

Unterschiedlich verlief auch die Entwicklung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen. Während die Zahl der in der Land- und Forstwirtschaft Erwerbstätigen um 10 Prozentpunkte auf nunmehr 7 % zurückging, blieben die Werte im produzierenden Gewerbe sowie bei Handel und Verkehr gegenüber 1970 (50 % bzw. 13 %) mit 49 % bzw. 14 % bei der Volkszählung 1987 fast konstant. Deutlich gestiegen ist die Zahl der Erwerbstätigen im Dienstleistungsbereich, und zwar um 10 Prozent-

Berufseinpender in die Stadt Kirchheimbolanden 1987

Herkunftsort	Berufs-einpender ¹⁾
Bolanden	279
Marnheim	169
Göllheim	168
Eisenberg (Pfalz)	138
Kriegsfeld	111
Übrige Gebiete	2 003
Einpender insgesamt	2 868

1) Kamen mindestens 100 Personen aus derselben Gemeinde, ist deren Einpendlerstrom einzeln nachgewiesen.

punkte auf nunmehr 30 %. Strukturbedingt entspricht das Arbeitsplatzangebot des Landkreises nicht dem tatsächlichen Bedarf der Erwerbstätigen. 36 % pendeln täglich über die Kreisgrenzen, um überwiegend in den nahegelegenen Ballungszentren oder den benachbarten Landkreisen einer Beschäftigung nachzugehen. Dagegen haben 2 700 außerhalb des Landkreises wohnende Erwerbstätige im Donnersbergkreis ihren Arbeitsplatz.

Einkommen

Die insgesamt 23 940 im Donnersbergkreis wohnenden Lohn- und Einkommensteuerepflichtigen erzielten 1986 Einkünfte im Gesamtbetrag von 894 Mill. DM. Jeder Steuerepflichtige verfügt demnach im Durchschnitt über 37 345 DM und liegt damit um gut 4 % unter dem

Landkreisdurchschnitt (39 000 DM). Fast 46 % aller Steuerpflichtigen bezogen ein mittleres Einkommen zwischen 25 000 und 50 000 DM; in Rheinland-Pfalz gilt dies durchschnittlich für 40 %, im Landkreismittel für 42 %. Über ein geringeres Einkommen (unter 25 000 DM) verfügen 33 % der Steuerpflichtigen des Landkreises, fast 22 % erzielen Einkommen über 50 000 DM, wovon wiederum 2,4 % die Einkommensgrenze von mehr als 100 000 DM überschreiten. Die Angaben zu den unteren und höheren Einkommen der Steuerpflichtigen des Donnersbergkreises unterschreiten jeweils die für das Land und die Landkreise geltenden Durchschnittswerte. Über 83 % (Landkreisdurchschnitt 80 %) des Gesamtbetrages aller Einkünfte resultieren aus nichtselbständiger Arbeit, die die Einkommensquelle für 67 % (66 %) der Steuerpflichtigen ist.

Bildungswesen

Im Schuljahr 1989 / 90 wurden an den 25 Grund- und Hauptschulen des Kreises 5 000 Schüler von 306 hauptberuflichen Lehrern unterrichtet. Mit 22,6 Schülern je Klasse ist die durchschnittliche Klassengröße etwas höher als im Landesmittel (22). Im Landkreis befinden sich drei Sonderschulen, an denen 275 Schüler von 46 hauptamtlichen Lehrkräften unterrichtet werden. Die zwei Realschulen in Eisenberg und Rockenhausen, an denen insgesamt 66 hauptamtliche Lehrkräfte tätig sind, wurden im Schuljahr 1989 / 90 von 972 Schülern besucht, die durchschnittliche Klassenstärke beträgt 24,3 Schüler. Die 48 Klassen der drei Gymnasien in Bolanden, Kirchheimbolanden und Winnweiler waren durchschnittlich mit 25,6 (Land 25,4) bzw. insgesamt 1 729 Schülern belegt, die von 140 hauptamtlichen Lehrern betreut wurden. Im Donnersbergkreis befinden sich zwei berufsbildende Schulen (mit Berufsschule, Berufsfachschule, Fachschule), an denen in 46 Klassen rund 990 Schüler berufsbezogen unterrichtet werden. Im Schuljahr 1989 / 90 besuchten die Krankenpflegeschule in Kirchheimbolanden 76 Schüler, die in drei Klassen untergebracht waren.

Sportstätten

Der sporttreibenden Bevölkerung standen Anfang 1990 insgesamt 62 Sportplatzanlagen mit 66 Sportplätzen zur Verfügung. Zwei Drittel dieser Anlagen standen in kommunaler bzw. staatlicher Trägerschaft, 19 befanden sich im Eigentum von Vereinen. Zusätzlich gibt es im Kreisgebiet 60 Turn- und Sporthallen. 61 Gemeinden verfügen zudem auch über Mehrzweckhallen, die den örtlichen Vereinen auch zur sportlichen Nutzung offenstehen.

In den Sommermonaten können vier öffentliche Freibäder in Bolanden, Kirchheimbolanden, Rockenhausen und Winnweiler sowie ein Waldschwimmbad in Eisenberg genutzt werden. Darüber hinaus befinden sich Hallenbäder in den Gemeinden Kirchheimbolanden, Rockenhausen und Würzweiler.

Gesundheitswesen

Von den 98 zu Beginn des Jahres 1990 im Landkreis tätigen Ärzten waren 59 frei praktizierend. Daneben

fürten 24 Zahnärzte eine eigene Praxis. Die unter der Trägerschaft des Landkreises stehenden Akutkrankenhäuser in Kirchheimbolanden und Rockenhausen weisen insgesamt 274 Betten auf. Neben dem Kreiskrankenhaus verfügt die Stadt Kirchheimbolanden noch über eine Fachklinik.

Jugend- und Altenpflege

Für die Drei- bis Sechsjährigen standen Anfang 1990 insgesamt 2 143 Plätze in 33 Kindergärten zur Verfügung, von denen sich 16 in freier (meist konfessioneller) und 17 in staatlicher Trägerschaft befinden. Die Kinder werden von 195 Personen, darunter 180 Fachkräfte, betreut. Neben weiteren Einrichtungen (unter anderem auch zwei Sonderkindergärten und vier Kinderheime) gibt es in Falkenstein ein Jugendgruppenheim sowie in Steinbach eine Jugendherberge mit 110 Plätzen. Das Landesjugenddorf Rheinland-Pfalz ist in Kirchheimbolanden.

Für die Versorgung älterer Menschen stehen im Donnersbergkreis acht Einrichtungen mit 277 Plätzen bereit. So befinden sich in Ramsen zwei Altenpflegeheime sowie je ein Altenheim in Alsenz und Rockenhausen / Marienthal. Die Standorte der vier kombinierten Alten- und Pflegeheime sind Kirchheimbolanden, Oberwiesen, Ruppertsecken und Eisenberg.

Wohnungsversorgung

Im Zuge der Volkszählung fand im Mai 1987 auch eine Bestandserhebung der Gebäude und Wohnungen statt. Zu diesem Zeitpunkt gab es im Landkreis insgesamt 26 260 Wohnungen, was einem Bestandszuwachs von 27 % gegenüber der davorliegenden Zählung von 1968 bedeutet. Fast 67 % der Wohnungen wurden von den Eigentümern selbst genutzt (Landkreisdurchschnitt 62 %). Betrachtet man die Veränderungen im Vergleich der durchschnittlichen Wohnungsgrößen, so spiegelt sich auch hier der Wunsch nach mehr Lebensraum und damit gesteigerter Lebensqualität wider. Erreichten 1968 die Wohnungen eine durchschnittliche Größe von etwas über 81 m², so lag die Wohnfläche 1987 bei über 103 m², was einer Steigerung von mehr als 27 % gleichkommt. Im Landkreisdurchschnitt lagen diese Werte bei 78 bzw. 101 m², eine Steigerung von 29 %.

Mit Bad und WC sind 91 % aller Wohnungen im Landkreis (Landkreisdurchschnitt 94 %) ausgestattet, über eine zusätzliche Sammelheizung verfügen 55 % (67 %).

Dies mag auch daran liegen, daß sich rund drei Zehntel aller Wohnungen in Gebäuden befinden, die vor der Jahrhundertwende entstanden sind. Der Donnersbergkreis liegt damit an der Spitze aller Landkreise, die im Durchschnitt 19 % an Wohnungen dieses Baualters aufweisen. Der Anteil der Altbauten ging gegenüber 1968 (53 %) um 20 Prozentpunkte zurück.

Der auf der Basis der Gebäude- und Wohnungszählung fortgeschriebene Bestand betrug Ende 1989 für den Donnersbergkreis 27 000 Wohnungen. Dies waren 398 Wohnungen je 1 000 Einwohner und damit weniger als im Landkreisdurchschnitt (404).

Verkehr

In Nord-Süd-Richtung wird der Landkreis von der aus Bingen kommenden Bundesstraße 48 durchquert, die bei Kaiserslautern mit der pfälzischen West-Ost-Autobahn (A 6) von Saarbrücken nach Mannheim zusammentrifft. Diese tangiert das Kreisgebiet auf einer Länge von einem Kilometer. Als weitere wichtige Querverbindung gilt die Bundesstraße 40 von Mainz nach Saarbrücken, die als Parallelstrecke zu der zwischenzeitlich bis Steinbach am Donnersberg ausgebauten A 63 verläuft. Dieses elf Kilometer lange Autobahnteilstück wurde Ende 1989 dem Verkehr übergeben; ein weiterer Ausbau soll bis 1994 erfolgen. Als Anschlußstrecke dient die B 47. Im Kreis verlaufen 94 km Bundesstraßen, 246 km Landes- sowie 197 km Kreisstraßen (Stand: Anfang 1991).

Für Mitte 1990 ergibt der Gesamtbestand von 43 500 Fahrzeugen eine Kraftfahrzeugdichte bezogen auf je 1 000 Einwohner von 642. Diese lag etwas über dem Landkreisdurchschnitt von 634. Die Entwicklung des Individualverkehrsaufkommens wird besonders im Vergleich der im Landkreis zugelassenen Fahrzeuge deutlich: Anfang 1976 gab es 19 200 Personenkraftwagen (einschließlich Kombis), Mitte 1990 rund 35 900, was einer Steigerung um 87 % entspricht. Der Bestand an Lastkraftwagen stieg um 47 % auf rund 1 350 (920). Die Zahl der Motorräder (ohne Mopeds) erreichte mit knapp 1 780 zugelassenen Fahrzeugen Anfang Juli 1990 fast das Sechseinhalbfache der Zulassungen Mitte der 70er Jahre.

Sozialprodukt

Die Bruttowertschöpfung als Spiegelbild der Wirtschaftskraft belief sich im Donnersbergkreis 1988 auf

Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen 1980 – 1988

Jahr	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft	Produzierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienstleistungsunternehmen	Staat, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck	Je Einwohner ¹⁾	
	Mill. DM	%					DM	Landkreise = 100
1980	951	5,2	53,1	10,9	18,0	12,8	14 260	90,5
1982	1 029	6,1	49,8	11,3	19,5	13,3	15 400	91,3
1984	1 149	5,0	50,1	10,1	21,6	13,2	17 110	94,3
1986	1 300	4,0	53,6	9,7	20,0	12,6	19 590	97,1
1988	1 417	3,6	53,0	9,5	21,3	12,5	21 090	98,9

1) Bis 1986 Einwohner auf der Basis Volkszählung 1970, 1988 auf der Basis von 1987.

Verarbeitendes Gewerbe 1989¹⁾ nach ausgewählten Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweig	Betriebe	Beschäftigte				Löhne und Gehälter	Umsatz
		insgesamt	je Betrieb	Anteil am verarbeitenden Gewerbe	Anteil am Land		
		Anzahl		%			
						Mill. DM	
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	24	2 417	101	32,6	2,0	106,4	565,2
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	14	673	48	9,1	4,2	30,1	189,0
Chemische Industrie	3	427	142	5,8	0,5	17,6	125,4
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	25	3 717	149	50,2	2,3	147,8	606,5
Maschinenbau; Büromaschinen, ADV-Geräte und -Einrichtungen	10	1 082	108	14,6	2,1	43,4	·
Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	4	342	86	4,6	1,6	9,4	36,1
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	17	677	40	9,1	0,7	25,2	137,3
Holzverarbeitung	4	171	43	2,3	1,5	7,1	26,0
Druckereien, Vervielfältigung	3	53	18	0,7	0,6	2,7	·
Herstellung von Kunststoffwaren	4	97	24	1,3	0,6	3,3	20,6
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	14	592	42	8,0	2,7	20,6	279,3
Insgesamt	80	7 403	93	100,0	1,9	300,2	1 588,5

1) Alle Betriebe des verarbeitenden Gewerbes ohne Handwerksbetriebe mit weniger als 20 Beschäftigten.

1 417 Mill. DM und ist damit im Vergleich zu 1980 (951 Mill. DM) mit fast 50 % stärker gestiegen als im Landkreisdurchschnitt (37 %). Entsprechend seinem Betriebs- und Beschäftigtenanteil hat das produzierende Gewerbe mit 53 % den größten Anteil am Sozialprodukt des Landkreises (Landkreisdurchschnitt 44 %), gefolgt von Dienstleistungsunternehmen mit 21 % (26 %), Staat, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck mit 12,5 % (13 %) sowie Handel und Verkehr mit 9,5 % (14 %). Die Bedeutung der Land- und Forstwirtschaft nimmt auch im Donnersbergkreis kontinuierlich ab, sie liegt mit knapp 4 % dennoch über dem Landkreisdurchschnitt (3 %). Die Bruttowertschöpfung je Einwohner lag 1988 mit 21 090 DM knapp unter dem Landkreisdurchschnitt (21 320 DM).

Das wirtschaftliche Gesamtpotential resultiert im wesentlichen aus einem eher kleinbetrieblich strukturierten Arbeitsmarkt. So waren von den 20 700 bei der Arbeitsstättenzählung 1987 erfaßten Beschäftigten fast zwei Drittel (65 %) in Kleinbetrieben mit weniger als 100 Arbeitskräften tätig. Von den insgesamt 2 700 Arbeitsstätten verfügten 19 über 100 und mehr Beschäftigte, 4 Betriebe über 500 und mehr Beschäftigte.

Landwirtschaft

Für die Landwirtschaft stehen 58 % des rund 645 km² großen Kreisgebietes zur Verfügung und damit weitaus mehr als im Landkreisdurchschnitt (45 %). 31 % der Kreisfläche sind bewaldet.

Die landwirtschaftlich genutzte Fläche von rund 33 000 ha wird von fast 1 400 Betrieben bewirtschaftet. Das sind 79 % weniger Betriebe als 1949. Über 47 % der Betriebe bewirtschaften heute mehr als 20 ha, 1949 waren es 3 %. Damit liegt der Donnersbergkreis an der Spitze aller Landkreise (Durchschnitt 22 %). Der Ackerbau bildet mit 82 % den Schwerpunkt der landwirtschaftlichen Bodennutzung. Allein drei Viertel davon

dienen dem Getreideanbau, wobei (wie im Landkreisdurchschnitt) vor allem Weizen sowie Sommer- und Wintergerste dominieren.

Bei der Viehwirtschaft ging mit der Aufgabe bzw. Zusammenlegung von Betrieben auch der Rückgang der Rinder- und Schweinehalter kontinuierlich einher. Dabei verkleinerte sich der Rinderbestand nicht zuletzt wegen des vergleichsweise geringen Dauergrünlandanteils zwischen 1950 und 1990 um 38 %. Hauptsächlich werden heute Schweine gehalten. Deren Bestand erhöhte sich im gleichen Zeitraum im Zuge des Strukturwandels um 46 %.

Industrie und Handwerk

Bei der Arbeitsstättenzählung 1987 waren insgesamt knapp 9 100 und damit etwa 44 % aller Beschäftigten in den 430 Betrieben des verarbeitenden Gewerbes (16 % aller erfaßten Arbeitsstätten) tätig. Die Zahl der Betriebe dieses Wirtschaftszweiges reduzierte sich um nahezu 36 % gegenüber 1970. Als Branchenschwerpunkte gelten im Donnersbergkreis die Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren, Gießereien und Ziehereien, der Maschinenbau, die chemische Industrie sowie das Ernährungsgewerbe.

Die Zahl der in der Industrie Beschäftigten stieg – anders als im Landesdurchschnitt (–3 %) – gegenüber 1975 um nahezu 9 % und betrug im Jahre 1989 rund 7 400. Diese positive Entwicklung schlägt sich auch im Industrialisierungsgrad (Zahl der Industriebeschäftigten je 1 000 Einwohner) mit 108 nieder. Er lag damit deutlich über dem Landkreismittel (82) bzw. gleichauf mit dem Landesdurchschnitt. Insgesamt haben 80 Industriebetriebe ihren Standort im Donnersbergkreis, die 1989 einen Umsatz von 1,6 Mrd. DM erwirtschafteten. Hiervon wurde rund ein Fünftel von den Betrieben zur Zahlung der Löhne und Gehälter aller Beschäftigten aufgewendet. Vergleichsweise gering ist

der Exportanteil am Gesamtumsatz, der 1989 knapp 23 % betrug und damit sowohl deutlich unter dem Durchschnitt aller Landkreise (32 %) als auch dem des Landes (39 %) lag.

Die Dominanz des verarbeitenden Gewerbes spiegelt sich auch bei den im Zuge der Arbeitsstättenzählung 1987 registrierten Handwerksunternehmen wider. Mehr als die Hälfte (310) der Betriebe gehören diesem Wirtschaftszweig an, gefolgt vom Baugewerbe (174) und den Dienstleistungsunternehmen (78).

Handel

Die Zahl der im Handel tätigen Betriebe war in den Jahren zwischen den beiden letzten Arbeitsstättenzählungen gerade im Donnersbergkreis überdurchschnittlich stark regressiv. Wurden 1987 im Landesdurchschnitt etwa 11 % weniger Betriebe im Groß- und Einzelhandel sowie in der Handelsvermittlung als bei der Arbeitsstättenzählung 1970 erfaßt, reduzierten sich die Betriebe dieses Wirtschaftsbereiches im Donnersbergkreis um mehr als 33 %. Diese Entwicklung wird im Einzelhandel besonders deutlich, in dem die Anzahl der Betriebe um fast 38 % zurückging. Dennoch ist der Handel nach den gewerblichen Dienstleistungsunternehmen (766) mit insgesamt 684 Arbeitsstätten der Wirtschaftsbereich mit dem zweitgrößten Betriebsanteil. Von den über 2 100 Beschäftigten sind weit mehr als die Hälfte (58 %) weibliche Arbeitskräfte. Dem gestiegenen Interesse an Teilzeitarbeit trägt insbesondere der Einzelhandel Rechnung, wo fast ein Drittel der Arbeitskräfte (32 %) in Teilzeit beschäftigt ist. Im Gesamtbereich Handel sind es 28 %.

Dienstleistungen

Auf Landesebene stieg die Zahl der Arbeitsstätten im privaten Dienstleistungsbereich zwischen 1970 und 1987 um knapp 50 %, die Zahl der Beschäftigten erhöhte sich im gleichen Zeitraum um etwa 85 %.

Deutliche Zuwachsraten in diesem Wirtschaftsbereich, zu dem neben den Kreditinstituten und Versicherungen auch die Dienstleistungen privater Unternehmen und Freier Berufe gehören, waren auch im Donnersbergkreis zu verzeichnen. Bei der Arbeitsstättenzählung 1987 waren rund 3 200 Beschäftigte in 900 Betrieben dieses Wirtschaftsbereichs tätig. Dies sind 68 bzw. 26 % mehr als 1970. Mit 47 Beschäftigten je 1 000

Einwohner im privaten Dienstleistungsgewerbe wurde jedoch der Mittelwert der Landkreise (65) deutlich unterschritten.

Auch der öffentliche Dienstleistungsbereich (Organisationen ohne Erwerbszweck, Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen) erfuhr durch veränderte, insbesondere erweiterte Aufgaben eine Anpassung. Zwar reduzierte sich die Zahl der Arbeitsstätten im Kreis zwischen 1970 und 1987 nahezu um 20 %, jedoch stieg im gleichen Zeitraum die Zahl der Beschäftigten um 41 %. So erhöhte sich z. B. allein die Zahl der Beschäftigten in Einrichtungen von Organisationen ohne Erwerbszweck (Heime, Schulen, Kindergärten oder Krankenhäuser) im Vergleichszeitraum um fast 192 %. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß diese Steigerung gerade im Dienstleistungsbereich und hier vor allem im Gesundheitswesen nicht zuletzt auf das erweiterte Arbeitsplatzangebot – auch bei der Teilzeitarbeit – zurückzuführen ist. Mit 57 Beschäftigten je 1 000 Einwohner erreicht der Donnersbergkreis im öffentlichen Dienstleistungsbereich fast den Landkreisdurchschnitt (58).

Fremdenverkehr

In dem nicht nur landschaftlich reizvollen Kreis, dessen Bild durch die weithin sichtbare monumentale Silhouette des Donnersbergmassives geprägt ist, wurde frühzeitig die Bedeutung des Fremdenverkehrs als Wirtschaftsfaktor erkannt. Pittoreske Städtchen und Dörfer sowie idyllisch gelegene Weinbaugemeinden sind Bestandteil eines interessanten Urlaubsgebietes, dessen Sehenswürdigkeiten Zeugnis über früh- wie neuzeitliche Entwicklungsstufen des heutigen Kreises ablegen.

Zwar kann der Donnersbergkreis nicht mit den Bestandszahlen der Touristikzentren des Landes aufwarten, dennoch ist die Anzahl der Feriengäste in Hotels, Pensionen sowie auf Bauern- und Winzerhöfen in den letzten Jahren gestiegen. Im Jahre 1990 nutzten über 35 200 Gäste die mehr als 1 000 zur Verfügung stehenden Fremdenbetten zu insgesamt 108 486 Übernachtungen. Die Attraktivität des Landkreises als Kurzurlaubsgebiet drückt sich in der 1990 zu verzeichnenden Verweildauer von durchschnittlich 3 Tagen aus, zumal überwiegend deutsche Gäste kommen. Der Anteil an ausländischen Besuchern betrug 11 %. Die Auslastung der Bettenkapazität lag mit 30 % etwas unter dem Landesdurchschnitt (32 %).

Fremdenverkehr 1990

Gebietskörperschaft ¹⁾	Bettenkapazität		Gäste	Übernachtungen		Ausnutzung der Bettenkapazität
	insgesamt	Hotels		insgesamt	Ausländer	
	Anzahl	%		Anzahl	%	
Eisenberg (Pfalz), Stadt	265	22,3	10 706	44 955	3,4	46,5
Kirchheimbolanden, Stadt	160	35,0	7 870	·	·	·
Donnersbergkreis	1 001	22,3	35 232	108 486	10,8	29,7

1) Gemeinden mit mindestens 5 000 Übernachtungen sind einzeln nachgewiesen.

Unmittelbare Ausgaben des Kreises, seiner Verbandsgemeinden und Gemeinden 1988

Aufgabenbereich	Unmittelbare Ausgaben insgesamt ¹⁾		Personal- ausgaben	Sachinve- stitionen	Übrige unmittel- bare Ausgaben
	1 000 DM	DM je Einwohner	Anteil der Ausgabeart in %		
Politische Führung und zentrale Verwaltung	19 788	294,73	73,5	5,5	21,0
Schulen und vorschulische Bildung	17 518	260,92	33,4	18,2	48,4
Kulturelle Angelegenheiten	4 328	64,46	42,3	8,8	48,9
Soziale Sicherung	21 636	322,25	18,0	0,5	81,5
Gesundheit, Sport und Erholung	4 021	59,89	31,2	18,6	50,2
Wohnungswesen und Raumordnung	5 921	88,19	14,2	74,0	11,8
Kommunale Gemeinschaftsdienste	9 793	145,86	29,7	32,6	37,7
Wirtschaftsförderung	2 964	44,15	22,6	18,2	59,2
Verkehrswesen	14 314	213,20	3,4	84,5	12,1
Wirtschaftsunternehmen	2 398	35,72	32,1	2,2	65,7
Übrige Aufgabenbereiche	20 442	304,47	16,3	28,7	55,0
I n s g e s a m t	123 123	1 833,84	29,6	25,7	44,7

1) Bruttoausgaben (ohne besondere Finanzierungsvorgänge) abzüglich Zahlungen an den öffentlichen Bereich.

Öffentliche Finanzen

Das Finanzvolumen der kommunalen Gebietskörperschaften des Landkreises belief sich 1988, gemessen an den bereinigten Gesamteinnahmen, auf 148 Mill. DM, wobei über drei Viertel auf die Verbands- und Ortsgemeinden entfielen. Die Kreisverwaltung konnte unter Einbeziehung der Kreisumlage in Höhe von 17 Mill. DM über insgesamt 51 Mill. DM verfügen. Die Einnahmekraft je Einwohner lag bei 2 204 DM und ist damit etwas unter dem Durchschnittsniveau aller Landkreise (2 282 DM).

Zur finanziellen Bewältigung der kommunalen Aufgaben standen 1988 den Gebietskörperschaften des Landkreises rund 57 Mill. DM an Steuern und steuerähnlichen Einnahmen zur Verfügung, rund 39% des Gesamteinnahmenvolumens. Im Landkreisdurchschnitt lag der Anteil bei 36 %. Etwas über dem Durchschnitt ist die Steuereinnahmekraft, die 827 DM je Einwohner

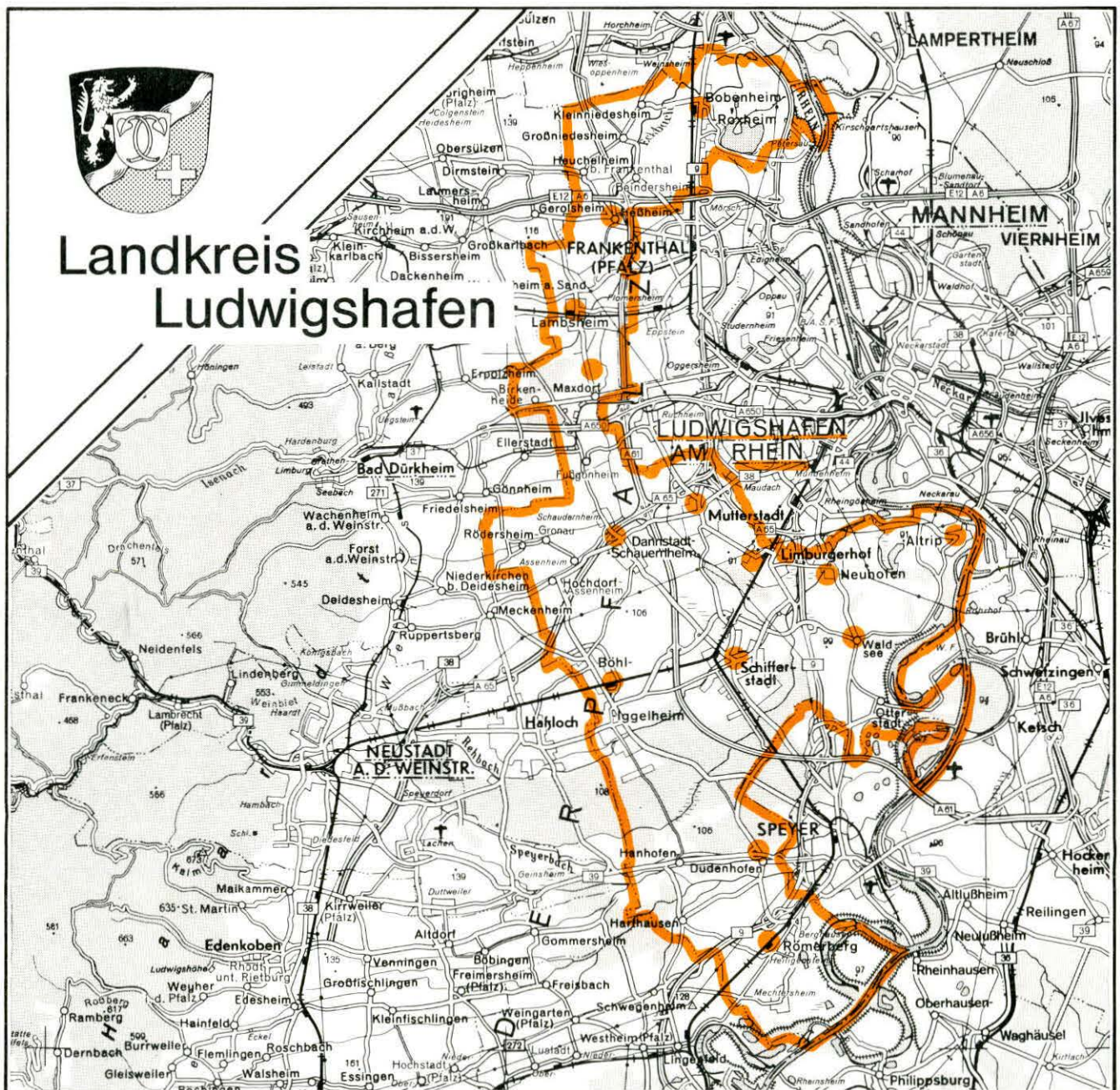
betrug. Auf der Einnahmeseite der Haushalte schlugen die Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke und für Investitionen sowie die Inanspruchnahme von Kreditmarktmitteln mit einem Anteil von 10 bzw. 6 % zu Buche und lagen damit leicht unter bzw. über den Durchschnittswerten der Landkreise. Die zur Finanzierung der kommunalen Aufgaben geleisteten unmittelbaren Ausgaben beliefen sich auf 123 Mill. DM und entfielen vor allem auf die Aufgabenbereiche soziale Sicherung (18 %), politische Führung und zentrale Verwaltung (16 %), Schulen und vorschulische Bildung (14 %) sowie das Verkehrswesen (12 %). Die unmittelbaren Ausgaben je Einwohner sind mit 1 834 DM unter dem Durchschnittswert der Landkreise (1 910 DM). Bei einem Gesamtschuldenstand von 136 Mill. DM liegt dagegen die Pro-Kopf-Verschuldung im Landkreis mit 2 026 DM gut 30 % über dem Durchschnittswert der Landkreise (1 552 DM).

Diplom-Verwaltungswirt (FH) Lutz Zaun

Rheinland-Pfalz



Statistisches Landesamt



Nachdruck nur mit schriftlicher Zustimmung des Herausgebers.

Abbildung Titelseite: Landesbildstelle Rheinland-Pfalz
Landesvermessungsamt Rheinland-Pfalz

Der Landkreis Ludwigshafen

Landeskundliche Angaben

Der Landkreis Ludwigshafen mit seinen 25 Gemeinden liegt am linken Rheinufer der nördlichen Oberrhein-Niederung. Er umfaßt 305 km² und erstreckt sich im Westen bis in das Vorderpfälzer Weinbaugebiet. Nachbar im Norden ist die Stadt Worms, im Westen grenzt der Landkreis Bad Dürkheim an, im Südosten die Kreise Germersheim und Südliche Weinstraße. Im Osten, auf der gegenüberliegenden Rheinseite, ist baden-württembergisches Gebiet. Der Landkreis umschließt die drei Städte Frankenthal, Ludwigshafen und Speyer. Das Landschaftsbild ist geprägt durch Intensivkulturen der Landwirtschaft, insbesondere durch den Gemüseanbau. Der über 90%ige Anteil des Ackerlandes an der landwirtschaftlich genutzten Fläche ist der höchste unter allen rheinland-pfälzischen Landkreisen.

Abgesehen von einigen Funden aus der Altsteinzeit gibt es Hinweise auf eine stärkere Besiedlung erst ab der Jungsteinzeit, und zwar entlang dem Hochgestade des Rheins. Unter den militärischen Anlagen der Römerzeit – der jetzige Landkreis gehörte zur Provinz Germania Superior und war zeitweise Grenz- und Etappengebiet – ragt das Kastell Alta Ripa, heute Altrip, heraus. Im Mittelalter konnten sich neben der expandierenden Kurpfalz namentlich die Hochstifte Worms und Speyer ihre Einflußsphären sichern. Mit der Eingliederung in das französische Staatsgebiet im ausgehenden 18. Jahrhundert wurden die Kantone Frankenthal, Mutterstadt und Speyer im Donnersberg-Departement (Arrondissement Speyer) geschaffen, eine Einteilung, die zunächst auch in der bayerischen Ära beibehalten wurde. Speyer und Mutterstadt bildeten zusammen das Landkommissariat (später Bezirksamt) Speyer, aus dem 1886 das Kanton Ludwigshafen als selbständiges Bezirksamt ausgegliedert wurde. 1920 wurden die bis dahin den jeweiligen Bezirksämtern unterstellten Städte Frankenthal, Ludwigshafen und Speyer kreisfrei. Diese drei Bezirksämter (seit 1939 Landkreise) sind in ihrer Substanz auch nach Schaffung des Landes Rheinland-Pfalz erhalten geblieben.

Im Rahmen der territorialen Verwaltungsreform 1969/74 wurde der neue Landkreis Ludwigshafen durch Zusammenlegung der bisherigen Landkreise Speyer und Ludwigshafen sowie durch Eingliederung eines Teils des aufgelösten Landkreises Frankenthal geschaffen. Hinzu kamen zwei Gemeinden aus dem aufgelösten Landkreis Neustadt; eine Gemeinde wurde in

die Stadt Ludwigshafen eingegliedert. Der Landkreis gehört zum Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz; er setzt sich zusammen aus den verbandsfreien Gemeinden Altrip, Bobenheim-Roxheim, Böhl-Iggelheim, Lamsheim, Limburgerhof, Mutterstadt, Neuhofen, Römerberg und Schifferstadt sowie aus den Verbandsgemeinden Dannstadt-Schauernheim (mit 3 Ortsgemeinden), Dudenhofen (3), Heßheim (5), Maxdorf (3) und Waldsee (2 Ortsgemeinden). Die Kreisverwaltung hat ihren Sitz in der Stadt Ludwigshafen.

Die Gemeinden des Landkreises gehören zur Region Rheinpfalz mit Ludwigshafen als Oberzentrum. Sie sind den Mittelbereichen Frankenthal, Ludwigshafen und Speyer zugeordnet. Die Funktion als Mittelzentren kommt diesen drei Städten sowie Schifferstadt aufgrund ihrer Ausstattung mit zentralen Einrichtungen zu. Unterzentrum ist die Gemeinde Maxdorf, Kleinzentren sind die Orte Dannstadt-Schauernheim, Dudenhofen, Heßheim, Waldsee, Altrip, Bobenheim-Roxheim, Böhl-Iggelheim, Lamsheim, Limburgerhof, Mutterstadt, Neuhofen und Römerberg.

Politische Struktur

Bei den Kreistagswahlen am 18. Juni 1989 erreichte die SPD 42,6 % der abgegebenen Stimmen. Auf die CDU entfielen 37,4 %, auf die GRÜNEN 8 % und auf die F. D. P. 6,2 %. Von den derzeit 45 Sitzen im Kreistag verfügt die SPD über 19, die CDU über 17, die GRÜNEN über 4, die F. D. P. über 3 und die Wählergruppen über 2 Sitze.

Bei den Verbandsgemeinderatswahlen, die zum gleichen Zeitpunkt stattfanden, erreichte die CDU in der Verbandsgemeinde Dudenhofen die absolute Mehrheit. In zwei weiteren Verbandsgemeinden wurde sie stärkste Partei. In der Verbandsgemeinde Maxdorf vereinigte die SPD die absolute Mehrheit der Stimmen auf sich. In einer weiteren Verbandsgemeinde wurde sie stärkste politische Kraft.

Bei den Gemeinderatswahlen errang die CDU in 4 der 25 Gemeinden die absolute und in 6 Gemeinden die relative Mehrheit. Die SPD wurde in 9 Gemeinden absolut und in 5 Gemeinden relativ stärkste Kraft.

Die Bundestagswahl 1990 erbrachte folgende Stimmenverteilung: CDU 47 %, SPD 34,7 %, F. D. P. 10 % und GRÜNE 4,3 % der gültigen Zweitstimmen.

Wahlen 1979 – 1991

Wahljahr	Wahl- berechtigte	Wahl- beteiligung	Von den gültigen Stimmen ¹⁾ entfielen auf					
			CDU	SPD	F.D.P.	GRÜNE	sonstige Parteien	Wähler- vereinigungen
	Anzahl	%						
Kreistagswahl								
1979	91 860	83,1	48,5	44,8	6,7	–	–	–
1984	99 548	80,6	45,3	40,2	4,7	6,1	–	3,7
1989	104 109	80,4	37,4	42,6	6,2	8,0	–	5,7
Landtagswahl								
1983	98 791	93,5	52,1	40,5	2,9	4,2	0,3	–
1987	102 602	81,9	46,6	38,2	6,9	6,0	1,4	0,8
1991	106 069	78,3	38,7	44,1	6,9	6,4	4,0	–
Bundestagswahl								
1983	98 928	93,5	49,4	39,2	6,7	4,2	0,5	–
1987	103 045	90,9	46,5	36,0	8,8	7,3	1,3	–
1990	106 177	86,7	47,0	34,7	10,0	4,3	4,0	–
Europawahl								
1979	92 430	82,7	48,0	43,4	5,6	2,2	0,8	–
1984	100 125	80,4	46,2	39,6	4,6	6,4	3,2	–
1989	104 624	80,7	37,4	40,3	5,7	7,5	9,1	–

1) Bei der Bundestagswahl Zweitstimmen, bei der Landtagswahl 1991 Landesstimmen.

Bei der Landtagswahl 1991 hatte sich das Stimmungsbild wieder verschoben. Die CDU kam auf 38,7 %, die SPD auf 44,1, die F. D. P. auf 6,9 % und die GRÜNEN auf 6,4 % der gültigen Stimmen.

Bevölkerung

Mit rund 133 646 Einwohnern (Ende 1989) zählt der Kreis zu den bevölkerungsstarken Verwaltungsbezirken des Landes. Die Siedlungsdichte ist mit 438 Einwohnern je km² im Vergleich zum Durchschnittswert der Landkreise dreimal so hoch. Zu den am dichtesten besiedelten Gebieten mit durchschnittlich rund 690 Einwohnern

je km² zählen die verbandsfreien Gemeinden Altrip, Limburgerhof, Mutterstadt, Neuhausen und Schifferstadt sowie die Verbandsgemeinde Maxdorf. Auf die bevölkerungsreichen Gebiete mit jeweils mehr als 10 000 Einwohnern wie Böhl-Iggelheim, Mutterstadt, Schifferstadt, die Verbandsgemeinden Dannstadt-Schauernheim und Maxdorf konzentrieren sich insgesamt 47 % der Bevölkerung, 13 % entfallen allein auf Schifferstadt.

Gemessen an den anderen rheinland-pfälzischen Landkreisen ist die Bevölkerungsentwicklung überdurchschnittlich verlaufen. Von 1939 bis 1970 stieg die Bevölkerungszahl um rund 41 700 oder 57 % (Durchschnitt: +26 %). Bis 1989 war dann nochmals eine

Fläche und Bevölkerung der Gemeinden 1989 ¹⁾

Gebietskörperschaft	Fläche	Bevölkerung
	km ²	Anzahl
Altrip	10,48	6 280
Bobenheim-Roxheim	20,44	8 972
Böhl-Iggelheim	32,85	10 094
Lambsheim	12,75	5 449
Limburgerhof	8,99	9 858
Mutterstadt	20,49	12 255
Neuhausen	12,30	7 103
Römerberg	27,86	7 205
Schifferstadt	28,06	17 711
VG Dannstadt-Schauernheim	33,19	11 482
Dannstadt-Schauernheim	15,25	6 579
Hochdorf-Assenheim	9,71	2 352
Rödersheim-Grönau	8,24	2 551
VG Dudenhofen	27,12	9 441
Dudenhofen	12,96	5 306

Gebietskörperschaft	Fläche	Bevölkerung
	km ²	Anzahl
Han Hofen	5,81	1 734
Harthausen	8,35	2 401
VG Hessheim	24,93	9 072
Beindersheim	5,73	2 969
Großniedesheim	3,78	1 113
Hessheim	5,78	3 052
Heuchelheim bei Frankenthal	5,76	1 238
Kleinniedesheim	3,88	700
VG Maxdorf	16,94	10 925
Birkenheide	2,93	2 466
Fußgönheim	6,66	2 504
Maxdorf	7,35	5 955
VG Waldsee	28,50	7 799
Otterstadt	15,57	3 234
Waldsee	12,93	4 565
Landkreis Ludwigshafen	304,89	133 646

1) Stand 31. 12.

Bevölkerung 1939 – 2000 und Erwerbstätigkeit 1987

Verbandsfreie Gemeinde Verbandsgemeinde	Bevölkerung									Erwerbstätigkeit	
	1939	1950	1961	1970	1980	1989			2000	ins- gesamt	Erwerbs- tätigen- quote ¹⁾
						ins- gesamt	weib- lich	Ein- wohner je km ²			
Anzahl						%		Anzahl		%	
Altrip	3 607	3 683	4 482	5 341	5 476	6 280	51,2	599	6 145	2 710	46,1
Bobenheim-Roxheim	5 296	6 016	7 223	8 807	8 818	8 972	51,0	439	8 782	3 983	45,9
Böhl-Iggelheim	6 391	7 365	8 290	9 488	9 682	10 094	51,3	307	9 799	4 511	44,9
Lambsheim	3 746	3 941	4 725	5 496	5 475	5 449	51,2	427	5 283	2 395	44,9
Limburgerhof	3 061	4 044	6 614	8 813	8 754	9 858	51,6	1 097	9 431	4 177	43,4
Mutterstadt	6 228	6 983	8 270	8 306	11 729	12 255	51,9	598	12 142	5 535	45,9
Neuhofen	3 407	3 641	4 179	5 291	6 682	7 103	51,7	577	6 913	3 319	48,9
Römerberg	4 773	5 540	6 269	6 536	6 654	7 205	51,3	259	7 109	3 169	45,3
Schifferstadt	11 315	13 242	15 636	17 148	17 250	17 711	51,3	631	17 429	7 959	45,9
VG Dannstadt-Schauernheim	5 797	6 750	7 908	9 219	11 180	11 482	50,9	346	11 305	5 204	46,4
VG Dudenhofen	5 038	5 734	6 652	7 329	8 841	9 441	50,0	348	9 419	4 166	45,9
VG Hessheim	4 427	5 088	5 616	7 555	8 796	9 072	50,6	364	8 937	4 185	47,4
VG Maxdorf	5 398	6 626	7 837	8 923	9 214	10 925	50,3	645	10 781	4 791	46,3
VG Waldsee	4 916	5 510	6 326	6 884	7 216	7 799	51,2	274	7 666	3 482	45,7
Landkreis Ludwigshafen	73 400	84 163	100 027	115 136	125 767	133 646	51,1	438	131 141	59 586	45,9

1) Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung.

positive Veränderung von 16 % feststellbar, im Durchschnitt der Landkreise waren es indes 3,8 % und im Landesdurchschnitt 1,5 %.

Die Altersstruktur der Bevölkerung unterscheidet sich vom Landesdurchschnitt. Zwar weicht der Anteil der jüngeren Generation (unter 15 Jahre) mit 15 % nicht ab, dafür liegt der Prozentsatz der Senioren (ab 65 Jahren) mit 13 % gegenüber 16 % jedoch vergleichsweise niedrig. Im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 65 Jahren stehen demzufolge mit 71 % der Bevölkerung relativ mehr Einwohner als im Land (69 %).

Erwerbstätigkeit

Bei der Volkszählung 1987 wurden im Landkreis Ludwigshafen fast 59 600 dort wohnende Erwerbstätige gezählt, darunter rund 38 400 Männer (65 %) und 21 100 Frauen. Die Erwerbstätigenquote ist mit 46 % deutlich höher als im Durchschnitt der Landkreise (43 %). Vergleichbare Anteile sind lediglich in vier weiteren Kreisen des Regierungsbezirks Rheinhessen-Pfalz feststellbar.

In der Gliederung nach ihrer Stellung im Beruf, zeigt die Zahl der Erwerbstätigen eine von der Gesamtheit

Berufsauspendler aus der Stadt Mutterstadt 1987

Zielort	Berufs- auspendler ¹⁾
Ludwigshafen, kreisfreie Stadt	2 806
Mannheim, kreisfreie Stadt (Baden-Württemberg)	628
Übrige Gebiete	756
Auspendler insgesamt	4 190

Gingen mindestens 100 Personen in dieselbe Gemeinde, ist diese als Zielort einzeln nachgewiesen.

aller Landkreise abweichende Struktur. Deutlich höher war 1987 der Anteil der Angestellten mit 43 %, auf die Beamten entfiel lediglich ein Anteil von 7 %, weitere 34 % zählten zu den Arbeitern. Relativ niedrig lag mit 8 % der Anteil der Selbständigen.

Die meisten Erwerbstätigen waren 1987 im produzierenden Gewerbe tätig. Die Quote liegt mit 52 % deutlich über dem Durchschnitt der Landkreise (43 %) und übertrifft ebenso das Landesmittel (41 %). Der Dienstleistungsbereich umfaßt 29 % der Erwerbstätigen (Landkreisdurchschnitt 35 %). Ein ähnlich niedriger Anteil ist lediglich in den Kreisen Altenkirchen und Alzey-Worms zu verzeichnen. Weitere 16 % entfallen auf Handel und Verkehr, was weitgehend dem Durchschnittswert aller Landkreise entspricht. In der Land- und Forstwirtschaft sind mit 3,3 % weniger Erwerbstätige zu finden als dies landesweit (4,6 %) oder im Vergleich mit der Gesamtheit der Landkreise (5,7 %) der Fall ist.

Wie fast alle Landkreise weist auch Ludwigshafen einen negativen Pendlersaldo auf. 1987 pendelten

Berufsauspendler aus der Stadt Schifferstadt 1987

Zielort	Berufs- auspendler ¹⁾
Ludwigshafen, kreisfreie Stadt	2 614
Speyer, kreisfreie Stadt	776
Mannheim, kreisfreie Stadt (Baden-Württemberg)	516
Limburgerhof	116
Mutterstadt	100
Übrige Gebiete	818
Auspendler insgesamt	4 940

Gingen mindestens 100 Personen in dieselbe Gemeinde, ist diese als Zielort einzeln nachgewiesen.

41 500 oder 70 % der dort wohnenden Erwerbstätigen über die Kreisgrenzen. Ein großer Teil von ihnen pendelte regelmäßig in die kreisfreie Stadt Ludwigshafen. Als Berufseinpender aus der Umgebung kamen täglich 7 000 Personen, um im Landkreis Ludwigshafen zu arbeiten.

Einkommen

Die insgesamt 50 466 im Landkreis Ludwigshafen wohnenden Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen erzielten 1986 Einkünfte im Gesamtbetrag von 2 291 - Mill. DM, das entspricht einem Pro-Kopf-Betrag von 45 400 DM, der um 14 % über dem Landesdurchschnitt liegt (39 738 DM).

34 % aller Steuerpflichtigen bezogen Einkommen zwischen 25 000 und 50 000 DM. Im Mittel der Landkreise fielen in diese Gruppe 42 % der Steuerpflichtigen. Die Verlagerung in der Einkommenspyramide gestaltet sich für die Bewohner des Landkreises durchaus positiv. Der Anteil der Erwerbstätigen mit überdurchschnittlich hohen Einkünften von 50 000 bis unter 100 000 DM ist mit 30 % landesweit unter den kreisfreien Städten und Landkreisen der höchste. Darüber hinaus liegt zudem der Anteil der Steuerpflichtigen mit höheren Einkünften (5,4 %) über dem Landesdurchschnitt.

Bildungswesen

Im Schuljahr 1989 / 90 wurden an den 35 Grund- und Hauptschulen des Kreises 7 613 Schüler von 477 hauptberuflichen Lehrern unterrichtet. Mit 21,8 Schülern je Klasse ist die durchschnittliche Klassengröße ähnlich hoch wie im Landkreisdurchschnitt (21,9). An der einzigen Sonderschule, die es im Landkreis gibt, unterrichten 11 hauptberufliche Lehrer 72 Schüler. Außerdem befinden sich im Landkreis 3 Realschulen, die im Herbst 1989 von 1 242 Schülern besucht wurden, und ein Gymnasium mit insgesamt 1 084 Schülern. Als hauptberufliche Lehrkräfte waren an diesen Schulen 87 Realschullehrer und 75 Gymnasiallehrer eingesetzt. Die mittleren Klassenstärken der Realschulen (24,4 Schüler) und der Gymnasien (27,2 Schüler) liegen lediglich bei den Gymnasien etwas höher als im Durchschnitt der Landkreise (25,1). Im Landkreis Ludwigshafen gibt es keine berufsbildende Schule. Hier besteht jedoch ein großes Angebot in Ludwigshafen-Stadt.

Sportstätten

Anfang 1990 gab es im Kreis 61 Sportplatzanlagen, die für 18 650 Zuschauer Platz boten. Davon wurden 40 Anlagen von Vereinen unterhalten. Außerdem standen 64 Turn- und Sporthallen zur Verfügung. Das Angebot von 5 Hallenbädern und 3 Freibädern für den Schwimmsport und zum Baden wird im Kreis durch 9 Naturbäder ergänzt.

Gesundheitswesen

Im Landkreis gab es Anfang 1990 insgesamt 108 berufstätige Ärzte. 98 Ärzte und 49 Zahnärzte führten eine eigene Praxis. Im Gegensatz zu den übrigen Ver-

waltungsbezirken gibt es im Landkreis Ludwigshafen keine Krankenhäuser. Diese Unterversorgung wird jedoch durch das überdurchschnittlich gute Bettenangebot der nahegelegenen kreisfreien Städte Frankenthal, Ludwigshafen, Speyer und Worms ausgeglichen.

Jugend- und Altenpflege

Anfang 1990 waren für Kinder im Alter von 3 bis 6 Jahren 59 Kindergärten mit insgesamt 4 097 Plätzen vorhanden. Zur Betreuung der Kinder stehen 351 Fachkräfte und 32 weitere Kräfte zur Verfügung. Allein 56 Kindergärten werden von Trägern der freien Jugendhilfe unterhalten. Nur 3 sind in öffentlicher Hand. Hinzu kommen als Einrichtungen für Kinder und Jugendliche drei Jugendheime und 7 Jugendzentren bzw. Freizeitheime.

Für ältere Menschen gibt es zwei Alten- und -pflegeheime mit 220 Plätzen. Sie befinden sich in Schifferstadt und Limburgerhof.

Wohnungsversorgung

Mit 405 Wohnungen je 1 000 Einwohner entspricht die quantitative Wohnungsversorgung in Ludwigshafen dem durchschnittlichen Angebot aller Landkreise. Insgesamt gab es Ende 1989 rund 53 500 Wohnungen mit durchschnittlich 101 m² Wohnfläche. Die Hälfte der Wohnungen hatte 4 bis 5 Räume.

Das Baualter der Wohngebäude weicht nur zum Teil vom Durchschnitt ab. Lediglich 10 % aller Wohnungen befinden sich in Gebäuden, die vor der Jahrhundertwende errichtet wurden. In der Gesamtheit der Landkreise entfallen hierauf 19 %. Weitere 20 % sind zwischen 1901 und 1948 ; 33 % zwischen 1949 und 1968 erbaut worden (Landkreisdurchschnitt 19 % bzw. 31 %). Rund 37 % der Wohnungen waren in Gebäuden zu finden, die 1987 zum Zeitpunkt der Zählung ein Baualter von 20 Jahren noch nicht überschritten hatten (Durchschnitt der Landkreise 32 %). Dem entspricht auch die Ausstattung der Wohnungen : 73 % verfügen über Bad, WC und Sammelheizung (Landesdurchschnitt 67 %), weitere 22 % besaßen Bad und WC, jedoch keine Sammelheizung. Das Mietpreisniveau liegt mit 6,78 DM je Quadratmeter über dem Mittelwert aller rheinland-pfälzischen Landkreise (5,90 DM). 1987 belief sich der Anteil der Eigentümerwohnungen auf gut 63 % (Landkreise insgesamt 62 %).

Verkehr

Durch die von Norden nach Süden verlaufende Rheinstrecke sowie die Ost-West-Verbindung von Frankfurt nach Paris ist der Kreis an das überörtliche und internationale Schienennetz der Bundesbahn angeschlossen, wobei diese Bahnlinien zugleich als wichtige Träger des Regional- und Nahverkehrs fungieren. Weitere nennenswerte Schienenverbindungen sind die Bundesbahnstrecken Frankenthal-Grünstadt, Ludwigshafen-Speyer-Karlsruhe sowie Landau-Germersheim und die Rhein-Haardt-Bahn von Mannheim nach Bad Dürkheim.

Insgesamt liegen im Kreisgebiet 21 km Bundes-, 122 km Landes- und 99 km Kreisstraßen. Mit 55 km Bundesautobahnstrecke ist Ludwigshafen über die A 61 mit zwei Autobahnkreuzen gut an das Bundesautobahnnetz angeschlossen. Dem Flugsport dient das Segelfluggelände Ludwigshafen-Dannstadt, das zu den meist frequentierten in Rheinland-Pfalz gehört. Wichtige Häfen der Binnenschifffahrt sind Otterstadt mit einem Güterumschlag von 1,3 Mill. t und Römerberg mit 0,8 Mill. t. Damit hatten diese Häfen 1990 einen Anteil von 7,3 % am rheinland-pfälzischen Güterumschlag der Binnenschifffahrt. In Otterstadt waren dies ausschließlich Steine und Erden sowie Baustoffe, in Römerberg auch chemische Erzeugnisse.

Wie überall in Rheinland-Pfalz ist auch im Kreis Ludwigshafen der Kraftfahrzeugbestand in den vergangenen Jahrzehnten ganz erheblich angewachsen. Mitte 1990 waren 72 885 Personenwagen (einschließlich Kombis) zugelassen, 2,1 % mehr als ein Jahr zuvor. 43 % der Fahrzeuge galten als schadstoffreduziert. Außerdem wurden 2 697 Lastkraftwagen und 3 317 Zugmaschinen gezählt. Der Motorradbestand bezifferte sich auf 3 831 Krafträder. Auf 1 000 Einwohner entfielen 545 Personenwagen. Der Motorisierungsgrad ist damit im Vergleich der Landkreise überdurchschnittlich (Landkreisdurchschnitt 522).

Sozialprodukt

Das Sozialprodukt (Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen) belief sich 1988 im Landkreis Ludwigshafen auf den Betrag von 1,7 Mrd. DM. Seit 1980 ist das Sozialprodukt um 56 % gestiegen. Dabei war der Anteil des produzierenden Gewerbes kontinuierlich rückläufig von 39 % auf 31 %. Parallel dazu stieg der Beitrag der Dienstleistungsunternehmen von 31 % auf 40 % bis 1986. In den beiden Jahren danach ging die wirtschaftliche Leistungskraft dieser Unternehmen, zu denen u. a. die Kreditinstitute, das Versicherungsgewerbe, Gesundheitswesen, Gast- und Verlagsgewerbe, Wohnungsvermietung, Steuer- und Rechtsberatung zählen, jedoch wieder leicht zurück. Der Bereich Handel und Verkehr konnte im betrachteten Zeitraum erstmals 1988 seinen Anteil auf über 20 % steigern. Der auf den Staat, die privaten Haushalte und die privaten Organisationen ohne Erwerbszweck entfallende Anteil von 7 bis 8 % veränderte sich nur im Rahmen dieser Spanne. Die Land- und Forstwirtschaft vereinigt mittlerweile weniger als 3 % auf sich.

Je Einwohner werden im Landkreis 12 870 DM erwirtschaftet. Die Bruttowertschöpfung je Einwohner gibt die

Wirtschaftskraft allerdings nur unzureichend wieder, weil die wirtschaftliche Leistung nicht von den in einem Gebiet Wohnenden, sondern von den dort Arbeitenden erbracht wird; für einen Kreis mit hohem Auspendlerüberschuß wie Ludwigshafen resultiert daraus eine starke Verzerrung. Im Zusammenhang mit den benachbarten Industriezentren ist auch der im Vergleich zu den Landkreisen insgesamt niedrige Anteil, den das produzierende Gewerbe an der Bruttowertschöpfung hat, zu sehen. Vergleichsweise höher liegt der Beitrag der Dienstleistungsunternehmen und des Bereichs Handel und Verkehr.

Landwirtschaft

Von der Landkreisfläche entfielen 1989 rund 59 % auf Flächen, die der Landwirtschaft dienten. Dies ist wesentlich mehr als im Mittel aller Landkreise (45 %). Der Wald spielte mit einem Anteil von 17 % keine große Rolle.

Von der landwirtschaftlich genutzten Fläche wurden 1987 nicht zuletzt aufgrund der günstigen Boden- und Klimaverhältnisse 94 % als Ackerland bewirtschaftet. Unbedeutend ist der Dauergrünlandanteil mit 3,4 %. Knapp 44 % des Ackerlandes waren mit Getreide bestellt. Von den rund 1,4 Mill. t Getreide, die 1987 im Land erzeugt wurden, fielen 31 900 t im Landkreis Ludwigshafen an. Daneben ist der Gemüseanbau bedeutend, der rund 13 % des Ackerlandes beansprucht. Allein 47 % des rheinland-pfälzischen Gemüseanbaus entfallen auf den Landkreis Ludwigshafen. Kulturen wie Blumenkohl, Salat, Spinat, Möhren und Zwiebeln stehen an oberster Stelle. Außerdem ist der Landkreis ein Zentrum des Frühkartoffelanbaus. Im übrigen wuchsen auf dem Ackerland Zuckerrüben (12 %), Ölfrüchte (2,7 %) und Futterpflanzen (1,3 %) heran. Wie schon durch den geringen Dauergrünlandanteil und die unbedeutende Erzeugung von Ackerfutter deutlich wird, haben die Rinderhaltung, aber auch die Schweinehaltung, kaum Bedeutung.

1990 gab es noch 837 landwirtschaftliche Betriebe. Über 80 % haben in den letzten 40 Jahren die Landwirtschaft aufgegeben. Dabei hat sich die Betriebsgrößenstruktur deutlich geändert. Während damals weniger als 1 % der Betriebe mehr als 20 ha LF bewirtschafteten, waren es 1990 rund 36 %.

Vorherrschend ist der Marktfruchtbetrieb. 1987 waren 63 % der landwirtschaftlichen Betriebe dieser

Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen 1980 – 1988

Jahr	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft	Produzierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienstleistungsunternehmen	Staat, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck	Je Einwohner ¹⁾	
	Mill. DM	%					DM	Landkreise=100
1980	1 082	3,1	39,3	19,4	30,5	7,7	8 670	55,0
1982	1 220	4,0	34,6	18,7	34,7	8,0	9 620	57,0
1984	1 350	3,3	32,5	19,0	37,6	7,6	10 580	58,3
1986	1 541	2,9	30,9	18,9	40,0	7,3	11 930	59,2
1988	1 685	2,7	30,5	20,9	38,7	7,3	12 870	60,4

1) Bis 1986 Einwohner auf der Basis Volkszählung 1970, 1988 auf der Basis von 1987.

Betriebsform zuzurechnen. Der Anteil der Haupterwerbsbetriebe ist im Vergleich zur Gesamtheit der Landkreise (42 %) mit 66 % relativ hoch. Hierzu trägt auch die Spezialisierung einiger Betriebe auf den sehr arbeitsintensiven Gemüseanbau bei.

Industrie und Handwerk

Innerhalb des Kreises gibt es Betriebe der unterschiedlichsten Zweige der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien, der Investitions- und Verbrauchsgüterindustrien sowie der Nahrungs- und Genußmittelindustrien. Ein Vergleich der Arbeitsstättenzählung 1970 und 1987 weist für das verarbeitende Gewerbe als Wirtschaftsbereich eine Abnahme der Arbeitsstätten insgesamt um 0,8 % auf 606 und eine Zunahme der Beschäftigtenzahl um 4 % auf 6 133 aus. Durch ein Beschäftigtenplus in den Bereichen Kunststoffwarenindustrie, Metallbearbeitung, Maschinen- und Fahrzeugbau sowie in der Elektrotechnik konnte der in verschiedenen Branchen festzustellende Arbeitsplatzabbau kompensiert werden.

Im Jahre 1989 waren im verarbeitenden Gewerbe (alle Betriebe ohne Handwerksbetriebe mit weniger als 20 Beschäftigten) rund 3 800 Personen beschäftigt. Mit 29 Industriebeschäftigten je 1 000 Einwohner wies der Kreis 1989 einen Industrialisierungsgrad auf, der ihn auf dem vorletzten Platz unter den Verwaltungsbezirken rangieren läßt (Landkreisdurchschnitt 82). Die 107 Industriebetriebe des Kreises sind mit einer durchschnittlichen Größe von 36 Beschäftigten im Vergleich zum Mittelwert in den Landkreisen (51) insgesamt kleinstrukturiert. Vom Beschäftigtenvolumen her ist das Investitionsgüter produzierende Gewerbe mit 46 % aller Beschäftigten als der wichtigste Industriebereich anzusehen, gefolgt von dem Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe (22 %), wo die Kunststoffwarenindustrie

mit 66 % der Beschäftigten die größte Rolle spielt. Das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe liegt mit 18 % an dritter Stelle.

Die gut 0,7 Mrd. DM Industrieumsatz wurden zu 41 % von der Nahrungs- und Genußmittelindustrie sowie der Verbrauchsgüterindustrie erwirtschaftet. Den höchsten Beitrag zum Gesamtumsatz lieferten 1988 die 21 Betriebe in Bobenheim-Roxheim und Schifferstadt mit zusammen gut 0,3 Mrd. DM. Mit einer Exportquote von rund 21 % liegt der Kreis zwar unter dem Durchschnitt (Landkreisdurchschnitt 32 %), rangiert bei den Landkreisen jedoch noch am unteren Ende des zweiten Drittels.

Im Kreisgebiet sind 907 Unternehmen in die Handwerksrolle eingetragen, von denen 407 auf das verarbeitende Gewerbe entfallen. Allein 168 davon sind dem Ernährungsgewerbe zuzuordnen. Im Baugewerbe, vor allem im Bereich Ausbau, sind 312 Handwerksunternehmen tätig.

Handel

In 1 303 Arbeitsstätten des Handels waren 1987 insgesamt 5 268 Beschäftigte tätig. Im Kreisgebiet befanden sich demnach 3,2 % der landesweit vorhandenen Arbeitsstätten dieser Sparte. Der überwiegende Teil (71 %) entfiel auf den Einzelhandel, 19 % waren Großhandelsbetriebe.

Gegenüber 1970 wurde die Zahl der Arbeitsstätten im Handel zwar etwas eingeschränkt, die Zahl der Beschäftigten nahm dennoch um 31 % auf 5 268 zu, hauptsächlich zurückzuführen auf eine Erweiterung der Beschäftigungsverhältnisse im Einzelhandel. 66 % der Arbeitsplätze im Einzelhandel waren mit Frauen besetzt. Auch trägt der Handelsbereich mit 31 % Teilzeitbe-

Verarbeitendes Gewerbe 1989¹⁾ nach ausgewählten Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweig	Betriebe	Beschäftigte				Löhne und Gehälter	Umsatz
		insgesamt	je Betrieb	Anteil am verarbeiten- den Gewerbe	Anteil am Land		
	Anzahl			%		Mill. DM	
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	21	531	25	13,9	0,4	23,4	.
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	11	251	23	6,6	1,5	10,8	50,8
Gießereien	3	71	24	1,9	1,6	2,5	11,6
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	41	1 759	43	45,9	1,1	80,9	.
Maschinenbau; Büromaschinen, ADV-Geräte und -Einrichtungen	13	686	53	17,9	1,3	35,8	130,5
Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	17	231	14	6,0	1,1	8,3	33,3
Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren	5	531	106	13,9	2,6	21,2	98,8
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	27	854	32	22,3	0,9	31,6	165,7
Holzverarbeitung	5	150	30	3,9	1,3	4,3	.
Druckereien, Vervielfältigung	8	41	5	1,1	0,4	1,9	.
Herstellung von Kunststoffwaren	7	561	80	14,6	3,2	22,3	95,5
Bekleidungsgewerbe	3	42	14	1,1	0,8	1,4	.
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	18	688	38	18,0	3,1	18,9	128,6
I n s g e s a m t	107	3 832	36	100,0	1,0	153,8	723,1

1) Alle Betriebe des verarbeitenden Gewerbes ohne Handwerksbetriebe mit weniger als 20 Beschäftigten.

Fremdenverkehr 1990

Gebietskörperschaft ¹⁾	Bettenkapazität		Gäste	Übernachtungen		Ausnutzung der Bettenkapazität
	insgesamt	Hotels		insgesamt	Ausländer	
	Anzahl	%	Anzahl		%	
Altrip	61	47,5	2 439	5 692	·	25,6
Mutterstadt	86	32,6	5 329	10 614	·	33,8
Schifferstadt, Stadt	113	89,4	9 240	12 123	10,0	29,4
Waldsee	59	100,0	·	·	·	·
Landkreis Ludwigshafen	523	60,4	26 564	55 419	8,7	29,0

1) Gemeinden mit mindestens 5 000 Übernachtungen sind einzeln nachgewiesen.

schäftigten dazu bei, ein Angebot an Halbtagsarbeitsplätzen zu bieten. Mit Löhnen und Gehältern von 89 Mill. DM im Jahre 1986 entfielen auf den Handel im Landkreis Ludwigshafen 14 % der Löhne und Gehälter aller Wirtschaftsbereiche des Kreises, ein Anteil, der im Vergleich zum Landeswert (9,2 %) etwas höher liegt.

Dienstleistungen

Zwischen 1970 und 1987 hat sich die Zahl der Beschäftigten im privaten Dienstleistungssektor, zu dem die Banken und Versicherungen sowie die Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen gehören, mehr als verdreifacht und belief sich 1987 auf rund 7 400 Personen. Im gleichen Zeitraum wurde bei öffentlichen Dienstleistungen eine Zunahme der Erwerbstätigen um 54 % auf rund 2 800 registriert. In beiden Bereichen lag der Beschäftigtenanstieg deutlich über dem Durchschnitt im Lande. Dennoch wurde 1987 im privaten Dienstleistungsgewerbe mit 57 Beschäftigten je 1 000 Einwohner der Mittelwert im Land (80) noch deutlich unterschritten. Verglichen mit durchschnittlich 58 Beschäftigten je 1 000 Einwohner bei öffentlichen Dienstleistungen in den Landkreisen, fiel auch hier der Landkreis Ludwigshafen mit 21 Beschäftigten je 1 000 Einwohnern auf.

1987 erbrachten 29 % von den im privaten Dienstleistungsbereich Beschäftigten Leistungen für Unterneh-

men, an zweiter Stelle stand das Gastgewerbe. Im öffentlichen Bereich entfielen 73 % der Beschäftigten auf die Gebietskörperschaften, die übrigen waren weitestgehend für Organisationen ohne Erwerbszweck oder in Einrichtungen derselben wie Heime, Schulen, Kindergärten tätig.

Fremdenverkehr

Das Tourismusgewerbe findet, abgesehen von wenigen in Rhein- und Haardt nahe gelegenen Gebietsteilen, keine allzu attraktiven landschaftsbezogenen Voraussetzungen. 1990 boten insgesamt 19 Fremdenverkehrsbetriebe sowie einige Privatquartiere 523 Betten, überwiegend in Hotels und Gasthöfen, an. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Gäste beläuft sich auf 2,1 Tage und liegt damit deutlich unter den 3,4 Tagen, die landesweit in den Fremdenverkehrsbetrieben registriert wurden. Dies rührt daher, daß dem Geschäfts- und Durchreiseverkehr die maßgebliche Bedeutung zukommt. Die Bettenkapazität wurde 1990 zu 29 % genutzt (Landesdurchschnitt 32 %). Gut ein Fünftel der Kapazität wurde in Schifferstadt angeboten, wo eine durchschnittliche Auslastung gegeben war. Insgesamt übernachteten im Landkreis 1990 fast 27 000 Gäste. Davon waren 8,2 % Ausländer.

Öffentliche Finanzen

Das Finanzvolumen der kommunalen Gebietskörperschaften des Kreises Ludwigshafen belief sich 1988,

Unmittelbare Ausgaben des Kreises, seiner Verbandsgemeinden und Gemeinden 1988

Aufgabenbereich	Unmittelbare Ausgaben insgesamt ¹⁾		Personal- ausgaben	Sachinve- stitionen	Übrige unmittel- bare Ausgaben
	1 000 DM	DM je Einwohner	Anteil der Ausgabeart in %		
Politische Führung und zentrale Verwaltung	39 850	304,51	61,0	6,3	32,7
Schulen und vorschulische Bildung	18 692	142,83	30,5	28,5	41,0
Kulturelle Angelegenheiten	7 226	55,22	40,4	9,7	49,9
Soziale Sicherung	37 764	288,57	13,0	1,0	86,0
Gesundheit, Sport und Erholung	13 042	99,66	39,7	19,6	40,7
Wohnungswesen und Raumordnung	4 555	34,81	48,6	15,8	35,6
Kommunale Gemeinschaftsdienste	25 812	197,24	18,9	19,4	61,7
Wirtschaftsförderung	4 639	35,45	8,7	57,5	33,8
Verkehrswesen	18 870	144,19	3,9	71,0	25,1
Wirtschaftsunternehmen	1 605	12,26	65,4	–	34,6
Übrige Aufgabenbereiche	33 862	258,76	18,1	39,6	42,3
I n s g e s a m t	205 917	1 573,50	28,4	22,6	49,0

1) Bruttoausgaben (ohne besondere Finanzierungsvorgänge) abzüglich Zahlungen an den öffentlichen Bereich.

gemessen an den bereinigten Gesamteinnahmen, auf 253 Mill. DM. Das sind 1929 DM je Einwohner und damit 352 DM weniger als im Durchschnitt der Landkreise. Von den bereinigten Gesamteinnahmen entfielen 186 Mill. DM auf die kreisangehörigen Gemeinden und Verbandsgemeinden. Der Kreisverwaltung standen unter Einbeziehung der Kreisumlage 97 Mill. DM zur Verfügung. Die Steuereinnahmekraft lag mit 898 DM je Einwohner über dem Durchschnittswert der rheinland-pfälzischen Landkreise (819 DM). An den bereinigten Gesamteinnahmen der kommunalen Gebietskörperschaften hatten die Steuern und steuerähnlichen Einnahmen einen Anteil von 48 %, auf Zuweisungen und Zuschüsse entfielen 7 %. Der auf Steuern entfallende Anteil lag damit weit über dem Durchschnitt der Landkreise (36 %), der Beitrag der Zuschüsse dagegen unterschritt den Vergleichswert (11 %). Deutlich unter dem Landkreisdurchschnitt lag der Anteil

der Schuldenaufnahme am Kreditmarkt mit weniger als 2 %.

Die unmittelbaren Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände des Landkreises beliefen sich 1988 auf 206 Mill. DM. Finanzielle Schwerpunkte bildeten die politische Führung und zentrale Verwaltung (19 %) sowie die soziale Sicherung (18 %). Größte Ausgabenposten waren mit 58 bzw. 47 Mill. DM die Personalausgaben und die Sachinvestitionen, die insgesamt 51 % der Ausgaben ausmachten.

Die kommunalen Gebietskörperschaften des Landkreises Ludwigshafen hatten Ende 1988 Schulden in Höhe von 149 Mill. DM. Die Pro-Kopf-Verschuldung von 1 140 DM je Einwohner lag damit unter dem Durchschnitt der Landkreise von 1 552 DM.

Dr. Birgit Hübbers

Rheinland-Pfalz heute – 1991

Der Prospekt „Rheinland-Pfalz heute“ informiert Sie auf 20 Seiten über die Bereiche Bevölkerung, Kultur, Arbeit, Wirtschaft und Staat. Vergleichszahlen der Flächenländer und des Bundesgebietes und statistische Ergebnisse aus den kreisfreien Städten und Landkreisen ergänzen den Prospekt.



Sie können „Rheinland-Pfalz heute“ bestellen
zum Preis von 1,00 DM
ab 100 Exemplare 0,80 DM
ab 500 Exemplare 0,60 DM
zuzüglich Porto

mit beigefügter Antwortpostkarte oder telefonisch: (02603) 71245



Absender:

Bitte
frei-
machen

Postkarte

**An das
Statistische Landesamt
Rheinland-Pfalz
Postfach**

5427 Bad Ems

Ich/Wir bestelle(n) Exemplar(e)

Rheinland-Pfalz heute – 1991

zum Preis von 1,00 DM

ab 100 Exemplare 0,80 DM

ab 500 Exemplare 0,60 DM

zuzüglich Porto

Anschrift:

Name des Bearbeiters oder Aktenzeichen

Datum

Unterschrift

**Ausfuhr in die Staatshandelsländer rückläufig,
Import blüht**

Der Außenhandel der rheinland-pfälzischen Wirtschaft mit den Staatshandelsländern einschließlich der im wirtschaftlichen Umbruch befindlichen Reformländer Osteuropas hat sich von Januar bis Mai 1991 stark verändert. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum gingen die Exporte dorthin um 21 % auf 545 Mill. DM zurück, die Importe von dort hingegen stiegen um 28 % auf 457 Mill. DM an. Gemessen am gesamten Außenhandel von Rheinland-Pfalz (Export 14,9 Mrd. DM, Import 11,8 Mrd. DM) ist der Handel mit diesem Wirtschaftsraum weniger bedeutend. Die wichtigsten Handelspartner sind die EG-Länder, mit denen knapp 60 % des Außenhandels abgewickelt wird.

Innerhalb der Staatshandelsländer nimmt die Sowjetunion eine herausragende Stellung ein. Die Lieferungen in die Sowjetunion, die bereits im Jahre 1990 um 17 % zurückgegangen waren, haben sich in den ersten fünf Monaten dieses Jahres um mehr als die Hälfte auf 162 Mill. DM verringert. Auch die Bezüge, in 1990 noch um 26 % angestiegen, nahmen im laufenden Jahr um 21 % auf 57 Mill. DM ab. sr

**Industriearbeiter kamen 1990 auf einen Brutto-
jahresverdienst von 46 800 DM, Industrie-
angestellte auf 68 500 DM**

Der durchschnittliche Bruttojahresverdienst der rheinland-pfälzischen Industriearbeiter (einschl. Energiewirtschaft, Wasserversorgung, Hoch- und Tiefbau) stieg im Jahre 1990 um 5,5 % auf 46 800 DM. Männliche Arbeiter verdienten 49 300 DM (+ 5,5 %), weibliche 32 800 DM (+ 5,6 %). Berücksichtigt man den Anstieg des Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen im vergangenen Jahr um 2,7 %, bedeutet dies brutto erneut einen realen Verdienstzuwachs, der geringfügig höher als 1989 ausfiel. Die realen Verdiensterhöhungen seit 1983 setzten sich damit auch im vergangenen Jahr fort.

Der durchschnittliche Bruttojahresverdienst der Industrieangestellten betrug 68 500 DM (+ 4,8 %). Männliche Industrieangestellte verdienten 75 000 DM (+ 4,5 %), weibliche 48 800 DM (+ 5,8 %). Angestellte im Handel, bei Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe konnten ihre Arbeitseinkommen 1990 um 5,8 % auf 46 600 DM steigern. Männliche Angestellte kamen auf 55 200 DM (+ 5,7 %), weibliche auf 38 300 DM (+ 5,7 %). wr

Mehr über dieses Thema auf Seite 205

**Im Jahre 1990 kostete baureifes Land
97,12 DM je Quadratmeter**

Seit 1980 hat sich der durchschnittliche Quadratmeterpreis für baureifes Land deutlich erhöht. Er stieg im Zeitraum 1980 bis 1990 von 58,58 DM auf 97,12 DM an. Dies entspricht einer Zunahme um 66 %. Der Anstieg des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte betrug im gleichen Zeitraum 29 %. me

Mehr über dieses Thema auf Seite 201

**Heizöl billiger als vor einem Jahr
Verbraucherpreise im August**

In den rheinland-pfälzischen Berichtsgemeinden kosteten im August 100 l Heizöl durchschnittlich 48,13 DM. Das sind 2,4 % weniger als im Juli und 9 % weniger als vor einem Jahr. Die Benzinpreise gingen gegenüber dem Vormonat um rund 1 % zurück. Sie lagen jedoch, insbesondere wegen der Erhöhung der Mineralölsteuer im Juli, um gut ein Fünftel über den Preisen im August des Vorjahres.

Unter den Lebensmitteln gab es im Vergleich zum August 1990 überdurchschnittliche Preisanhebungen, vor allem bei frischem Kabeljau, Rollmops, frischen Brötchen sowie Obst- und Gemüsekonserven wie Sauerkirschen, Erbsen, Gurken und Bohnen. Erheblich teurer als vor einem Jahr waren Kartoffeln, Weißkohl, Möhren, Zwiebeln, Tomaten und Birnen. Billiger angeboten wurden Bananen, Blumenkohl, Butter und Pflanzenöl.

Deutlich höher als vor einem Jahr waren auch einzelne Gebühren und Tarife. So stieg die Müllgebühr um 19 %, das Wassergeld um 8 % und die Kanalgebühr um 7 %. Auch für Haushaltsgas mußte mehr bezahlt werden (+ 11 %). Bei den Dienstleistungen verteuerten sich insbesondere der Herrenhaarschnitt (+ 7 %) und die chemische Reinigung eines Herrenanzuges (+ 6 %). br

Erneut Rückgang des Schweinebestandes

Der Rückgang des Schweinebestandes in Rheinland-Pfalz hält an. Bei Preisen unter Vorjahresniveau betrug die Zahl der Schweine im August rund 512 600 und hat damit gegenüber dem vergleichbaren Termin 1990 um 4,5 % abgenommen. Ähnlich hoch lagen die Veränderungsraten in den beiden Jahren zuvor.

Der Bestandsrückgang betraf in unterschiedlichem Ausmaß alle Nutzungskategorien. Die Zahl der Mastschweine mit 50 kg und mehr Lebendgewicht ging um 6,1 % auf 174 500 Tiere zurück, die der Zuchtsauen um 2,4 % auf 58 200. Auch in nächster Zeit dürfte daher keine Ausdehnung der Schweineerzeugung zu erwarten sein. hü

kurz + aktuell

Mehr Eier erzeugt

Im ersten Halbjahr 1991 sind in den rheinland-pfälzischen Hennenhaltungen mit 3 000 und mehr Haltungsplätzen rund 116 Mill. Eier erzeugt worden. Das sind 2,6 % mehr als 1990. Knapp die Hälfte der insgesamt rund 80 Betriebe haben Platz für 10 000 und mehr Tiere.

Die Haltungskapazität der Betriebe (1,2 Mill. Plätze) war im Juni zu 70 % ausgelastet. Erst nach den Sommermonaten, wenn die Ferien vorüber sind, werden wieder mehr Tiere eingestallt, um die Produktion im Hinblick auf dann bessere Absatzbedingungen zu steigern. Aufgrund der bisherigen Entwicklung ist anzunehmen, daß die Erzeugung von 1990 von insgesamt 236 Mill. Eiern in diesem Jahr leicht überschritten wird. hü

Preisindex für die Lebenshaltung im Bundesgebiet ¹⁾ im August 1991		
Indexbezeichnung	1985=100	Veränderung zu August 1990 in %
Alle privaten Haushalte		
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren (einschl. Verzehr in Gaststätten)	109,0	3,2
Bekleidung, Schuhe	110,2	2,6
Wohnungsmieten	118,1	4,4
Energie (ohne Kraftstoffe)	88,8	3,4
Möbel, Haushaltsgüter u. a. Güter für die Haushaltsführung	111,1	3,3
Güter für:		
Gesundheits- und Körperpflege	114,5	3,7
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	114,9	7,9
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	107,9	2,2
Persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art	119,3	4,0
Gesamtlebenshaltung	111,5	4,1
4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	111,3	4,1
4-Personen-Haushalte von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	112,2	4,2
2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit geringem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	111,5	4,0

¹⁾ Angaben für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990.

Landkreise Bernkastel-Wittlich und Daun Spitzenreiter im Fremdenverkehr

Die Gemeinden an Mosel und Saar sowie in der Eifel erfreuen sich in diesem Jahr eines besonders starken Besucherstroms. Der Landkreis Bernkastel-Wittlich, Spitzenreiter unter allen Verwaltungsbezirken, konnte bis Ende Mai 659 000 Übernachtungen aufweisen. Das sind 12 % mehr als im gleichen Zeitraum des Jahres 1990. Fast ebenso viele Übernachtungen (624 000) wurden im Landkreis Daun gezählt. Die landesdurchschnittliche Steigerungsrate von 2,2 % wurde hier noch deutlicher, nämlich um 40 %, übertroffen. Eine herausragende Bedeutung für den Fremdenverkehr haben in diesen beiden Regionen die Verbandsgemeinde Kelberg mit 216 000, die Stadt Bernkastel-Kues mit 192 000 und die Gemeinden Kell und Kröv mit 128 000 bzw. 106 000 Übernachtungen. Neben den Pensionen und Privatquartieren, die am stärksten zur diesjährigen Fremdenverkehrsentwicklung beigetragen haben, erfreuen sich die Ferienzentren steigender Beliebtheit. In den Landkreisen Bernkastel-Wittlich und Daun gibt es mehrere große Ferienzentren.

Auch Heilstätten, Sanatorien und andere Kuranstalten hatten bis Ende Mai überdurchschnittliche Zuwachsraten zu verzeichnen. Dagegen berichteten die Hotels und Gasthöfe, die klassischen Aufenthaltsorte für Gäste aus Übersee, von beträchtlichen Rückgängen. sr

75 000 Rehabilitanden aus Rheinland-Pfalz

Im Jahre 1989 wurden rund 75 000 Rehabilitanden aus Rheinland-Pfalz Maßnahmen zur Eingliederung in Arbeit, Beruf und Gesellschaft gewährt. Das waren knapp 5 % weniger als ein Jahr zuvor.

Von den 84 000 abgeschlossenen Maßnahmen entfielen 70 % auf medizinische Leistungen und 26 % auf berufsfördernde Maßnahmen, 4 % dienten der sozialen Eingliederung. Mehr als 60 % der Rehabilitanden befanden sich im Alter zwischen 35 und 60 Jahren, allein drei Zehntel gehörten der Altersgruppe der 45- bis 55-jährigen Leistungsempfänger an. Unter den Hilfesuchenden, von denen 65,5 % Männer waren, dominierten die Erwerbstätigen mit einem Anteil von 70,9 %.

Unfälle, Kriegs-, Wehr- und Zivildienstbeschädigungen, angeborene Schäden und Berufskrankheiten verursachten 17,3 % der Behinderungen. Allgemeine Krankheiten (einschl. Impfschäden) lagen in 73,8 % der Fälle vor. Zu den mit Abstand häufigsten körperlichen Beschwerden zählten die rheumatischen Erkrankungen (38,7 %). us

Mehr über dieses Thema auf Seite 222

Baulandmarkt 1980 bis 1990

Die Statistik für Kaufwerte von Bauland gibt Auskunft über alle veräußerten unbebauten Grundstücke, die im Baugebiet einer Gemeinde liegen und deren Fläche eine Größe von 100 m² und mehr aufweist. Bebaute Grundstücke sind nicht mit einbezogen, da die Kaufwerte im allgemeinen keine Aufteilung zwischen dem für Grund und Boden und dem für Gebäude und Gebäude-reste gezahlten Kaufpreis enthalten. Seit 1982 werden die Angaben für Kaufwerte von Bauland von den Geschäftsstellen der Gutachterausschüsse bei den Kataster- und Stadtvermessungsämtern erfaßt. Bis 1981 waren hierfür die Finanzämter zuständig.

Die Statistik für Kaufwerte von Bauland stellt keine Preisstatistik im üblichen Sinne dar. Preisstatistiken sollen in erster Linie zeitliche und regionale Vergleiche ermöglichen. Hierzu dürfen die zu vergleichenden Güter von der Qualität her keine Unterschiede aufweisen oder es müssen Preisveränderungen, die ganz oder teilweise auf Qualitätsänderungen beruhen, berücksichtigt werden. Preisstatistiken werden diesem Anspruch gerecht. Für das Wirtschaftsgut Bauland werden hingegen in den jeweiligen Erhebungszeiträumen nach Lage und Beschaffenheit unterschiedliche Grundstücke gehandelt. Diese Tatsache muß bei der Interpretation umso stärker berücksichtigt werden, je geringer die Anzahl der Kauffälle ist. Trotz dieser Einschränkung liefert die Statistik für Kaufwerte von Bauland Informationen über die aktuelle Situation am Baulandmarkt sowie langfristige Entwicklungstendenzen.

Die Statistik für Kaufwerte von Bauland unterscheidet folgende Kategorien:

- baureifes Land, das sofort bebaut werden kann,
- Rohbauland, das für die Bebauung vorgesehen, aber noch nicht erschlossen ist,
- sonstiges Bauland, das nach seinem Verwendungszweck in Industrieland, Land für Verkehrszwecke und Freiflächen unterschieden wird.

1990 deutliche Zunahme der Grundstücksverkäufe

Die meisten Fälle wurden 1983 mit rund 16 800 verkauften Grundstücken gezählt. 1987 wechselten die wenigsten Grundstücke (10 200) ihren Eigentümer. Die veräußerte Gesamtfläche erreichte 1981 ihren geringsten (11,4 Mill. m²) und 1990 ihren höchsten Wert

(19,3 Mill. m²). Eine spürbare Belebung des Baulandmarktes ist für 1990 zu erkennen. So wurden 26 % mehr Grundstücke verkauft als im vorangegangenen Jahr. Die veräußerte Gesamtfläche erhöhte sich gar um 45 %. Dies sind die höchsten Steigerungsraten der letzten zehn Jahre.

Unter den verschiedenen Baulandarten kommt baureifem Land die größte Bedeutung zu. 1990 betrafen 70 % der verkauften Grundstücke und 40 % der veräußerten Gesamtfläche baureifes Land. Insgesamt wurden im Jahre 1990 baureife Grundstücke im Wert von 755 Mill. DM verkauft. Dies entsprach einem Anteil von 72 % an der gesamten für Bauland aufgebrachten Kaufsumme. Auch waren 1990 im Vergleich zum Vorjahr deutliche Zuwachsraten zu verzeichnen. Die Zahl der verkauften Grundstücke erhöhte sich um 26 und die veräußerte Fläche um 31 %.

Quadratmeterpreis für baureifes Land von 1980 bis 1990 um zwei Drittel gestiegen

Seit 1980 hat sich der durchschnittliche Quadratmeterpreis für baureifes Land spürbar erhöht. Er stieg im Zeitraum 1980 bis 1990 von 58,58 DM auf 97,12 DM an. Dies entspricht einer Zunahme von 66 %. Der Anstieg des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte lag im gleichen Zeitraum mit 29 % deutlich niedriger. Nicht in allen Jahren war allerdings eine Verteuerung zu verzeichnen. In den Jahren 1984, 1985 sowie 1989 wurde baureifes Land im Vergleich zu den Werten des Vorjahres billiger. Besonders ausgeprägt war der Preisrückgang 1985. Der durchschnittliche Quadratmeterpreis verminderte sich um 6,4 % von 81,50 DM auf 76,25 DM. Der bisher höchste Betrag für baureifes Land wurde mit 97,12 DM je Quadratmeter 1990 bezahlt. Auch Rohbauland ist in den vergangenen zehn Jahren teurer geworden. Der Quadratmeterpreis stieg von 33,04 DM auf 36,83 DM. Mit rund 11 % war die Zunahme im Vergleich zu baureifem Land allerdings gering.

Baureife Grundstücke in den Großstädten von 1980 bis 1990 um rund 36 % verteuert

Der durchschnittliche Quadratmeterpreis für baureifes Land lag in den rheinland-pfälzischen Großstäd-

Durchschnittliche Kaufwerte für Bauland nach Baulandarten 1980 bis 1990

Zeitraum	Insgesamt	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	Baureifes Land	Rohbauland	Industrieland	Land für Verkehrszwecke	Freiflächen
Zahl der Fälle							
1980	14 381	- 8,3	9 823	2 366	451	1 459	282
1981	11 744	- 18,3	7 896	1 534	328	1 658	328
1982	16 195	37,9	7 963	2 044	629	5 254	305
1983	16 768	3,5	9 547	1 692	759	4 536	234
1984	15 340	- 8,5	8 125	1 497	841	4 639	238
1985	10 438	- 32,0	6 233	1 170	672	2 110	253
1986	10 762	3,1	6 765	993	734	2 034	236
1987	10 164	- 5,6	6 648	774	809	1 634	299
1988	10 830	6,6	7 426	817	1 024	1 183	380
1989	11 196	3,4	7 843	803	1 143	1 154	253
1990	14 152	26,4	9 847	1 252	1 373	1 266	414
Fläche in 1 000 m ²							
1980	15 169	- 4,9	8 630	3 676	1 904	499	460
1981	11 428	- 24,7	6 581	2 318	1 619	584	326
1982	12 355	8,1	5 413	2 430	1 937	2 108	467
1983	14 292	15,7	6 671	1 755	2 725	2 739	402
1984	11 920	- 16,6	5 395	1 579	2 586	1 945	415
1985	11 470	- 3,8	4 645	1 838	2 374	2 107	506
1986	12 387	8,0	5 029	495	2 504	2 872	488
1987	12 977	4,8	4 907	1 258	3 086	3 056	671
1988	13 312	2,6	5 516	1 145	4 043	1 627	982
1989	13 314	0,0	5 951	1 019	4 254	1 485	605
1990	19 269	44,7	7 777	1 774	5 610	3 250	857
Kaufwert in DM je m ²							
1980	44,95	5,2	58,58	33,04	20,35	15,09	18,73
1981	49,78	10,7	66,18	34,58	24,66	12,86	17,82
1982	44,23	- 11,1	70,48	41,26	20,15	9,80	10,61
1983	49,66	12,3	82,91	35,44	25,74	7,72	7,63
1984	48,24	- 2,9	81,50	32,13	23,52	9,29	13,84
1985	42,94	- 11,0	76,25	27,96	25,62	8,62	15,87
1986	43,91	2,3	84,27	24,22	23,18	6,38	15,46
1987	46,18	5,2	88,73	35,47	29,94	6,49	10,63
1988	52,13	12,9	94,11	37,05	26,97	8,08	10,47
1989	56,36	8,1	93,65	37,70	31,41	9,01	12,64
1990	54,71	- 2,9	97,12	36,83	36,76	5,23	12,09

ten mit 100 000 und mehr Einwohnern 1990 bei rund 319 DM. In den kleineren Gemeinden konnte baureifes Land erheblich preiswerter erworben werden. So war in den Gemeinden mit 50 000 bis 100 000 Einwohnern der Quadratmeter mit 189 DM bereits um 130 DM billiger. Am günstigsten konnte baureifes Land in den Gemeinden mit weniger als 2 000 Einwohnern gekauft werden. Für dort gelegene Grundstücke mußten 1990 im Durchschnitt 47 DM je Quadratmeter bezahlt werden. Dies sind lediglich 15% des in den Großstädten gezahlten Preises.

Auch die Preissteigerungen der letzten Dekade weichen in den einzelnen Gemeindegrößenklassen erheblich voneinander ab. Die durchschnittliche Zunahme des Quadratmeterpreises war in den Großstädten am geringsten. Der Preis für dort gelegenes baureifes Land

erhöhte sich von 1980 bis 1990 von rund 234 DM auf knapp 319 DM. Dies entspricht einer Zunahme um nur 36% (Landesmittel: 66%). In allen anderen Gemeindegrößenklassen fiel der prozentuale Anstieg höher aus. Die größte Verteuerung war für Gemeinden mit 20 000 bis 50 000 Einwohnern zu verzeichnen. In den Jahren von 1980 bis 1990 erhöhte sich dort der Quadratmeterpreis um durchschnittlich 133%.

In Mainz sind die Bauplätze am teuersten

Eine weitergehende Betrachtung nach Landkreisen und kreisfreien Städten zeigt erhebliche Unterschiede auf. So wurden 1990 in den zwölf kreisfreien Städten des Landes durchschnittlich 211 DM für einen Quadratmeter baureifes Land bezahlt. In den 24 Landkreisen lag

Dieser Wert mit 85 DM deutlich niedriger. Gegenüber dem Vorjahr ist der durchschnittliche Quadratmeterpreis in den Landkreisen mit rund 7,1 % allerdings erheblich stärker gestiegen als in den kreisfreien Städten (+ 1 %).

Der höchste Betrag für einen Quadratmeterpreis baureifes Land in den kreisfreien Städten wurde mit 463 DM für Mainz ermittelt. Es folgen Ludwigshafen (306 DM), Frankenthal (298 DM) und Koblenz (245 DM). Ein Vergleich mit den Quadratmeterpreisen des Vorjahres zeigt insbesondere für die Städte Ludwigshafen (+ 35 %), Kaiserslautern (+ 24 %) sowie Zweibrücken (+ 21 %) überdurchschnittliche Steigerungen.

In den Landkreisen wurden die höchsten Kaufwerte für baureifes Land für Ludwigshafen (234 DM) und Mainz-Bingen (210 DM) errechnet. Das liegt nicht zuletzt an der unmittelbaren Nähe zu den Agglomerationsräumen. In Daun (27 DM), Bitburg-Prüm (28 DM) sowie Kusel (29 DM) konnte 1990 baureifes Land hingegen am günstigsten erworben werden.

Von den Landkreisen wies 1990 der Westerwaldkreis mit 824 000 m² den höchsten Flächenumsatz an baureifem Land auf. Die Landkreise Alzey-Worms (571 000 m²) und Mainz-Bingen (489 000 m²) folgen auf den Plätzen zwei und drei. Unter den kreisfreien Städten hatten Worms (95 000 m²), Koblenz (87 000 m²) sowie Trier (80 000 m²) die höchsten Umsätze zu verzeichnen.

In den Geschäftsgebieten kostete baureifes Land 1 325 DM

Eine Untergliederung nach Baugebieten zeigt, daß sowohl baureifes Land als auch Rohbauland am häufigsten in Wohngebieten mit offener Bauweise den Eigentümern wechselte. 76 % der Kaufverträge mit baureifem Land und 69 % der Kaufverträge mit Rohbauland betrafen Grundstücke in Baugebieten dieser Art. Der Quadratmeterpreis für baureifes Land in Wohngebieten in offener Bauweise lag im Berichtsjahr bei 102 DM. Gegenüber 1989 bedeutet dies eine Zunahme um 4 DM (+ 4 %). Rohbauland war hingegen mit knapp 41 DM um rund 1 DM preiswerter zu erwerben als im Jahre 1989.

In den Geschäftsgebieten war das Land bei weitem am teuersten. Für dort gelegene Grundstücke mußten 1990 im Durchschnitt 1 325 DM je Quadratmeter bezahlt werden. 1989 konnte baureifes Land in Geschäftsgebieten mit 1 063 DM je Quadratmeter deutlich (- 261 DM) günstiger erworben werden.

Unter den alten Bundesländern weist Rheinland-Pfalz niedrige Baulandpreise auf

Ein Vergleich unter den alten Bundesländern zeigt, daß in Rheinland-Pfalz Bauland im Durchschnitt relativ preiswert zu erwerben ist. Im Jahr 1989 lag im Bundesdurchschnitt der Quadratmeterpreis für baureifes Land

Durchschnittlicher Quadratmeterpreis für baureifes Land nach Gemeindegrößenklassen 1980 bis 1990

Jahr	Durchschnittlicher Quadratmeterpreis Insgesamt	Quadratmeterpreis in Gemeinden mit ... bis unter ... Einwohner					
		unter 2 000	2 000 – 5 000	5 000 – 20 000	20 000 – 50 000	50 000 – 100 000	100 000 und mehr
in DM							
1980	58,58	29,10	54,07	80,02	87,37	117,73	233,65
1981	66,18	30,03	58,31	86,78	91,91	118,27	281,01
1982	70,48	33,00	62,57	104,71	108,25	138,28	264,41
1983	82,91	39,56	75,10	102,63	139,59	156,02	335,30
1984	81,50	37,74	78,05	111,42	144,72	148,94	289,54
1985	76,25	37,98	67,79	99,62	137,85	150,74	302,10
1986	84,27	45,62	75,03	103,56	152,39	149,93	304,23
1987	88,73	39,89	82,92	109,36	132,44	147,24	250,05
1988	94,11	48,20	87,93	117,37	154,88	167,94	297,34
1989	93,65	51,25	94,16	122,20	164,81	155,92	309,85
1990	97,12	46,53	86,60	116,51	203,25	189,43	318,62
Prozent							
1980	100	100	100	100	100	100	100
1981	113	103	108	108	105	100	120
1982	120	113	116	131	124	117	113
1983	142	136	139	128	160	133	144
1984	139	130	144	139	166	127	124
1985	130	131	125	124	158	128	129
1986	144	157	139	129	174	127	130
1987	151	137	153	137	152	125	107
1988	161	166	163	147	177	143	127
1989	160	176	174	153	189	132	133
1990	166	160	160	146	233	161	136

Durchschnittliche Kaufwerte für Bauland 1990 nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Insgesamt			Baureifes Land			Rohbauland		
	Kauffälle	Fläche	Kaufsumme	Kauffälle	Fläche	Kaufwert je m ²	Kauffälle	Fläche	Kaufwert je m ²
	Anzahl	1 000 m ²	1 000 DM	Anzahl	1 000 m ²	DM	Anzahl	1 000 m ²	DM
Kreisfreie Stadt Koblenz	232	293	33 895	125	87	244,83	10	28	119,64
Landkreise									
Ahrweiler	546	615	33 492	422	282	87,61	11	15	51,92
Altenkirchen (Ww.)	595	633	18 270	472	409	39,09	54	54	15,24
Bad Kreuznach	514	802	40 152	359	285	107,87	37	71	21,06
Bad Kreuznach, St	115	281	20 631	67	57	286,90	8	31	26,82
Birkenfeld	363	454	7 514	178	159	32,75	75	108	7,61
Idar-Oberstein, St	73	86	2 419	57	52	35,42	3	2	13,33
Cochem-Zell	250	334	6 204	154	103	42,61	21	25	16,53
Mayen-Koblenz	1 001	1 283	62 078	527	353	97,22	147	158	48,64
Andernach, St	57	168	8 335	37	19	161,32	7	39	71,27
Mayen, St	88	92	6 828	62	46	113,81	5	5	61,81
Neuwied	412	618	35 367	309	277	106,88	42	60	34,25
Neuwied, St	158	168	22 229	119	111	176,74	21	15	81,43
Rhein-Hunsrück-Kreis	393	412	11 978	281	222	47,80	29	63	8,88
Rhein-Lahn-Kreis	427	469	20 777	369	289	64,91	17	18	35,44
Lahnstein, St	29	22	3 527	28	22	159,42	-	-	-
Westerwaldkreis	1 105	1 220	46 323	944	824	47,15	79	63	17,83
RB Koblenz	5 838	7 132	316 050	4 140	3 291	71,25	522	662	29,75
Kreisfreie Stadt Trier	134	233	15 638	92	80	115,90	9	17	27,49
Landkreise									
Bernkastel-Wittlich	628	1 738	21 626	401	337	38,41	59	86	14,95
Bitburg-Prüm	465	1 138	10 552	231	242	27,61	22	53	7,56
Daun	367	594	10 016	226	235	26,86	67	122	12,53
Trier-Saarburg	374	369	13 797	337	258	48,75	13	19	13,43
RB Trier	1 968	4 073	71 629	1 287	1 152	41,49	170	297	13,24
Kreisfreie Städte									
Frankenthal (Pfalz)	53	66	15 162	48	49	297,85	-	-	-
Kaiserslautern	67	77	10 601	60	44	174,96	-	-	-
Landau i. d. Pfalz	150	177	11 722	76	54	159,65	4	3	40,54
Ludwigshafen a. Rhein	156	196	27 644	131	73	305,80	7	20	94,43
Mainz	109	349	67 947	38	34	462,65	6	17	360,56
Neustadt a. d. Weinstr.	167	189	28 624	96	70	218,12	37	30	117,81
Pirmasens	53	75	4 259	43	42	79,45	2	-	-
Speyer	48	68	13 018	33	42	235,83	-	-	-
Worms	134	192	25 786	106	95	227,43	1	-	-
Zweibrücken	121	281	12 017	85	69	93,22	13	52	22,48
Landkreise									
Alzey-Worms	836	769	55 160	788	571	86,95	22	30	42,73
Bad Dürkheim	308	331	16 166	95	65	138,54	49	52	76,22
Donnersbergkreis	357	788	19 070	223	190	62,15	30	59	16,27
Germersheim	476	562	39 973	356	249	130,83	42	54	42,51
Kaiserslautern	489	727	23 316	289	253	60,49	121	190	17,67
Kusel	226	222	3 364	46	34	29,43	91	84	9,63
Südliche Weinstraße	600	754	43 675	398	349	89,74	41	102	66,09
Ludwigshafen	702	687	99 778	568	364	233,77	27	37	70,64
Mainz-Bingen	1 011	1 299	139 170	694	489	210,04	53	59	106,86
Bingen am Rhein, St	108	189	19 627	91	74	192,37	2	-	-
Ingelheim am Rhein, St	136	150	24 885	100	77	262,65	13	9	124,61
Pirmasens	283	252	10 115	247	199	47,38	14	13	11,53
RB Rheinhessen-Pfalz	6 346	8 064	666 568	4 420	3 334	141,88	560	816	51,17
Rheinland-Pfalz	14 152	19 269	1 054 247	9 847	7 777	97,12	1 252	1 774	36,83
Kreisfreie Städte	1 424	2 198	266 314	933	738	210,99	89	180	94,51
Landkreise	12 728	17 071	787 934	8 914	7 039	85,17	1 163	1 594	30,32

Durchschnittliche Kaufwerte für Bauland 1990 nach Baugebieten

Baugebiet	Baureifes Land				Rohbauland			
	Fälle	Fläche in 1 000 m ²	Kaufsumme in 1 000 DM	Kaufwert je m ² in DM	Fälle	Fläche in 1 000 m ²	Kaufsumme in 1 000 DM	Kaufwert je m ² in DM
Geschäftsgebiet	13	10	12 957	1 324,26	–	–	–	–
Geschäftsgebiet mit Wohngebiet	731	642	71 204	110,88	76	90	6 632	73,91
Wohngebiet in geschlossener Bauweise	221	171	38 651	225,79	5	33	2 779	83,21
Wohngebiet in offener Bauweise	7 526	5 712	583 738	102,19	865	1 195	48 841	40,87
Industriegebiet	20	57	3 428	60,32	14	35	466	13,29
Dorfgebiet	1 336	1 185	45 346	38,26	292	421	6 643	15,77
Insgesamt	9 847	7 777	755 324	97,12	1 252	1 774	65 360	36,83

mit 126,44 DM um rund 33 DM oder 35 % über dem rheinland-pfälzischen Wert. Rohbauland war mit 50,88 DM um rund 13 DM (35 %) teurer. Nur in den Ländern Niedersachsen und Saarland konnte baureifes Land günstiger erworben werden. Auch Industrieland

sowie Land für Verkehrszwecke und Freiflächen waren in Rheinland-Pfalz 1989, wie auch in den Jahren zuvor, vergleichsweise preiswert zu haben.

Diplom-Volkswirt Karl-Heinz Merkle

Bruttojahresverdienste in der Industrie und im Dienstleistungsbereich 1990

Die für den jeweils ersten Monat eines Quartals erfolgende laufende Verdiensterhebung erfaßt nur die regelmäßig gezahlten Verdienste. Bei der seit 1971 stattfindenden Bruttojahresverdiensterhebung hingegen werden laufende und einmalige sowie unregelmäßige Zahlungen wie Weihnachtsg Gratifikationen, Jahresabschlußprämien, Jubiläumszuwendungen, Abfindungen und zusätzliches Urlaubsgeld ermittelt. Der Bruttojahresverdienst erlaubt deshalb eine zutreffendere Beurteilung der Verdienstsituation der Arbeitnehmer in Industrie, im Handel, bei Banken und Versicherungen. Die Bruttojahresverdiensterhebung erfolgt nach der gleichen Stichprobenmethode und bei den gleichen Berichtsfirmer wie die vierteljährliche Verdiensterhebung. Sie berücksichtigt die Verdienste der Arbeitnehmer, die das ganze Jahr über als Vollbeschäftigte im gleichen Betrieb tätig waren. Die Jahresverdienste werden repräsentativ in Form einer geschichteten Stichprobe bei 2 065 rheinland-pfälzischen Betrieben, das ist etwa jeder sechste Betrieb, erhoben. Die Ergebnisse lassen sich in wirtschaftssystematischer Gliederung für Arbeiter und Angestellte sowie für Männer und Frauen darstellen. Im Dienstleistungsbereich werden wegen des geringen Anteils der Arbeiter nur die Bruttojahresverdienste der Angestellten erfragt.

Für Untersuchungen über die Struktur der Löhne und Gehälter sind die in mehrjährigen Abständen, zuletzt für 1990, erfolgenden Gehalts- und Lohnstrukturhebungen vorgesehen. Hier wird nicht wie bei der Bruttojahresverdiensterhebung das Lohnsummenverfahren angewendet, sondern es werden die Angaben für jeden einzelnen Arbeitnehmer erfragt, um die Interdependenz der effektiven Verdienste und der sozialen Merkmale der Arbeitnehmer, der Berufe und der Wirtschaftsgruppen zu erkennen.

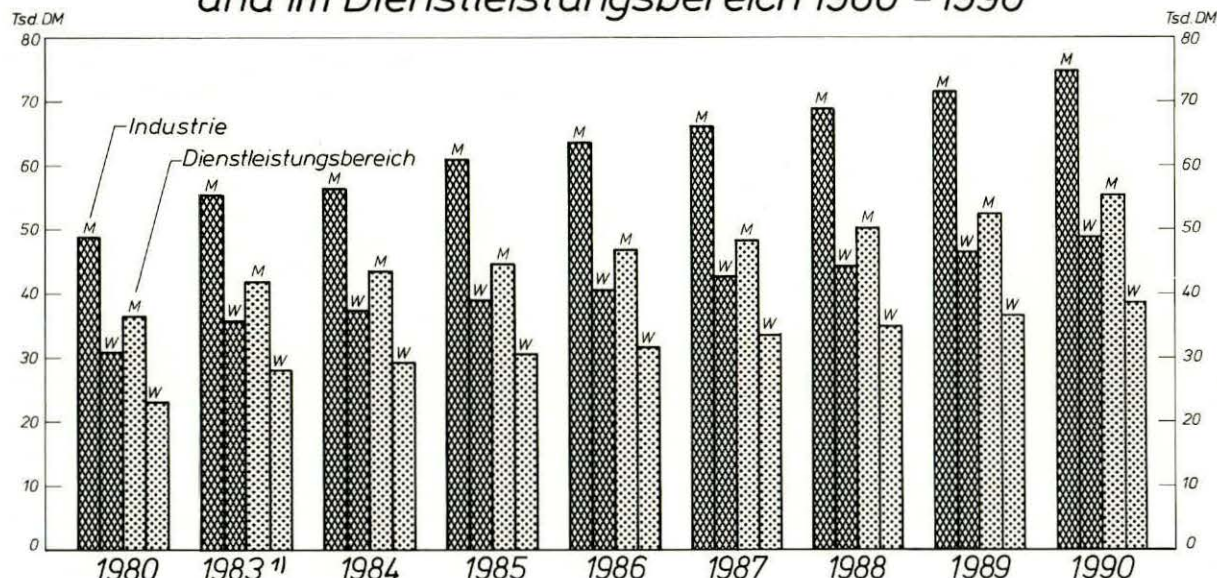
Tarifabschlüsse 1990 mit überwiegend einjähriger Laufzeit

In der Metallindustrie stiegen am 1. April 1990 die Stundenlöhne der Arbeiter und die Monatsgehälter der Angestellten um 6 %. Die Laufzeit des Einkommenstarifvertrages endete am 31. März 1991. Die Beschäftigten in der chemischen Industrie erhielten ab 1. Juli 1990 Einkommensverbesserungen von 6,5 %. Der Tarifvertrag lief 12 Monate. Die Löhne und Gehälter der Beschäftigten in der Druckindustrie wurden zum 1. April 1990 um 6,8 % erhöht. Die Laufzeit des Tarifvertrages endete am 31. März 1991. Nach dem in der Bauindustrie erfolgten Tarifabschluß, der ebenfalls 12 Monate galt, wurden die Löhne und Gehälter ab 1. April 1990 um 5,8 % angehoben. Eine Verkürzung der Arbeitszeit um eine auf 39 Stunden ist am 1. Januar vorigen Jahres in Kraft getreten. In der Papier, Pappe und Kunststoff verarbeitenden Industrie wurden die Löhne und Gehälter am 1. Februar 1990 um 3,5 % erhöht. Für Arbeiter wurde am 1. November eine weitere Anhebung der Löhne um 1,4 % wirksam. Zum gleichen Zeitpunkt wurde die wöchentliche Arbeitszeit für Arbeiter und Angestellte um eine halbe Stunde auf 37 Stunden verkürzt. Die Laufzeit des Einkommenstarifvertrages endete am 31. Januar 1991. In der Textilindustrie gab es für Angestellte ab 1. Mai 1990 Verdienststeigerungen um 2 % und für Arbeiter um 3,3 %. Gleichzeitig wurde für alle Beschäftigten die wöchentliche Arbeitszeit um eine halbe auf 38,5 Stunden herabgesetzt.

Bruttojahresverdienst der Industriearbeiter stieg 1990 um 5,5 %

Die effektiven Verdienststeigerungen in der Industrie fielen im Jahre 1990 etwas höher aus als ein Jahr zuvor.

Bruttojahresverdienste der Angestellten in der Industrie und im Dienstleistungsbereich 1980 - 1990



1) Neuer Berichtskreis. Die bisher veröffentlichten Ergebnisse wurden nach jedem Berichtskreiswechsel mit Korrekturfaktoren zu einer durchgehenden Zeitreihe verkettet.

140/91

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ M

Der durchschnittliche Bruttojahresverdienst der vollbeschäftigten rheinland-pfälzischen Industriearbeiter (einschl. Energiewirtschaft, Wasserversorgung, Hoch- und Tiefbau) stieg im Berichtsjahr um 5,5 % auf 46 800 DM. Männliche Industriearbeiter verdienten 49 300 DM brutto (+5,5 %), weibliche 32 800 DM brutto (5,6 %). Unter Berücksichtigung des Anstiegs des Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen im vergangenen Jahr um 2,7 % bedeutet dies erneut brutto einen realen Verdienstzuwachs, der geringfügig höher als 1989 ausfiel. Damit setzten sich die seit 1983 jährlichen realen Verdienststeigerungen auch im Berichtsjahr fort.

Von den einzelnen Wirtschaftsbereichen zahlten die Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgung mit durchschnittlich 54 100 DM wiederum die höchsten Löhne; sie lagen um 16 % über dem Schnitt der gesamten Industrie. Die niedrigsten Verdienste für Arbeiter wurden in

der Verbrauchsgüterindustrie erzielt (39 700 DM). Die Differenz im Durchschnittsverdienst zwischen diesen beiden Wirtschaftsbereichen betrug 14 400 DM, sie hat sich gegenüber den beiden vorhergegangenen Jahren nur wenig verändert.

Der Anteil der männlichen Arbeiter war – abgesehen vom Hoch- und Tiefbau, der keine Arbeiterinnen beschäftigt – in der Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgung mit 98 % am höchsten. Danach folgen die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie (93 %), die Investitionsgüterindustrie (84 %), die Nahrungs- und Genussmittelindustrie (78 %) und die Verbrauchsgüterindustrie (65 %). Der Anteil der männlichen Facharbeiter lag in der gesamten Industrie (einschl. Hoch- und Tiefbau) bei 55 %, der der angelernten Arbeiter bei 33 %. Die übrigen 12 % waren als Hilfsarbeiter tätig. Von den Arbeiterinnen hingegen gehörte nur ein Zehntel zur Leistungsgruppe der Facharbeiter, knapp zwei Fünftel waren angelernt und mehr als die Hälfte Hilfsarbeiter-

Bruttojahresverdienste der Industriearbeiter nach Wirtschaftsbereichen 1990

Wirtschaftsbereich	Insgesamt	Männlich	Weiblich	Insgesamt	Männlich	Weiblich
	DM			Veränderung zum Vorjahr in %		
Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgung	54 058	54 331	42 009	4,6	4,6	4,2
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	52 154	53 179	38 735	3,8	3,7	3,7
Investitionsgüterindustrie	47 960	50 183	35 570	6,7	6,7	7,0
Verbrauchsgüterindustrie	39 708	45 144	29 044	4,8	4,8	5,2
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	43 654	46 856	31 433	4,3	4,8	4,1
Bauindustrie (nur Hoch- und Tiefbau mit Handwerk) ¹⁾	42 522	42 522	–	6,8	6,8	–
Industrie						
einschl. Hoch- und Tiefbau	46 782	49 275	32 779	5,5	5,5	5,6
ohne Hoch- und Tiefbau	47 262	50 232	32 779	5,2	5,2	5,6

1) Ohne Fertigteilbau im Hochbau.

innen. Männliche Facharbeiter sind am häufigsten in der Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgung anzutreffen (94 %), am niedrigsten fiel die Quote in der Verbrauchsgüterindustrie mit 46 % aus. Facharbeiterinnen waren in der Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgung stark vertreten (16 %), während es in der Investitionsgüterindustrie nur 3,7 % waren. Der Anteil der Arbeiterinnen an der Gesamtzahl aller Industriearbeiter entwickelte sich in den zurückliegenden Jahren leicht rückläufig. Waren am Jahresende 1980 noch ein Fünftel von ihnen Frauen, so waren es zehn Jahre später nur noch knapp ein Sechstel.

In einer stärkeren Differenzierung nach Wirtschaftszweigen und Geschlecht ergibt sich folgendes Bild: An der Spitze der Rangfolge nach der Höhe des Bruttojahreslohns steht die Elektrizitätsversorgung, wo 55 800 DM für Arbeiter und 42 400 DM für Arbeiterinnen gezahlt wurden, gefolgt von der chemischen Industrie (56 800 DM bzw. 39 600 DM) und dem Straßenfahrzeugbau (53 900 DM bzw. 39 700 DM). Am Ende der Lohnskala stehen das Bekleidungsgewerbe (37 900 DM bzw. 25 200 DM), die Lederverarbeitung (34 900 DM bzw. 25 600 DM) sowie die Herstellung von Schuhen (34 200 DM bzw. 27 400 DM).

Die höchste Lohnzuwachsrate von allen Wirtschaftszweigen verzeichnete mit 7,8 % der Stahl-, Leichtmetall- und Schienenfahrzeugbau, gefolgt vom Straßenfahr-

zeugbau (7,3 %) und der Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren einschließlich Stahlverformung (7,2 %). Am geringsten fielen die Lohnerhöhungen in der Feinkeramik (1,7 %), Lederverarbeitung (0,8 %) und Tabakverarbeitung (0,3 %) aus.

Die bezahlte Wochenarbeitszeit aller Industriearbeiter entwickelte sich weiterhin rückläufig. Sie hatte 1980 noch 41,6 Stunden ausgemacht und ging bis 1989 auf 40,5 und 1990 auf 39,9 Stunden zurück.

Industrieangestellte verdienen 1990 durchschnittlich 68 500 DM

Der Bruttojahresverdienst der vollbeschäftigten Industrieangestellten erhöhte sich im Berichtsjahr um 4,8 % auf durchschnittlich 68 500 DM. Männliche Industrieangestellte verdienen 75 000 DM (+ 4,5 %), weibliche 48 800 DM (+ 5,8 %). Die Zuwachsrate der Verdienste für männliche Industrieangestellte blieb um einen Prozentpunkt unter der für männliche Industriearbeiter, die für weibliche lag um 0,2 Prozentpunkte darüber. Auch im Jahr zuvor waren die Verdienste der männlichen Industriearbeiter etwas stärker angestiegen. Am deutlichsten übertraf der Jahresverdienst eines männlichen Industrieangestellten um 6 100 DM oder 8,1 % in der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie den Durchschnittsverdienst eines männlichen Industrieangestell-

Bruttojahresverdienste der Industriearbeiter in ausgewählten Wirtschaftszweigen 1990

Wirtschaftsbereich / Wirtschaftszweig	Insgesamt	Männlich	Weiblich	Insgesamt	Männlich	Weiblich
	DM			Veränderung zum Vorjahr in %		
Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgung	54 058	54 331	42 009	4,6	4,6	4,2
Elektrizitätsversorgung	55 448	55 805	42 396	4,9	4,8	4,4
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	52 154	53 179	38 735	3,8	3,7	3,7
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	47 159	47 448	34 385	4,9	5,0	1,4
chemische Industrie (ohne Herst. von Chemiefasern)	55 179	56 782	39 606	2,5	2,3	3,6
Holzbearbeitung	45 038	45 176	39 228	5,4	5,5	2,5
Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeerzeugung	50 221	50 993	35 459	5,2	5,3	3,8
Gummiverarbeitung, Verarbeitung von Asbest	46 981	47 475	38 383	3,4	3,3	4,1
Investitionsgüterindustrie	47 960	50 183	35 570	6,7	6,7	7,0
Stahl-, Leichtmetall- und Schienenfahrzeugbau ¹⁾	47 958	48 447	29 383	7,8	8,0	3,7
Maschinenbau, Lokomotivbau	48 141	49 120	35 300	4,9	5,0	3,6
Straßenfahrzeugbau, Rep. von Kraftfahrzeugen usw.	52 648	53 943	39 715	7,3	7,4	6,6
Elektrotechnik, Rep. von elektr. Geräten für den Haushalt	40 785	45 698	34 173	8,7	8,0	10,2
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren usw.	41 389	45 762	34 583	5,1	5,3	4,2
Herstellung von EBM-Waren, Stahlverformung ²⁾	43 065	45 781	33 131	7,2	7,3	6,6
Verbrauchsgüterindustrie	39 708	45 144	29 044	4,8	4,8	5,2
Feinkeramik	37 319	41 157	30 476	1,7	2,6	1,2
Herstellung und Verarbeitung von Glas	48 847	50 745	35 813	2,5	2,3	3,7
Holzverarbeitung, Rep. von Gebrauchsgütern aus Holz	42 955	44 841	32 782	5,9	5,8	6,9
Papier- und Pappeerarbeitung	43 261	46 750	31 387	6,2	5,6	4,7
Druckerei, Vervielfältigung	50 367	52 649	39 438	8,4	8,6	8,4
Herstellung von Kunststoffwaren	42 038	44 740	28 821	3,3	3,3	4,7
Lederverarbeitung (ohne Herst. von Schuhen)	28 750	34 906	25 579	0,8	1,3	2,7
Herstellung von Schuhen, Rep. von Schuhen ³⁾	29 695	34 216	27 353	5,2	4,1	6,4
Textilgewerbe	38 087	43 331	30 217	5,5	6,0	5,9
Bekleidungsgewerbe	26 546	37 902	25 203	3,6	2,0	3,9
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	43 654	46 856	31 433	4,3	4,8	4,1
Brauerei, Mälzerei	47 907	47 988	(38 967)	3,7	3,7	0,5
Tabakverarbeitung	44 139	47 334	39 017	0,3	0,3	0,3
Hoch- und Tiefbau mit Handwerk ⁴⁾	42 522	42 522	-	6,8	6,8	-

1) Ohne Lokomotivbau. - 2) Oberflächenveredlung, Härtung. - 3) Gebrauchsgüter aus Leder u. ä., Schirmen. - 4) Ohne Fertigteilbau im Hochbau.

Bruttojahresverdienste der Angestellten nach Wirtschaftsbereichen 1990

Wirtschaftsbereich	Insgesamt	Männlich	Weiblich	Insgesamt	Männlich	Weiblich
	DM			Veränderung zum Vorjahr in %		
Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgung	64 095	68 408	48 797	3,3	3,0	4,2
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	75 356	81 038	56 235	3,2	2,8	5,0
Investitionsgüterindustrie	67 355	73 820	46 005	6,6	6,4	7,3
Verbrauchsgüterindustrie	57 798	65 715	41 878	4,9	4,8	5,0
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	59 796	65 673	45 690	3,7	3,5	5,0
Bauindustrie (nur Hoch- und Tiefbau mit Handwerk) ¹⁾	61 353	67 811	38 450	6,5	7,1	3,5
Industrie						
einschl. Hoch- und Tiefbau	68 494	74 961	48 843	4,8	4,5	5,8
ohne Hoch- und Tiefbau	68 840	75 318	49 282	4,7	4,4	5,8
Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	46 597	55 183	38 291	5,8	5,7	5,7
Industrie, Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	61 205	70 098	43 504	5,4	4,9	6,0

1) Ohne Fertigteilbau im Hochbau.

ten. In der Nahrungs- und Genußmittelindustrie wurde das durchschnittliche Arbeitseinkommen um 9 300 DM oder 12 % am stärksten unterschritten. Die Jahresverdienste der männlichen Industrieangestellten streuten etwas weniger als die der Arbeiter. Bezogen auf die Wirtschaftszweige erzielten die männlichen Angestellten die höchsten Gehälter in der chemischen Industrie (83 800 DM). Danach folgten der Straßenfahrzeugbau mit 77 400 DM und die Zellstoff-, Holzschliff-, Papier-

und Pappeerzeugung mit 74 400 DM. Die niedrigsten Einkommen wurden auch bei den Angestellten im Bekleidungsgewerbe (56 200 DM), in der Herstellung von Schuhen (52 700 DM) und in der Lederverarbeitung (49 300 DM) ermittelt. Die Rangfolge der Wirtschaftszweige nach der Höhe der Jahresverdienste der männlichen Angestellten und der männlichen Arbeiter zeigt an der Spitze der Verdienstska eine deutliche Abweichung. So rangierte bei den Arbeitern der Zweig

Bruttojahresverdienste der Industrieangestellten in ausgewählten Wirtschaftszweigen 1990

Wirtschaftsbereich / Wirtschaftszweig	Insgesamt	Männlich	Weiblich	Insgesamt	Männlich	Weiblich
	DM			Veränderung zum Vorjahr in %		
Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgung	64 095	68 408	48 797	3,3	3,0	4,2
Elektrizitätsversorgung	65 652	69 857	50 047	3,1	3,0	3,7
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	75 356	81 038	56 235	3,2	2,8	5,0
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	59 838	64 953	43 937	5,7	5,5	6,3
chemische Industrie (ohne Herst. von Chemiefasern)	78 127	83 831	58 963	2,5	2,0	4,4
Holzbearbeitung	55 149	61 224	37 499	4,0	1,4	13,1
Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeerzeugung	65 668	74 383	42 475	4,6	5,2	4,6
Gummiverarbeitung, Verarbeitung von Asbest	64 262	68 444	46 852	3,9	3,1	6,7
Investitionsgüterindustrie	67 355	73 820	46 005	6,6	6,4	7,3
Stahl-, Leichtmetall- und Schienenfahrzeugbau ¹⁾	59 270	65 901	40 759	6,5	7,0	6,3
Maschinenbau, Lokomotivbau	62 777	68 973	43 546	5,8	5,4	7,9
Straßenfahrzeugbau, Rep. von Kraftfahrzeugen usw.	71 468	77 396	51 158	7,8	7,4	7,4
Elektrotechnik, Rep. von elektr. Geräten für den Haushalt	63 747	69 917	42 721	5,9	5,9	5,3
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren usw.	62 285	69 054	43 607	3,7	2,8	6,5
Herstellung von EBM-Waren, Stahlverformung ²⁾	61 129	69 635	42 429	7,4	8,1	6,8
Verbrauchsgüterindustrie	57 798	65 715	41 878	4,9	4,8	5,0
Feinkeramik	51 915	57 385	42 383	4,3	3,8	6,9
Herstellung und Verarbeitung von Glas	63 390	71 346	45 590	3,8	3,6	4,7
Holzverarbeitung, Rep. von Gebrauchsgütern aus Holz	57 254	65 453	38 235	3,4	3,1	2,2
Papier- und Pappeverarbeitung	64 207	72 166	43 423	4,5	4,6	2,4
Druckerei, Vervielfältigung	62 321	69 769	46 020	5,2	6,4	4,2
Herstellung von Kunststoffwaren	60 177	67 023	44 570	6,0	6,1	5,0
Lederverarbeitung (ohne Herst. von Schuhen)	43 680	49 337	34 628	0,8	-0,2	4,1
Herstellung von Schuhen, Rep. von Schuhen ³⁾	46 422	52 660	32 981	3,7	4,1	1,3
Textilgewerbe	61 461	68 709	47 583	7,9	4,3	16,6
Bekleidungsgewerbe	43 929	56 188	36 328	-0,9	5,9	-4,3
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	59 796	65 673	45 690	3,7	3,5	5,0
Brauerei, Mälzerei	63 030	67 002	48 635	2,7	3,1	3,2
Tabakverarbeitung	61 862	65 329	51 625	1,6	1,6	1,2
Hoch- und Tiefbau mit Handwerk ⁴⁾	61 353	67 811	38 450	6,5	7,1	3,5

1) Ohne Lokomotivbau. - 2) Oberflächenveredlung, Härtung. - 3) Gebrauchsgüter aus Leder u. ä., Schirmen. - 4) Ohne Fertigteilbau im Hochbau.

Elektrizitätsversorgung an der Spitze der Lohnskala, während die Jahresverdienste der Angestellten unter dem Durchschnitt aller männlichen Industrieangestellten blieben. Umgekehrt wurden in dem für Angestellte bedeutenden Wirtschaftszweig Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren sowie Stahlverformung für männliche Industriearbeiter deutlich unterdurchschnittliche Jahresverdienste ermittelt.

Vollbeschäftigte weibliche Industrieangestellte verdienten 1990 im Durchschnitt 48 800 DM brutto. In der Gliederung nach Wirtschaftszweigen stand, ebenso wie bei den männlichen Angestellten, die chemische Industrie mit 59 000 DM an der Spitze. Danach folgte der Straßenfahrzeugbau (51 200 DM) und die Elektrizitätsversorgung (50 000 DM). Die geringsten Verdienste wurden für die weiblichen Angestellten des Bekleidungsgewerbes (36 300 DM), der Lederverarbeitung (34 600 DM) und der Herstellung von Schuhen (33 000 DM) ermittelt. Gerade im Bekleidungsgewerbe ist der Anteil der weiblichen Angestellten mit sieben Zehntel sehr hoch. Die Differenz in den Verdiensten zwischen den Wirtschaftszweigen mit den höchsten und niedrigsten Gehältern betrug 26 000 DM und fiel geringer aus als bei den männlichen Industrieangestellten.

Einzelhandel: 1990 verdienten männliche Angestellte 45 800 DM, weibliche 31 300 DM

Die Zuwachsraten der Bruttojahresverdienste aller Angestellten im Dienstleistungsbereich, die in den Jahren 1986 und 1987 geringfügig über denen für Industrieangestellte gelegen hatten, fielen in den beiden darauffolgenden Jahren etwas niedriger aus. Im Handel, bei Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe wurden 1990 5,8 % mehr verdient als im Vorjahr. Die Steigerungsrate lag somit einen Prozentpunkt höher als in der Industrie. Die Zuwachsraten der Verdienste differierten in den einzelnen Branchen erheblich; sie lagen zwischen 9,4 % für den Großhandel und 0,8 % für das Versicherungsgewerbe. Im Versicherungsgewerbe betrugen die Bruttojahresverdienste 61 600 DM für Männer und 49 700 DM für Frauen. Der Jahresverdienst lag um 13 400 DM niedriger als bei den männlichen Industrieangestellten, die Frauen hingegen verdienten 800 DM mehr als ihre Kolleginnen in der Industrie. Kreditinstitute und sonstige Finanzierungsinstitute zahlten 62 900 DM (+ 5,1 %) für Männer und 46 600 DM (+ 5,7 %) für Frauen, der Einzelhandel 45 800 DM (+ 2,4 %) bzw. 31 300 DM (+ 3,3 %) und der Großhandel 48 500 DM (+ 9,4 %) bzw. 33 100 DM (+ 8,5 %).

Diplom-Volkswirt Albrecht Wachweger

Investitionen für den Umweltschutz im produzierenden Gewerbe

Umweltschutzinvestitionen sind eine wesentliche Voraussetzung zur Verringerung oder Vermeidung von schädigenden Einflüssen, die mit der Produktion einhergehen können. Auf der Basis des Umweltstatistikgesetzes werden seit 1975 jährlich die Umweltschutzinvestitionen im produzierenden Gewerbe erhoben.

Der Berichtskreis umfaßt im Bergbau und im verarbeitenden Gewerbe Unternehmen und Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten, im Bauhauptgewerbe Unternehmen mit mindestens 20 sowie im Ausbaugewerbe mit 10 und mehr Beschäftigten. Außerdem

sind, von wenigen Ausnahmen abgesehen, alle Unternehmen und Betriebe der Energie- und Wasserversorgung auskunftspflichtig. Da die Daten zum Teil nur von größeren Wirtschaftseinheiten stammen (z. B. Unternehmen mit mindestens 20 Beschäftigten), können die nachfolgenden Angaben kein vollständiges Bild des produzierenden Gewerbes ergeben.

Um eine möglichst exakte regionale Zuordnung der in Rheinland-Pfalz getätigten Umweltinvestitionen zu erreichen, beziehen sich die nachfolgenden Ausführungen über die Energie- und Wasserversorgung sowie das

Umweltschutzinvestitionen des produzierenden Gewerbes 1987 bis 1989
kumuliert nach Investitionsarten

Investitionsart	Insgesamt	Abfall- beseitigung	Gewässer- schutz	Lärm- bekämpfung	Luft- reinhaltung
	1 000 DM				
Sachanlagen, die ausschließlich dem Umweltschutz dienen	1 329 486	149 563	566 122	32 378	581 425
bebaute Grundstücke, Gebäude und andere Bauten	193 501	17 793	108 581	4 520	62 608
unbebaute Grundstücke	14 124	9	13 001	86	1 029
Maschinen und maschinelle Anlagen sowie Betriebsausstattungen	1 121 860	131 760	444 540	27 773	517 788
Umweltschutzrelevante Teile anderer Investitionen	56 521	7 454	13 301	6 521	29 245
Produktbezogene Umweltschutzinvestitionen	29 023	276	1 219	174	27 354
Insgesamt	1 415 029	157 292	580 641	39 074	638 023

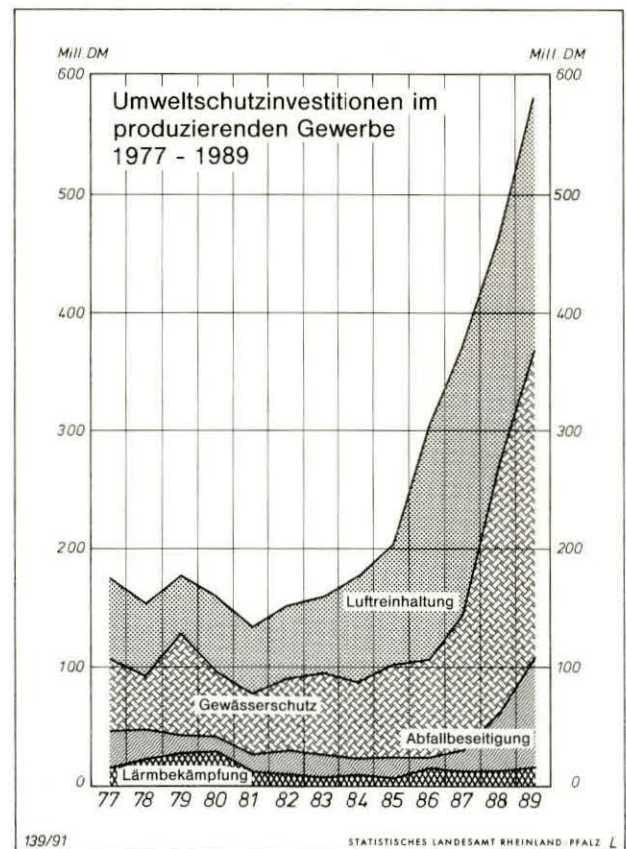
verarbeitende Gewerbe auf Betriebsangaben. Zur Darstellung eines Gesamtergebnisses des produzierenden Gewerbes mußte beim Baugewerbe auf Unternehmensdaten zurückgegriffen werden, die mit den Betriebszahlen der übrigen Wirtschaftsbereiche aggregiert wurden. Aufgrund der im Baugewerbe geringen Bedeutung ländereübergreifender Unternehmensstrukturen und eines gewissen Saldierungseffektes sind die Verzerrungen insoweit vernachlässigbar. Das gilt um so mehr, als Umweltinvestitionen im Baugewerbe vergleichsweise selten und niedrig sind.

Als Investitionen gelten die im Geschäftsjahr aktivierten Bruttozugänge an Sachanlagen, wobei sich hinsichtlich der Umweltrelevanz drei Arten unterscheiden lassen:

- Zugänge an Sachanlagen, die ausschließlich dem Umweltschutz dienen.
- Der dem Umweltschutz dienende Teil aus dem Zugang von Sachanlagen, die anderen Zwecken dienen und Umweltschutzeinrichtungen enthalten. Hierzu zählen auch anteilige Aufwendungen für umweltbezogene Verfahrensumstellungen.
- Aufgrund gesetzlicher Vorschriften oder behördlicher Auflagen vorgenommene Investitionen zur Herstellung von Erzeugnissen, die bei ihrer Verwendung oder ihrem Verbrauch eine geringere Umweltbelastung verursachen (produktbezogene Umweltschutzinvestitionen).

Ver mehrt in den Umweltschutz investiert

Das produzierende Gewerbe investierte von 1977 bis 1989 über 3,2 Mrd. DM zum Schutze der Umwelt. Davon entfallen auf Maßnahmen zur Reinhaltung der Luft 45 %, auf den Gewässerschutz 38 %. In die Abfallbeseitigung wurden 11 % investiert und in die Lärmbekämpfung 6 %. Von 1977 bis 1984 wurden jährlich zwischen 130 und 180 Mill. DM für den Umweltschutz investiert. Der Anteil der Umweltschutzinvestitionen an den gesamten Bruttoanlageinvestitionen reduzierte sich in dieser Zeit von



zunächst 5,1 % auf den Tiefstand von 3,1 % im Jahre 1981 und stieg anschließend bis 1984 auf 4,3 % an.

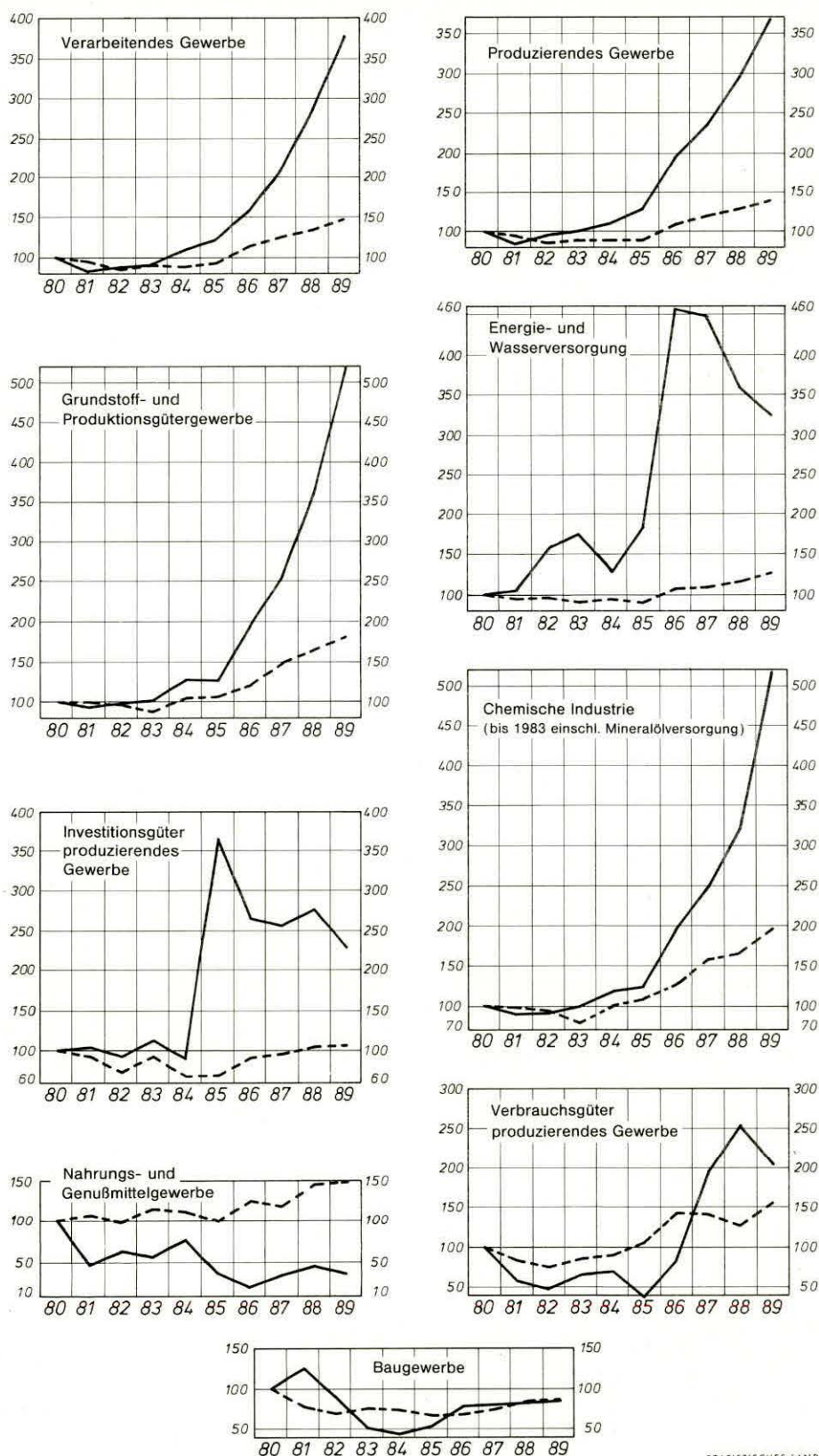
Mitte der 80er Jahre wurde von Jahr zu Jahr mehr in den Umweltschutz investiert. Nicht nur die Umweltschutzinvestitionen stiegen von 202 Mill. DM im Jahre 1985 über 371 Mill. DM zwei Jahre später bis auf 581 Mill. DM im Jahre 1989, sondern auch deren Anteil an den Gesamtinvestitionen, und zwar von 4,9 auf 9,1 %. Auslöser dieses Prozesses waren verschärfte Emissionsbestimmungen (Großfeuerungsanlagenverordnung, TA Luft), die zu einer Verdoppelung der jährlich aktivierten Bruttozugänge an Sachanlagen zur Luftreinhaltung von 1984 bis 1986 auf über 196 Mill. DM führten. Daß es sich hierbei nicht um einen einmaligen Spitzenwert handelt, zeigt die Stabilisierung der Investitionen zur Abgas- und Abluftreinigung gegen Ende der 80er Jahre auf diesem Niveau (190 bis 230 Mill. DM jährlich).

Ausschlaggebend für die Ausweitung der Umweltschutzinvestitionen auch in diesem Zeitraum waren die verstärkten Anstrengungen für den Gewässerschutz und die Abfallbeseitigung. Mit 91 Mill. DM übertraf das Investitionsvolumen für die Abfallentsorgung 1989 den Vorjahreswert um 90 % und lag um mehr als das Fünffache über der Vergleichszahl des Jahres 1987. Damit entfielen mehr als die Hälfte der in den 80er Jahren für die Abfallbeseitigung eingesetzten Investitionsmittel auf die beiden Jahre 1988 und 1989. Bei den Maßnahmen zur Verminderung der mit der Abwasserentsorgung verbundenen Umweltbelastung sowie dem vorbeugenden Schutz der Gewässer vor dem Eindringen gefährlicher Stoffe lag die absolute Zunahme in den Jahren 1988 und 1989 vergleichsweise noch höher: 95 bzw.

Umweltschutzinvestitionen des produzierenden Gewerbes 1980-1989 nach Wirtschaftsbereichen

1980= 100

--- Investitionen insgesamt — Umweltinvestitionen



**Umweltschutzzinvestitionen des produzierenden Gewerbes 1987, 1988 und 1989
nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen**

Jahr	Betriebe ¹⁾		Gesamt- investi- tionen	Umweltschutzinvestitionen							Anteil an den Gesamt- investi- tionen
	ins- gesamt	mit Umwelt- schutz investi- tionen		zu- sam- men	• je Beschäf- tigten ²⁾	Abfall- be- seitigung	Ge- wässer- schutz	Lärm- be- kämpfung	Luft- rein- haltung		
										Anzahl	
Produzierendes Gewerbe											
1987	3 892	377	5 450 266	370 919	–	17 846	113 489	11 956	227 628	6,8	
1988	3 896	481	5 829 222	463 277	–	48 058	208 544	12 360	194 316	7,9	
1989	3 911	496	6 358 123	580 833	–	91 388	258 608	14 758	216 079	9,1	
1 Energie- und Wasserversorgung											
1987	312	23	909 480	81 098	–	–	29 368	323	51 407	8,9	
1988	308	25	966 995	65 132	–	–	30 324	507	34 301	6,7	
1989	305	21	1 039 117	58 641	–	1	35 041	125	23 475	5,6	
2 Verarbeitendes Gewerbe											
1987	2 469	310	4 337 511	288 298	784	17 378	84 001	11 200	175 720	6,6	
1988	2 501	408	4 632 233	396 583	1 067	47 410	178 056	11 622	159 495	8,6	
1989	2 490	423	5 079 965	520 541	1 380	90 997	223 194	14 208	192 142	10,2	
2.1 Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe											
1987	426	111	2 094 179	226 524	1 968	12 349	64 712	6 951	142 512	10,8	
1988	431	129	2 272 661	322 533	2 749	41 789	148 124	7 609	125 011	14,2	
1989	418	135	2 554 815	460 711	3 913	83 622	206 271	10 972	159 845	18,0	
2.1.1 Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden											
1987	204	40	182 667	10 744	773	1 494	507	2 241	6 503	5,9	
1988	207	47	254 221	25 666	1 812	8 465	2 724	213	14 264	10,1	
1989	204	55	235 974	17 422	1 279	4 797	2 026	152	10 448	7,4	
2.1.2 Chemische Industrie											
1987	94	32	1 597 725	187 471	2 497	8 331	56 349	3 587	119 204	11,7	
1988	98	37	1 669 382	239 764	3 115	13 849	135 918	6 591	83 407	14,4	
1989	97	37	1 971 809	389 212	4 978	71 220	198 311	9 316	110 365	19,7	
2.1.3 Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeerzeugung											
1987	15	8	44 215	6 946	2 410	2 274	4 066	18	587	15,7	
1988	15	9	105 821	28 109	9 554	18 994	8 537	165	414	26,6	
1989	15	11	80 264	
2.2 Investitionsgüter produzierendes Gewerbe											
1987	1 069	107	1 145 711	29 705	199	3 965	13 623	1 511	10 606	2,6	
1988	1 104	161	1 247 509	31 976	211	2 807	11 925	2 126	15 119	2,6	
1989	1 084	164	1 256 481	26 556	171	3 030	6 337	2 086	15 103	2,1	
2.2.1 Maschinenbau; Büromaschinen, ADV-Geräte und -Einrichtungen											
1987	259	21	368 076	4 331	88	2 901	449	51	930	1,2	
1988	273	41	326 358	6 356	128	1 569	1 356	240	3 191	1,9	
1989	286	37	397 038	7 153	141	1 657	1 274	318	3 904	1,8	
2.2.2 Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kraftfahrzeugen usw.											
1987	320	35	444 178	18 007	376	591	12 282	528	4 606	4,1	
1988	319	51	539 822	9 499	196	639	3 607	342	4 911	1,8	
1989	256	51	423 185	9 558	201	1 100	2 174	499	5 784	2,3	
2.2.3 Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren											
1987	147	18	130 698	5 076	288	–	321	674	4 080	3,9	
1988	151	24	148 716	4 664	253	5	619	871	3 169	3,1	
1989	151	29	173 425	5 597	295	6	410	527	4 654	3,2	

1) Im Baugewerbe Unternehmen, – 2) Aller Betriebe.

noch: Umweltschutzinvestitionen des produzierenden Gewerbes 1987, 1988 und 1989
nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen

Jahr	Betriebe ¹⁾		Gesamt-investi-tionen	Umweltschutzinvestitionen							Anteil an den Gesamt-investi-tionen
	ins-gesamt	mit Umwelt-schutz investi-tionen		zu-sammen	je Beschäf-tigten ²⁾	Abfall-be-seitigung	Ge-wässer-schutz	Lärm-be-kämpfung	Luft-rein-haltung		
	Anzahl			1 000 DM	DM	1 000 DM				%	
2.3 Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe											
1987	774	66	756 987	22 966	276	1 045	2 869	1 701	17 352	3,0	
1988	768	89	679 773	29 745	361	2 600	7 188	1 646	18 311	4,4	
1989	774	97	828 889	23 896	286	3 986	3 342	1 085	15 484	2,9	
2.3.1 Herstellung und Verarbeitung von Glas											
1987	22	6	156 895	10 357	1 138	133	1 706	31	8 487	6,6	
1988	23	7	143 409	14 395	1 547	3	2 128	75	12 190	10,0	
1989	20	7	204 031	9 796	1 049	216	244	-	9 336	4,8	
2.3.2 Herstellung von Kunststoffwaren											
1987	137	11	224 512	2 040	134	460	75	1 043	462	0,9	
1988	137	19	160 772	5 337	346	1 143	833	172	3 189	3,3	
1989	142	15	208 214	2 904	178	1 001	731	48	1 125	1,4	
2.4 Nahrungs- und Genußmittelgewerbe											
1987	200	26	340 635	9 103	459	20	2 797	1 037	5 250	2,7	
1988	198	29	432 289	12 328	619	214	10 819	241	1 055	2,9	
1989	214	27	439 780	9 378	451	359	7 244	65	1 711	2,1	
3 Baugewerbe											
1987	1 111	44	203 275	1 523	29	468	119	434	502	0,7	
1988	1 087	48	229 995	1 562	30	648	163	231	520	0,7	
1989	1 116	52	239 041	1 650	31	390	373	425	462	0,7	

1) Im Baugewerbe Unternehmen. – 2) Aller Betriebe.

50 Mill. DM. Prozentual waren jedoch die Steigerungsraten niedriger als bei der Abfallentsorgung, weil das erreichte Ausgangsniveau höher ist. Auch in der Lärmbekämpfung wurden seit 1986 jährlich mit 12 bis 15 Mill. DM deutlich höhere Werte als zwischen 1981 und 1984 gemeldet. Relativ indes hat dieser Sektor unter den statistisch erhobenen Umweltinvestitionen an Bedeutung verloren. Der Anteil der Investitionen zur Geräuscheindämmung an den gesamten Umweltschutzinvestitionen hat sich von weit über 10 % zwischen 1978 und 1980 auf nunmehr unter 3 % reduziert.

Chemische Industrie größter Umweltinvestor

Die einzelnen Wirtschaftsbereiche haben in sehr unterschiedlichem Umfang zu dieser Gesamtentwicklung beigetragen. Das Baugewerbe war in den 80er Jahren mit weniger als einem Prozent an den Umweltschutzinvestitionen des produzierenden Gewerbes beteiligt. Auf die Betriebe der Energie- und Wasserversorgung entfallen 16 %. Das verarbeitende Gewerbe vereinigt den weitaus größten Teil mit 83 % auf sich.

Seit 1982 nahmen in diesem größten Wirtschaftsbereich die Umweltschutzinvestitionen kontinuierlich zu. Das jährliche Wachstum übertrifft seit 1984 die Veränderungsrate der gesamten Bruttoanlageinvestitionen. 1982 und 1983 wurde hier jede fünfundzwanzigste inve-

stierte Mark für den Umweltschutz aufgewendet, 1989 war es jede zehnte. Maßgeblich zu dieser Entwicklung beigetragen hat die chemische Industrie. Als mit weitem Abstand größte Umweltinvestoren tätigten die Betriebe dieses Wirtschaftszweiges 58 % der Umweltschutzinvestitionen der Jahre 1987 bis 1989. Die chemische Industrie investierte mit 389 Mill. DM im Jahre 1989 bereits doppelt so viel wie im Jahre 1987 (187 Mill. DM). Allein die Investitionen zum Gewässerschutz stiegen von 56 auf 198 Mill. DM und die zur Abfallentsorgung von 8 auf 71 Mill. DM. Die zur Reduzierung und Überwachung der Emissionen eingesetzten Mittel blieben 1989 mit 110 Mill. DM leicht hinter dem Spitzenwert des Jahres 1987 zurück. Obwohl die Betriebe der chemischen Industrie im Jahre 1989 mehr in Maßnahmen zur Lärmbekämpfung investierten (9,3 Mill. DM gegenüber 3,6 Mill. DM im Jahre 1987), beträgt der Anteil der Lärmschutzinvestitionen an den Umweltschutzinvestitionen der chemischen Industrie insgesamt weniger als 2,5 %.

Gemessen an den Bruttoanlageinvestitionen erhöhte sich der Anteil der Umweltschutzinvestitionen von 12 % im Jahre 1987 auf 20 % im Jahre 1989. Die Bestrebungen, die mit der Produktionstätigkeit verbundenen Umweltbelastungen und -gefährdungen zu verringern, gehen stark auf die für Rheinland-Pfalz bedeutsame chemische Industrie zurück. Obwohl die Chemie an den gesamten Bruttoanlageinvestitionen der letzten drei Jahre mit vergleichsweise geringen 30 % beteiligt war,

tätigte sie mehr als zwei Drittel der Investitionen des produzierenden Gewerbes für den Gewässerschutz, knapp 60 % für die Abfallentsorgung und 50 % für die Lärmbekämpfung bzw. Luftreinhaltung.

Auch bezogen auf die jährlichen Umweltschutzinvestitionen je Beschäftigten nimmt die chemische Industrie mit 3 546 DM im Durchschnitt der Jahre 1987 bis 1989 einen vorderen Platz ein. Sie wird lediglich von der Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeerzeugung übertroffen, einem Wirtschaftszweig, der nicht zuletzt aufgrund besonderer Anstrengungen in der Abfallentsorgung auch den mit Abstand höchsten Teil aller Investitionen zum Schutz der Umwelt getätigt hatte.

Nach der absoluten Höhe der Umweltschutzinvestitionen liegt diese Branche an dritter Stelle, hinter der Energie- und Wasserversorgung, die vorrangig in

Abgasreinigung (Energieversorgung) und Gewässerschutz (Wasserversorgung) investierte. An vierter Stelle rangiert der Bereich Steine und Erden mit Umweltschutzinvestitionen von rund 54 Mill. DM. Neben den Maßnahmen zur Luftreinhaltung (31 Mill. DM) wurde auch in den Bereich der Abfallentsorgung, zu dem auch die Schaffung innerbetrieblicher Recyclingsysteme zur Reststoffverwertung zählt, investiert (15 Mill. DM). Nach der Höhe der Umweltschutzinvestitionen folgen der Wirtschaftszweig Straßenfahrzeugbau (37 Mill. DM) mit Schwerpunkten im Gewässerschutz und der Luftreinhaltung, die Herstellung und Verarbeitung von Glas mit 35 Mill. DM, wovon 87 % auf die Luftreinhaltung entfielen, sowie das Nahrungs- und Genussmittelgewerbe, in dem zwei Drittel der Umweltschutzinvestitionen in Höhe von insgesamt 31 Mill. DM dem Gewässerschutz dienten.

Diplom-Betriebswirt (FH) Hermann-Josef Welz

Lehrerinnen und Lehrer an allgemeinbildenden Schulen

An den allgemeinbildenden Schulen des Landes Rheinland-Pfalz unterrichteten im Schuljahr 1989/90 rund 26 460 hauptamtliche und hauptberufliche Lehrkräfte. Man versteht darunter Beamte und Angestellte, die mit voller Stundenzahl bzw. mit mindestens der Hälfte der festgelegten Pflichtstunden ihr Lehramt ausüben. Zur Unterstützung der Erziehungs- und Unterrichtsarbeit der Lehrer können pädagogische Fachkräfte beschäftigt werden. Dies ist in der Regel an vorschulischen Einrichtungen und Sonderschulen der Fall. Die Darstellung beschränkt sich auf die Entwicklung der Lehrerzahlen ohne pädagogische Fachkräfte in den achtziger Jahren, wobei auch die nicht hauptamtlichen Lehrer in die Betrachtung einbezogen werden.

Lehrerinnenanteil langsam gestiegen

1979/80 unterrichteten 26 864 Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen. Ihre Zahl stieg bis 1982/83 auf 27 611. Seit dem Schuljahr 1983/84 sind die Lehrerzahlen – den Schülerzahlen entsprechend – tendenziell rückläufig. Die meisten hauptamtlichen/-beruflichen Lehrkräfte unterrichteten im Jahre 1989/90 an den Grund- und Hauptschulen (14 221 oder 54 %), gefolgt von den Gymnasien mit 6 970 (26 %) und Realschulen mit 3 106 Lehrkräften (12 %).

Der Frauenanteil stieg ausgehend von 52 % im Jahr 1979/80 nach einem vierjährigen Stillstand auf 53 % im Schuljahr 1989/90. Der Anteil der Lehrerinnen an den einzelnen Schularten schwankte erheblich.

In Schulkindergärten sind zur Betreuung der schulpflichtigen, aber noch nicht schulreifen Kinder fast ausschließlich Frauen tätig. Ebenso sind im Grund- und Hauptschul- sowie im Realschulbereich überwiegend Lehrerinnen beschäftigt (62 und 55 %). An den Gymnasien sind dagegen 40 % der Lehrkräfte weiblichen Geschlechts. Bei den Sonderschulen, Integrierten

Gesamtschulen und Freien Waldorfschulen ist das Verhältnis zwischen hauptamtlichen/-beruflichen Lehrern und Lehrerinnen ausgeglichen.

Immer weniger Lehrerinnen sind vollzeitbeschäftigt

Für die zurückliegenden zehn Jahre offenbart sich ein deutlicher Trend zur Teilzeitbeschäftigung: die Zahl der Lehrer und Lehrerinnen, die einer Teilzeitbeschäftigung nachgingen, stieg von 3 600 im Schuljahr 1979/80 auf 7 250 im Schuljahr 1989/90 unablässig an. Im Gegenzug nahm die Anzahl der Vollzeitbeschäftigten von 23 264 (87 %) auf 19 212 (73 %) im gleichen Zeitraum stetig ab. Dabei bestehen starke geschlechtsspezifische Unterschiede.

Der Frauenanteil bei den teilzeitbeschäftigten Lehrkräften an allgemeinbildenden Schulen beträgt 89 %. Im Zeitablauf von zehn Jahren blieb der Wert relativ konstant. Betrachtet man jedoch die einzelnen Schularten, so werden Verschiebungen ersichtlich.

Grund- und Hauptschulen

1979/80 unterrichteten an den Grund- und Hauptschulen 15 781 Lehrer und Lehrerinnen. Ihre Zahl fiel von 1982/83 bis 1989/90 auf 14 221. Von diesen Lehrkräften waren 10 131 vollzeit- und 4 090 teilzeitbeschäftigt. Die Zahl der mit reduziertem Stundendeputat arbeitenden Lehrerinnen stieg – unterbrochen in den Jahren von 1986 bis 1988 – bis zum Schuljahr 1989/90 auf das Doppelte. Sie erreichten an Grund- und Hauptschulen mit einer Quote von 94 % den höchsten Anteil an Teilzeitbeschäftigungsverhältnissen im Vergleich zu anderen Schularten. Der Männeranteil lag während der zehn vergangenen Schuljahre zwischen 9 und 6 %. Dagegen

gab es von Jahr zu Jahr weniger vollzeitbeschäftigte Lehrerinnen. Insgesamt ist ein Rückgang von einem Drittel zu verzeichnen. Es bleibt festzustellen, daß die Schüler an Grund- und Hauptschulen überwiegend von Frauen, und zwar in einem Verhältnis von 6 zu 1, unterrichtet werden.

Sonderschulen

Eine so deutliche Strukturverschiebung wie bei den Grund- und Hauptschulen trat bei den Sonderschulen nicht ein. Die Zahl der Lehrkräfte stieg von 1 502 im Schuljahr 1979/80 auf 1 748 im Jahr 1983/84 an. Seit diesem Schuljahr blieb sie relativ konstant.

Zwar erhöhte sich die Zahl der Teilzeitbeschäftigten um ein Fünffaches (1979/80 : 63, 1989/90 : 317 Lehrkräfte); jedoch blieb die der Vollzeitbeschäftigten, abgesehen von Schwankungen in der ersten Hälfte der 80er Jahre, auf dem gleichen Stand. Seit 1982/83 wurden absolut und anteilmäßig kontinuierlich weniger vollzeitbeschäftigte Frauen registriert. Das Schuljahr 1982/83 wies mit 94 % bei den Teilzeitbeschäftigten die höchste Frauenquote auf. In den folgenden Jahren stieg zwar die Zahl der teilzeitbeschäftigten Lehrerinnen, jedoch verminderte sich zunächst ihr prozentualer Anteil an den Teilzeitkräften. Somit ist für 1983 bis 1986 ein leicht positiver Trend bei Teilzeitbeschäftigungsverhältnissen von Männern gegeben. Seit 1987/88 ist der weibliche Anteil wieder von 87 auf 90 % gestiegen. Bei

Lehrkräfte in den Schuljahren 1979/80 bis 1989/90 an allgemeinbildenden Schulen nach Beschäftigungsverhältnis und Schultyp

Schuljahr	Hauptamtliche / -berufliche Lehrkräfte			Davon an														
				Grund- und Haupt- schulen				Sonderschulen		Realschulen		Gymnasien		Integrierten Gesamt- schulen / Freien Waldorfschulen				
	ins- gesamt		weiblich	ins- gesamt		weiblich	insge- samt	weiblich	insge- samt		weiblich	insge- samt	weiblich	insge- samt	weiblich			
	Anzahl	%		Anzahl	%				Anzahl	%						Anzahl	%	Anzahl
Lehrkräfte insgesamt																		
1979/80 ¹⁾	26 864	13 879	51,7	15 781	9 366	59,3	1 502	666	44,3	3 076	1 657	53,9	6 328	2 115	33,4	177	75	42,4
1980/81	27 463	14 271	52,0	15 890	9 505	59,8	1 581	735	46,5	3 176	1 725	54,3	6 597	2 212	33,5	219	94	42,9
1981/82	27 724	14 443	52,1	15 794	9 481	60,0	1 679	798	47,5	3 239	1 771	54,7	6 786	2 297	33,8	226	96	42,5
1982/83	27 611	14 371	52,0	15 576	9 373	60,2	1 731	843	48,7	3 198	1 735	54,3	6 868	2 314	33,7	238	106	44,5
1983/84	27 422	14 263	52,0	15 333	9 240	60,3	1 748	853	48,8	3 191	1 731	54,2	6 893	2 324	33,7	257	115	44,7
1984/85	27 080	14 081	52,0	15 002	9 080	60,5	1 745	847	48,5	3 194	1 733	54,3	6 863	2 296	33,5	276	125	45,3
1985/86	26 852	13 965	52,0	14 651	8 884	60,6	1 756	855	48,7	3 159	1 714	54,3	6 988	2 377	34,0	298	135	45,3
1986/87	26 836	14 054	52,4	14 528	8 870	61,1	1 779	870	48,9	3 180	1 748	55,0	7 019	2 418	34,4	330	148	44,8
1987/88	26 515	13 916	52,5	14 272	8 757	61,4	1 751	844	48,2	3 148	1 728	54,9	6 977	2 414	34,6	367	173	47,1
1988/89	26 275	13 834	52,7	14 077	8 675	61,6	1 742	837	48,0	3 122	1 721	55,1	6 936	2 416	34,8	398	185	46,5
1989/90	26 461	14 114	53,3	14 221	8 888	62,5	1 745	843	48,3	3 106	1 720	55,4	6 970	2 463	35,3	419	200	47,7
Vollzeitbeschäftigte																		
1979/80 ¹⁾	23 264	10 662	45,8	13 700	7 456	54,4	1 439	611	42,5	2 479	1 126	45,4	5 488	1 408	25,7	158	61	38,6
1980/81	23 308	10 582	45,4	13 422	7 250	54,0	1 522	681	44,7	2 489	1 115	44,8	5 679	1 460	25,7	196	76	38,8
1981/82	23 190	10 408	44,9	13 124	7 032	53,6	1 588	715	45,0	2 491	1 097	44,0	5 787	1 488	25,7	200	76	38,0
1982/83	22 782	10 037	44,1	12 652	6 673	52,7	1 619	738	45,6	2 482	1 072	43,2	5 819	1 471	25,3	210	83	39,5
1983/84	22 215	9 552	43,0	12 220	6 316	51,7	1 604	719	44,8	2 404	1 012	42,1	5 771	1 426	24,7	216	79	36,6
1984/85	21 405	8 967	41,9	11 657	5 930	50,9	1 550	670	43,2	2 324	947	40,7	5 650	1 335	23,6	224	85	37,9
1985/86	20 754	8 523	41,1	11 173	5 607	50,2	1 513	639	42,2	2 248	902	40,1	5 596	1 296	23,2	224	79	35,3
1986/87	20 301	8 277	40,8	10 826	5 410	50,0	1 497	626	41,8	2 231	900	40,3	5 490	1 246	22,7	257	95	37,0
1987/88	19 741	7 943	40,2	10 473	5 211	49,8	1 452	583	40,2	2 176	855	39,3	5 383	1 200	22,3	257	94	36,6
1988/89	19 329	7 684	39,8	10 235	5 073	49,6	1 437	568	39,5	2 135	826	38,7	5 251	1 130	21,5	271	87	32,1
1989/90	19 212	7 641	39,8	10 131	5 038	49,7	1 428	559	39,1	2 153	842	39,1	5 210	1 103	21,2	290	99	34,1
Teilzeitbeschäftigte																		
1979/80 ¹⁾	3 600	3 217	89,4	2 081	1 910	91,8	63	55	87,3	597	531	88,9	840	707	84,2	19	14	73,7
1980/81	4 155	3 689	88,8	2 468	2 255	91,4	59	54	91,5	687	610	88,8	918	752	81,9	23	18	78,3
1981/82	4 534	4 035	89,0	2 670	2 449	91,7	91	83	91,2	748	674	90,1	999	809	81,0	26	20	76,9
1982/83	4 829	4 334	89,7	2 924	2 700	92,3	112	105	93,8	716	663	92,6	1 049	843	80,4	28	23	82,1
1983/84	5 207	4 711	90,5	3 113	2 924	93,9	144	134	93,1	787	719	91,4	1 122	898	80,0	41	36	87,8
1984/85	5 675	5 114	90,1	3 345	3 150	94,2	195	177	90,8	870	786	90,3	1 213	961	79,2	52	40	76,9
1985/86	6 098	5 442	89,2	3 478	3 277	94,2	243	216	88,9	911	812	89,1	1 392	1 081	77,7	74	56	75,7
1986/87	6 535	5 777	88,4	3 702	3 460	93,5	282	244	86,5	949	848	89,4	1 529	1 172	76,7	73	53	72,6
1987/88	6 774	5 973	88,2	3 799	3 546	93,3	299	261	87,3	972	873	89,8	1 594	1 214	76,2	110	79	71,8
1988/89	6 946	6 150	88,5	3 842	3 602	93,8	305	269	88,2	987	895	90,7	1 685	1 286	76,3	127	98	77,2
1989/90	7 249	6 473	89,3	4 090	3 850	94,1	317	284	89,6	953	878	92,1	1 760	1 360	77,3	129	101	78,3

1) Ohne Freie Waldorfschulen.

Lehrkräfte¹⁾ an allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 1989/90

Verwaltungsbezirk	Grund- und Hauptschulen						Sonder-		
	hauptberufliche Lehrer ²⁾				nebenberufliche Lehrer ³⁾		hauptberufliche		
	ins-gesamt	weib-lich	darunter vollzeitbeschäftigt		ins-gesamt	weib-lich	ins-gesamt	weib-lich	darun-vollzeitbe-ins-gesamt
			ins-gesamt	weib-lich					
Kreisfreie Stadt Koblenz	368	290	263	186	59	14	54	28	44
Landkreise									
Ahrweiler	414	271	287	149	78	33	39	22	30
Altenkirchen (Ww.)	497	258	384	152	63	19	38	15	27
Bad Kreuznach	571	351	432	223	72	30	103	56	78
Bad Kreuznach, St	152	108	116	72	12	4	67	38	50
Birkenfeld	331	176	265	114	41	20	33	16	27
Idar-Oberstein, St	144	84	110	50	22	11	24	11	20
Cochem-Zell	272	154	207	92	46	14	26	8	20
Mayen-Koblenz	742	461	573	300	117	32	82	40	70
Andernach, St	93	64	62	33	12	4	13	8	11
Mayen, St	75	40	58	24	7	1	33	14	27
Neuwied	583	384	431	242	103	32	203	111	173
Neuwied, St	234	154	177	100	38	11	176	98	151
Rhein-Hunsrück-Kreis	334	172	261	104	80	31	27	8	25
Rhein-Lahn-Kreis	425	253	308	145	66	19	60	27	52
Lahnstein, St	62	41	44	23	14	5	12	4	10
Westerwaldkreis	740	398	573	243	130	33	56	26	43
RB Koblenz	5 277	3 168	3 984	1 950	855	277	721	357	589
öffentliche Schulen	5 248	3 153	3 960	1 938	853	277	591	286	480
private Schulen	29	15	24	12	2	-	130	71	109
Kreisfreie Stadt Trier	347	237	255	150	82	26	70	37	55
Landkreise									
Bernkastel-Wittlich	472	286	335	154	82	27	44	22	40
Bitburg-Prüm	432	221	349	146	88	16	28	8	24
Daun	261	129	205	75	54	16	25	10	21
Trier-Saarburg	492	295	375	189	98	20	54	20	48
RB Trier	2 004	1 168	1 519	714	404	105	221	97	188
öffentliche Schulen	1 918	1 118	1 460	684	386	97	189	78	161
private Schulen	86	50	59	30	18	8	32	19	27
Kreisfreie Städte									
Frankenthal (Pfalz)	176	120	115	65	28	10	76	34	61
Kaiserslautern	311	228	225	143	66	23	35	15	30
Landau i. d. Pfalz	130	79	92	43	38	8	45	19	39
Ludwigshafen a. Rhein	566	392	340	180	82	26	94	47	79
Mainz	587	451	339	225	83	44	46	33	35
Neustadt a. d. Weinstr.	178	125	111	61	31	13	14	8	12
Pirmasens	190	123	144	79	33	12	27	12	22
Speyer	187	126	106	53	20	7	23	13	20
Worms	279	199	190	115	35	13	28	13	18
Zweibrücken	131	86	83	41	15	4	20	12	19
Landkreise									
Alzey-Worms	435	280	295	149	97	43	30	15	27
Bad Dürkheim	427	281	290	149	88	20	43	13	37
Donnersbergkreis	306	179	231	110	62	20	46	18	34
Germersheim	453	263	325	139	51	13	34	11	30
Kaiserslautern	375	235	255	122	110	26	49	23	43
Kusel	320	171	259	114	53	12	24	7	23
Südliche Weinstraße	359	217	262	126	99	36	33	17	22
Ludwigshafen	477	306	291	128	84	23	11	5	10
Mainz-Bingen	652	471	391	223	134	59	79	51	55
Bingen am Rhein, St	93	57	70	34	20	9	16	12	9
Ingelheim am Rhein, St	90	69	46	27	14	3	14	9	12
Pirmasens	401	220	284	109	104	37	15	4	13
RB Rheinhessen-Pfalz	6 940	4 552	4 628	2 374	1 313	449	772	370	629
öffentliche Schulen	6 814	4 455	4 562	2 330	1 301	440	674	329	549
private Schulen	126	97	66	44	12	9	98	41	80
Rheinland-Pfalz	14 221	8 888	10 131	5 038	2 572	831	1 714	824	1 406
öffentliche Schulen	13 980	8 726	9 982	4 952	2 540	814	1 454	693	1 190
private Schulen	241	162	149	86	32	17	260	131	216

1) Bei Schulen mit schulartübergreifender Orientierungsstufe sind die Lehrer der federführenden Schule zugerechnet. - 2) Einschließlich hauptamtliche Lehrer und

nach Beschäftigungsverhältnis und Verwaltungsbezirken

schulen			Realschulen						Verwaltungsbezirk
Lehrer ²⁾	nebenberufliche Lehrer ³⁾		hauptberufliche Lehrer ²⁾				nebenberufliche Lehrer ³⁾		
ter schäftigt			ins- gesamt	weib- lich	darunter vollzeitbeschäftigt				
weib- lich	ins- gesamt	weib- lich			ins- gesamt	weib- lich	ins- gesamt	weib- lich	
20	1	–	100	66	55	27	13	4	Kreisfreie Stadt Koblenz
14	4	1	84	52	59	27	10	4	Landkreise
8	2	1	105	51	87	35	33	10	Ahrweiler
34	3	1	137	77	89	31	7	4	Altenkirchen (Ww.)
23	3	1	48	27	31	11	–	–	Bad Kreuznach
10	1	1	50	24	38	14	1	–	Bad Kreuznach, St
7	1	1	33	15	26	9	1	–	Birkenfeld
3	4	1	43	24	30	12	24	6	Idar-Oberstein, St
29	3	1	111	61	79	32	4	4	Cochem-Zell
6	–	–	42	24	28	12	3	3	Mayen-Koblenz
9	–	–	45	24	35	15	–	–	Andernach, St
81	11	2	145	79	108	46	9	4	Mayen, St
73	7	–	64	39	45	21	6	2	Neuwied
7	1	–	80	40	51	14	7	2	Neuwied, St
22	4	1	115	59	81	27	25	6	Rhein-Hunsrück-Kreis
3	–	–	24	14	16	7	2	2	Rhein-Lahn-Kreis
15	6	3	152	73	117	40	30	12	Lahnstein, St
									Westerwaldkreis
243	40	12	1 122	606	794	305	163	56	RB Koblenz
190	36	11	1 018	538	731	274	151	49	öffentliche Schulen
53	4	1	104	68	63	31	12	7	private Schulen
24	4	1	84	53	58	29	9	2	Kreisfreie Stadt Trier
18	3	1	137	78	93	37	3	2	Landkreise
5	3	1	121	64	90	37	29	10	Bernkastel-Wittlich
6	2	–	54	30	37	13	5	1	Bitburg-Prüm
14	5	2	134	67	95	30	12	2	Daun
									Trier-Saarburg
67	17	5	530	292	373	146	58	17	RB Trier
53	16	5	480	261	334	125	54	15	öffentliche Schulen
14	1	–	50	31	39	21	4	2	private Schulen
20	8	4	60	30	44	16	1	–	Kreisfreie Städte
10	5	1	54	32	35	14	18	7	Frankenthal (Pfalz)
13	4	1	57	33	39	16	2	1	Kaiserslautern
32	13	7	113	65	74	30	7	2	Landau i. d. Pfalz
22	4	–	160	106	100	51	14	9	Ludwigshafen a. Rhein
6	3	2	39	26	23	10	–	–	Mainz
9	3	–	36	18	30	14	–	–	Neustadt a. d. Weinstr.
11	4	1	54	29	34	10	6	3	Pirmasens
4	1	1	72	44	52	24	2	1	Speyer
11	1	1	42	22	33	13	31	8	Worms
									Zweibrücken
12	1	–	108	59	70	21	3	3	Landkreise
7	4	2	72	38	44	12	2	1	Alzey-Worms
7	1	1	66	30	55	21	1	1	Bad Dürkheim
7	4	3	77	45	58	26	1	–	Donnersbergkreis
18	4	2	46	27	31	13	4	1	Germersheim
7	1	1	56	23	44	13	4	1	Kaiserslautern
6	6	3	97	49	63	19	7	3	Kusel
4	1	1	87	50	59	27	1	1	Südliche Weinstraße
29	8	8	112	75	64	29	4	1	Ludwigshafen
5	–	–	38	22	24	8	1	–	Mainz-Bingen
7	2	2	36	28	17	10	2	1	Bingen am Rhein, St
3	1	–	46	21	34	12	3	1	Ingelheim am Rhein, St
									Pirmasens
238	77	39	1 454	822	986	391	111	44	RB Rheinhessen-Pfalz
215	73	37	1 347	746	931	365	91	29	öffentliche Schulen
23	4	2	107	76	55	26	20	15	private Schulen
548	134	56	3 106	1 720	2 153	842	332	117	Rheinland-Pfalz
458	125	53	2 845	1 545	1 996	764	296	93	öffentliche Schulen
90	9	3	261	175	157	78	36	24	private Schulen

Vertretungslehrkräfte. – 3) Einschließlich nebenamtliche Lehrer, Lehramtsanwärter und sonstige Lehrer.

Betrachtet man nur die Lehrerinnen, ergibt sich ein von der Gesamtentwicklung ähnliches Bild. Seit dem höchsten Stand von 1 488 vollzeitbeschäftigten Lehrerinnen im Schuljahr 1981/82 nahm die Zahl um ein Viertel (385 Frauen) ab. Der Anteil der Frauen an den Vollzeitbeschäftigungsverhältnissen ergibt mit 21 % die niedrigste Frauenrate unter allen allgemeinbildenden Schulen. Somit erweisen sich die Gymnasien mit einem Anteil von 65 % an Lehrern als eine Domäne der männlichen Lehrkräfte. Dies läßt sich auch durch Betrachtung der im Studium gewählten Lehrämter belegen. Rund 16 % der Lehrerinnen hatten 1989/90 das Lehramt an Gymnasien gewählt, dagegen 36 % der Lehrer.

Integrierte Gesamtschulen / Freie Waldorfschulen

Die Integrierten Gesamtschulen und Freien Waldorfschulen des Landes befinden sich noch teilweise in der Ausbauphase. Die Strukturverschiebungen innerhalb des Lehrpersonals entsprechen dennoch weitgehend denen an Gymnasien. Die Zahl ist wegen Neueinrichtungen und Erweiterungen der Klassenstufen kontinuierlich von 177 auf 419 Lehrer und Lehrerinnen gestiegen. Die Zahl der teilzeitbeschäftigten Lehrkräfte nahm um nahezu ein Siebenfaches zu, und ihr Anteil wuchs von 11 auf 31 %. Die Frauenquote der Teilzeitbeschäftigten erhöhte sich von 74 % im Schuljahr 1979/80 nach einigen Verschiebungen auf 78 % im Jahr 1989/90.

Die Zahl der vollzeitbeschäftigten Lehrkräfte nahm kontinuierlich zu; jedoch ist dabei ein Rückgang des Anteils an Vollzeitkräften in den letzten zehn Jahren von 89 auf 69 % zu verzeichnen. In absoluten Zahlen ausgedrückt, fällt dieser Rückgang noch mehr ins Auge: 1979/80 waren es 158 Vollzeit- und 19 Teilzeitbeschäftigte, 1989/90 standen diesen Werten 290 und 129 gegenüber. Die Frauenquote bei den Vollzeitbeschäftigten sank innerhalb von zehn Jahren von 39 auf 34 %. Im vergangenen Schuljahr unterrichteten an Integrierten Gesamtschulen und Freien Waldorfschulen zu 52 % männliche Lehrkräfte.

Um das Bild abzurunden, sei noch kurz auf die Lehrerzahlen an berufsbildenden Schulen eingegangen. Im Schuljahr 1989/90 erteilten 4 670 hauptamtliche/-berufliche Lehrkräfte, darunter 1 424 Lehrerinnen (31 %), an berufsbildenden Schulen Unterricht. Rund 80 % aller Lehrkräfte – nämlich 3 690 – waren vollzeitbeschäftigt, wobei der Frauenanteil sich auf 21 % (758 Lehrerinnen) belief. Der Anteil der teilzeitbeschäftigten weiblichen Lehrpersonen lag bei 68 %, so daß die Männer unter den Lehrkräften an berufsbildenden Schulen in der Überzahl sind.

Nicht hauptberufliche Lehrerinnen und Lehrer

Unter diese Bezeichnung fallen nebenamtliche bzw. nebenberufliche Lehrer, sonstige Lehrer (Seminar- und Fachleiter an Studienseminaren und Lehrer anderer Schulen, die dort hauptamtlich/-beruflich tätig sind, jedoch im Rahmen ihres Regelstundenmaßes an einer Schule einige Stunden Unterricht erteilen), Sonderschullehrer zur ambulanten Fördererziehung, Religionslehrer und Lehramtsanwärter. Nebenamtliche Lehrer sind Beamte und Angestellte im öffentlichen Dienst, die neben ihrem Hauptamt oder Hauptberuf Unterricht im Umfang von weniger als der Hälfte der Pflichtstundenzahl der vergleichbaren hauptamtlichen Lehrer erteilen. Nebenberufliche Lehrer unterscheiden sich von nebenamtlichen Lehrkräften nur darin, daß sie keine Beamte oder Angestellten sind.

Die Mehrzahl der nicht hauptberuflichen Lehrkräfte sind Religionslehrer und Lehrer, die von anderen Schulen kommen und nur einige Stunden Unterricht erteilen. 1989/90 gab es 4 140 nicht hauptberufliche Lehrer an allgemeinbildenden Schulen, wobei die oben genannte Gruppe mit 3 013 Lehrkräften 73 % ausmachte. Die Zahl der stundenweise Beschäftigten fällt ständig, eine Ausnahme gab es im vergangenen Schuljahr mit einer Steigerung um 147 Lehrer. Ansonsten sank die Zahl von 6 990 im Schuljahr 1979/80 auf 4 000 im Jahre 1988/89 (- 43 %). Dabei ist eine vergleichsweise nied-

Lehrkräfte und Wochenstunden an allgemeinbildenden Schulen für die Schuljahre 1979/80 bis 1989/90 nach Beschäftigungsverhältnis

Schuljahr	Vollzeitbeschäftigte Lehrkräfte						Teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte						stundenweise beschäftigte Lehrkräfte					
	ins-gesamt		darunter Frauen	erteilte Wochenstunden		ins-gesamt	darunter Frauen		erteilte Wochenstunden		ins-gesamt	darunter Frauen		erteilte Wochenstunden				
				ins-gesamt	darunter Frauen				ins-gesamt	darunter Frauen				ins-gesamt	darunter Frauen			
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%						
1979/80	23 264	10 662	45,8	564 416	269 535	47,8	3 600	3 217	89,4	54 798	48 444	88,4	6 994	3 131	44,8	46 493	24 694	53,1
1980/81	23 308	10 582	45,4	560 073	265 676	47,4	4 155	3 689	88,8	61 079	53 698	87,9	5 893	2 550	43,3	36 495	18 960	52,0
1981/82	23 190	10 408	44,9	556 390	260 933	46,9	4 534	4 035	89,0	65 482	57 535	87,9	5 427	2 293	42,3	32 805	16 528	50,4
1982/83	22 782	10 037	44,1	544 256	250 985	46,1	4 829	4 334	89,7	70 879	63 291	89,3	5 260	2 183	41,5	32 246	16 107	50,0
1983/84	22 215	9 552	43,0	531 658	239 711	45,1	5 207	4 711	90,5	77 041	69 360	90,0	4 848	2 019	41,6	30 733	15 423	50,2
1984/85	21 405	8 967	41,9	511 724	225 093	44,0	5 675	5 114	90,1	87 046	78 031	89,6	4 741	1 970	41,6	29 853	14 922	50,0
1985/86	20 754	8 523	41,1	494 864	214 284	43,3	6 098	5 442	89,2	95 607	84 959	88,9	4 543	1 834	40,4	26 869	12 655	47,1
1986/87	20 301	8 277	40,8	476 399	204 703	43,0	6 535	5 777	88,4	102 827	90 254	87,8	4 249	1 602	37,7	24 447	10 819	44,3
1987/88	19 741	7 943	40,2	459 563	195 637	42,6	6 774	5 973	88,2	107 255	94 390	88,0	4 024	1 487	37,0	22 593	9 821	43,5
1988/89	19 329	7 684	39,8	449 067	189 032	42,1	6 946	6 150	88,5	111 000	97 974	88,3	3 996	1 448	36,2	20 475	8 702	42,5
1989/90	19 212	7 641	39,8	439 848	185 044	42,1	7 249	6 473	89,3	116 695	103 878	89,0	4 143	1 479	35,7	20 954	8 538	40,7

Hauptamtliche/-berufliche Lehrkräfte 1980/81 bis 1989/90 nach Altersklassen und Schulart

Schuljahr	Lehrer / Lehrerinnen insgesamt	Davon im Alter von . . . Jahren							
		bis 29	30 – 34	35 – 39	40 – 44	45 – 49	50 – 54	55 – 59	60 u. mehr
Insgesamt									
1980 / 81	27 463	4 401	6 789	5 759	3 946	1 955	2 342	1 817	454
1983 / 84	27 425	1 841	6 966	5 768	5 487	2 839	1 784	2 122	618
1986 / 87	26 842	640	3 996	7 406	5 515	4 595	2 097	1 802	791
1989 / 90	26 461	596	1 995	6 177	6 236	5 905	3 303	1 543	706
Grund- und Hauptschulen									
1980 / 81	15 890	2 373	3 993	3 298	2 102	1 096	1 480	1 241	307
1983 / 84	15 333	639	3 836	3 404	3 137	1 503	1 028	1 405	381
1986 / 87	14 532	177	1 601	4 321	3 180	2 540	1 137	1 076	500
1989 / 90	14 221	268	672	3 244	3 652	3 379	1 738	892	376
Sonderschulen									
1980 / 81	1 581	369	404	339	193	94	103	66	13
1983 / 84	1 748	388	408	310	317	125	79	92	29
1986 / 87	1 779	142	487	410	314	223	98	71	34
1989 / 90	1 745	87	331	380	362	335	148	68	34
Realschulen									
1980 / 81	3 176	792	789	628	495	189	160	97	26
1983 / 84	3 191	387	946	617	599	324	146	126	46
1986 / 87	3 180	107	689	880	601	506	217	132	48
1989 / 90	3 106	53	267	891	676	641	391	133	54
Gymnasien									
1980 / 81	6 597	821	1 524	1 447	1 127	570	596	406	106
1983 / 84	6 896	406	1 674	1 379	1 390	872	523	492	160
1986 / 87	7 021	192	1 137	1 682	1 369	1 286	633	517	205
1989 / 90	6 970	178	645	1 530	1 446	1 493	997	441	240
Integrierte Gesamtschulen / Freie Waldorfschulen									
1980 / 81	219	46	79	47	29	6	3	7	2
1983 / 84	257	21	102	58	44	15	8	7	2
1986 / 87	330	22	82	113	51	40	12	6	4
1989 / 90	419	10	80	132	100	57	29	9	2

rige Frauenbeteiligung zu erkennen, wobei der prozentuale Anteil der nicht hauptberuflichen Pädagoginnen innerhalb des Betrachtungszeitraumes von 45 auf 36 % fiel.

Verteilung der Wochenstunden

Die deutliche Abnahme der Zahl vollzeitbeschäftigter Lehrkräfte bei vermehrter Übernahme von teilzeitbeschäftigten Frauen spiegelt sich im Umfang der erteilten Lehrerstunden wider: der Anteil der Unterrichtsstunden, die von teilzeitbeschäftigten Lehrkräften an allen allgemeinbildenden Schulen erteilt wurden, erhöhte sich von 8,2 % im Jahre 1979/80 binnen fünf Jahren auf 14 % und nach weiteren fünf Jahren auf 20 %. Dabei

nahm das gesamte Stundenangebot von 665 710 pro Woche innerhalb des ersten Zeitraumes auf 628 620 ab und dann nochmals bis zum Schuljahr 1989/90 auf 577 500 Lehrerstunden. Dies bedeutete einen Rückgang des Unterrichtsangebots um 13 %. Betrachtet man einzelne Schularten, ergibt sich folgendes Bild: Im Beobachtungszeitraum verringerte sich die Zahl der Lehrerstunden an Gymnasien um 1,3 %, an Grund- und Hauptschulen um 20 % aufgrund der ebenfalls in dieser Zeitspanne rückläufigen Schülerzahlen.

An den allgemeinbildenden Schulen gingen die von Lehrerinnen gehaltenen Unterrichtsstunden von 342 670 pro Woche innerhalb der zehn Jahre auf 297 460 Stunden zurück (– 13 %). In dem Maße, wie die Zahl der Lehrkräfte mit Teilzeitbeschäftigung stieg,

erhöhte sich auch deren Stundenangebot von 54 800 auf 116 700 Stunden oder 53 %. 1979 / 80 erteilten Teilzeit-Lehrerinnen 48 440 Unterrichtsstunden, 1989 / 90 waren es 103 880, was eine Steigerung um 53 % ergibt. Trotz der Verdoppelung des Unterrichtsangebots der Lehrerinnen mit reduzierter Stundenzahl wurden bisher nicht die Unterrichtsstunden der weiblichen Vollzeit-Pädagogen erreicht.

Wie bei der Anzahl der Lehrkräfte stellten auch die Lehrerinnen bei den erteilten Wochenstunden der Teilzeitbeschäftigten im Schuljahr 1989 / 90 mit 89 % den größten Teil. Bei den Grund- und Hauptschulen belief sich diese Quote auf 94 %, bei den Gymnasien auf 75 %.

Auch die Anzahl der von ihnen erteilten Unterrichtsstunden war aufgrund der rückläufigen Zahl der stundenweise beschäftigten Lehrkräfte geringer geworden. Ausnahme blieb hier das vergangene Schuljahr mit einer leichten Zunahme von rund 480 Wochenstunden. Bemerkenswert ist, daß es eine kontinuierlich ansteigende Männerbeteiligung an diesen geleisteten Stunden gibt. Wurden im Jahre 1979 / 80 noch 53 % des Unterrichts, den stundenweise Beschäftigte erteilten, von Frauen gehalten, übernahmen im Schuljahr 1989 / 90 die männlichen Lehrkräfte diesen Teil mit 59 %. Insgesamt wurden im vergangenen Schuljahr an allgemeinbildenden Schulen über drei Viertel der Unter-

richtsstunden von Vollzeitkräften, ein Fünftel von Teilzeitkräften und 4 % von stundenweise Beschäftigten gegeben.

Altersstruktur der Lehrkräfte

An den allgemeinbildenden Schulen waren im Schuljahr 1989 / 90 mehr als zwei Drittel aller hauptamtlichen / -beruflichen Lehrpersonen zwischen 35 und 49 Jahre alt. Dabei war die Altersstufe von 40 bis 44 Jahren von den Lehrkräften an Grund- und Hauptschulen am stärksten besetzt. Die Lehrerinnen und Lehrer der übrigen Schularten belegten mit der Mehrheit die Altersgruppe zwischen 35 und 39 Jahren. 21 % der Lehrerschaft hatte ein Alter von über 50 Jahren, 2,7 % waren 60 Jahre und älter. 1980 / 81 lagen diese Anteile bei 17 bzw. 2 %. Nur an den Gymnasien lag der Anteil von älteren Lehrkräften höher (3,4 % waren 60 Jahre und älter). An den übrigen Schularten rangierten die Anteile älterer Lehrpersonen unter diesem Durchschnittswert. Bei den integrierten Gesamtschulen und Freien Waldorfschulen waren 0,5 % der Altersstufe 60 Jahre und älter einzuordnen. Der Anteil der jüngeren Lehrerinnen und Lehrer (bis 34 Jahre) ging von 41 % im Schuljahr 1980 / 81 auf 10 % in 1989 / 90 zurück.

Diplom-Verwaltungswirtin (FH) Sandra Purrho

Rehabilitationsmaßnahmen 1989

Das System der sozialen Sicherung in der Bundesrepublik Deutschland gewährt körperlich, geistig oder seelisch Behinderten oder von einer solchen Behinderung bedrohten Personen einen Rechtsanspruch auf Eingliederungsleistungen. Es handelt sich um Hilfe, die notwendig ist, eine Behinderung zu beseitigen, zu bessern, ihre Verschlimmerung zu verhüten, ihre Folgen zu mildern oder sie abzuwenden. Darüber hinaus soll sie dem Betroffenen einen seinen Neigungen und Fähigkeiten entsprechenden Platz in der Gemeinschaft, insbesondere im Erwerbsleben, sichern. Diese Hilfe und die möglichst auf Dauer ausgerichtete (Wieder-)Eingliederung in Arbeit, Beruf und Gesellschaft werden unter dem Sammelbegriff „Rehabilitation“ zusammengefaßt.

Umfassende statistische Daten zum Rehabilitationsgeschehen werden seit 1981 im Rahmen der jährlichen Rehabilitationsstatistik auf der Rechtsgrundlage des Schwerbehindertengesetzes bereitgestellt. Die Erhebung enthält Angaben über die im Berichtsjahr abgeschlossenen Rehabilitationsmaßnahmen und über die Rehabilitanden. Da Rehabilitanden mehr als eine Maßnahme im Jahr beenden können, ist ihre Anzahl geringer als die der Maßnahmen. Auskunftspflichtig sind folgende in den einzelnen Sozialleistungsbereichen tätige öffentliche Träger :

- gesetzliche Kranken-, Unfall- und Rentenversicherung (einschl. Altershilfe für Landwirte),
- Kriegsoferversorgung und Kriegsopferversorge,
- Bundesanstalt für Arbeit,

- Sozialhilfeträger,
- Träger der begleitenden Hilfe im Arbeits- und Berufsleben (Hauptfürsorgestelle).

In die Statistik einbezogen sind die medizinischen, berufsfördernden und allgemeinen sozialen Leistungen zur Eingliederung ; die sogenannten „ergänzenden Leistungen“, das sind in der Regel Geldleistungen, bleiben unberücksichtigt. Voraussetzungen, Art und Umfang der Leistungen eines Rehabilitationsträgers richten sich nach den jeweils für ihn geltenden besonderen Rechtsvorschriften.

Seit der erstmaligen Erhebung hat es vielfältige methodische Änderungen gegeben, die längerfristige Zeitvergleiche in ihrem Aussagewert einschränken. Zu Beginn der Statistik haben sich nicht alle Träger beteiligt, seit 1984 wurden die sogenannten Dauermaßnahmen (§ 40 Abs. 2 des Bundessozialhilfegesetzes) nicht mehr erfaßt, von 1985 an kam es zu einem gesonderten Nachweis der Krankenhausbehandlungen, die letztendlich für das Erhebungsjahr 1989 zu melden waren. Gleichzeitig wurden erstmals die Hauptfürsorgestellen als Träger der begleitenden Hilfe im Arbeits- und Berufsleben in die Statistik einbezogen. Auf Vergleichszahlen zu den Vorjahren wird aus den vorgenannten Gründen verzichtet. Die Erhebung bietet einen umfassenden Überblick über das Rehabilitationsgeschehen, das nachfolgend anhand ausgewählter Grunddaten beschrieben wird.

Überwiegend medizinische Maßnahmen

Im Jahre 1989 kamen rund 84 000 Maßnahmen für in Rheinland-Pfalz wohnende Rehabilitanden zum Abschluß. Im Vordergrund standen die medizinischen Leistungen, auf die ein Anteil von 70 % (58 700) entfiel, gefolgt von den berufsfördernden Hilfen mit 26 % (22 100) und den Maßnahmen zur sozialen Eingliederung mit 3,7 % (3 200).

Die gesetzliche Rentenversicherung, mit 49 300 (59 %) beendeten Maßnahmen größter Rehabilitationsträger, finanzierte neben 2 300 berufsfördernde 47 000 medizinische Hilfen. Die zentrale Stellung des Trägers für diesen Maßnahmentypus wird auch daran deutlich, daß er 80 % aller medizinischen Rehabilitationsleistungen gewährte. Auf die Bundesanstalt für Arbeit, die ausschließlich berufsfördernde Maßnahmen bewilligt, entfielen 22 % (18 400) der geleisteten Eingliederungshilfen. Sie ist in diesem Maßnahmebereich (22 100) mit einer Quote von 83 % der wichtigste Träger. Die gesetzliche Unfallversicherung, die 8,8 % (7 400) der Fälle auf sich vereinigte, ist hingegen in allen drei Rehabilitationsebenen tätig. Die gesetzliche Krankenversicherung bewilligte 4,9 % (4 100) der abgeschlossenen Maßnah-

men, ausschließlich Unterkunft und Verpflegung in Kur- und Spezialeinrichtungen. Darüber hinaus meldeten die Krankenkassen noch rund 39 000 Krankenhausbehandlungen mit rehabilitativem Charakter. Diese Behandlungen werden gesondert nachgewiesen, da aufgrund der Definition eine zweifelsfreie Abgrenzung von den reinen Krankenhausbehandlungen nicht in jedem Fall möglich ist. Die Kriegsopferversorgung und -fürsorge sowie die Sozialhilfe gehören mit einem Maßnahmeanteil von zusammen 5,7 % (4 800) zu den kleineren Rehabilitationsträgern.

Ergebnis der Maßnahmen

Den Angaben zum Ergebnis einer Rehabilitationsmaßnahme, die den Erfolg der Leistungen gemessen an der Zielsetzung widerspiegeln, kommt eine wesentliche Bedeutung zu. Die Ergebnisse der drei Leistungsgruppen werden neun Kategorien zugeordnet, wobei ihre Aussagekraft im medizinischen Bereich durch die trägerspezifischen Besonderheiten der Krankenversicherung und der Kriegsopferversorgung eingeschränkt ist. Beide Träger können nur melden, ob ein Rehabilitand aus stationärer Heilbehandlung entlassen oder die Hilfe

Rehabilitanden mit Wohnsitz in Rheinland-Pfalz 1989 und deren Maßnahmen nach Träger und Maßnahmentypen

Träger der Rehabilitationsmaßnahmen	Rehabilitationsmaßnahmen				Rehabilitanden	
	insgesamt	medizinische Maßnahmen	berufsfördernde Maßnahmen	Maßnahmen zur sozialen Eingliederung	insgesamt	Anteil
	Anzahl				%	
Gesetzliche Krankenversicherung	4 123	4 123	–	–	4 123	5,5
Ortskrankenkassen	1 660	1 660	–	–	1 660	2,2
Betriebskrankenkassen	326	326	–	–	326	0,4
Innungskrankenkassen	173	173	–	–	173	0,2
landwirtschaftliche Krankenkassen	231	231	–	–	231	0,3
Seekrankenkasse	3	3	–	–	3	0,0
Bundesknappschaft	121	121	–	–	121	0,2
Ersatzkassen für Arbeiter	354	354	–	–	354	0,5
Ersatzkassen für Angestellte	1 255	1 255	–	–	1 255	1,7
Gesetzliche Unfallversicherung	7 377	5 830	1 356	191	5 429	7,3
gewerbliche Berufsgenossenschaften	5 688	4 204	1 322	162	3 921	5,3
landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften	751	748	3	–	679	0,9
Gemeinde-Unfallversicherungsverbände	684	655	8	21	608	0,8
Feuerwehrunfallkassen	–	–	–	–	–	–
Ausführungsbehörde für Unfallversicherung des Bundes	109	85	19	5	96	0,1
Ausführungsbehörde für Unfallversicherung der Länder	143	136	4	3	123	0,2
Ausführungsbehörde für Unfallversicherung der Gemeinden	2	2	–	–	2	0,0
Gesetzliche Rentenversicherung	49 280	46 973	2 307	–	46 547	62,5
Rentenversicherung der Arbeiter	29 300	27 285	2 015	–	27 817	37,4
Rentenversicherung der Angestellten	18 266	17 983	283	–	16 936	22,7
Bundesknappschaft	218	209	9	–	208	0,3
Altershilfe für Landwirte	1 496	1 496	–	–	1 496	2,0
Kriegsopferversorgung	1 756	1 756	–	–	1 756	2,4
Kriegsopferfürsorge	2 552	–	27	2 525	2 142	2,9
Arbeitsförderung	18 403	–	18 403	–	13 976	18,8
Sozialhilfe	480	38	14	428	469	0,6
Insgesamt	83 971	58 720	22 107	3 144	74 352	100

durch vorzeitigen Abbruch bzw. Tod beendet wurde. Aus Gründen der einheitlichen Darstellbarkeit des Ergebnisses werden Entlassungen als Erreichen des Rehabilitationsziels und die Beendigung einer Maßnahme durch Tod als „Eingliederung im Berichtsjahr nicht erreicht“ gewertet; der vorzeitige Abbruch ist adäquat erfaßbar. Der Anteil der beiden Träger ist, gemessen am Gesamtumfang des medizinischen Bereichs, vergleichsweise gering, so daß die Ergebnisse davon kaum beeinflußt werden. Die Maßnahmen waren bei 77 % der Rehabilitanden erfolgreich, für weitere 13 % erschien – zum Teil nach Abschluß zusätzlicher Leistungen – eine Eingliederung möglich. Fast ebenso hoch lag die Quote bei den allgemeinen Hilfen zur sozialen Eingliederung (76 %), deren Zunahme um 5,4 % nach Gewährung weiterer sozialer Hilfen nicht ausgeschlossen wurde. Im Rahmen der berufsfördernden Maßnahmen führten 41 % der Leistungen zum Erfolg. Nach Absolvierung weiterer Eingliederungsleistungen war eine Steigerung auf 61 % möglich.

Neben dem Ergebnis einer Maßnahme ist auch ihre Dauer von Interesse. Da aber nicht bei allen Rehabilitati-

Rehabilitationsmaßnahmen 1989 nach dem Ergebnis

Ergebnis	Medizinische Maßnahmen	Berufsfördernde Maßnahmen	Maßnahmen zur sozialen Eingliederung
Eingliederung bzw. Fortsetzung oder Aufnahme einer Tätigkeit erreicht; aus stationärer Heilbehandlung entlassen	45 334	9 112	2 409
Fortsetzung oder Aufnahme einer Tätigkeit möglich	–	2 565	–
Eingliederung nach weiteren medizinischen Maßnahmen möglich	5 042	535	25
Eingliederung nach berufsfördernden Maßnahmen möglich	2 343	1 153	7
Eingliederung nach sozialen Maßnahmen möglich	13	96	169
Eingliederung aus gesundheitlichen Gründen nicht möglich	520	54	223
Fortsetzung oder Aufnahme einer Tätigkeit mangels Arbeitsplatz nicht möglich	–	98	–
Eingliederung im Berichtsjahr wegen vorzeitigen Abbruchs der Maßnahme nicht möglich	824	716	13
Eingliederung im Berichtsjahr aus sonstigen Gründen nicht erreicht; Tod	4 393	6 771	43
Ohne Angabe	251	1 007	255
Insgesamt	58 720	22 107	3 144

onsleistungen Angaben zur Dauer sinnvoll sind, wird auf deren Erfassung, wie z. B. bei der Hilfe zur Erlangung oder Erhaltung eines Arbeitsplatzes, verzichtet. So liegen im medizinischen Bereich bei 98 %, im berufsfördernden Bereich bei 33 % und im Bereich der sozialen Eingliederung bei 12 % der Maßnahmen Angaben über deren Dauer vor, die von der Art der Leistung abhängig ist. Medizinische Behandlungen waren nach relativ kurzer Zeit abgeschlossen; 96 % nahmen weniger als zwei Monate in Anspruch, innerhalb eines Jahres waren fast 100 % beendet. Berufsfördernde Leistungen benötigten längere Zeiträume: 15 % kamen in zwei Monaten zum Abschluß, 26 % dauerten über einen Zeitraum von ein bis zwei Jahren, 37 % von zwei und mehr Jahren an. Von den sozialen Eingliederungshilfen erreichten 34 % in den ersten beiden Monaten ihren Zweck, 39 % wurden länger als ein Jahr gewährt.

Erhaltung der Erwerbsfähigkeit hat Priorität

Die Geschlechtsstruktur der Rehabilitanden, von denen 66 % Männer und 34 % Frauen waren, weicht deutlich von der Bevölkerungsstruktur des Landes (48 % Männer, 52 % Frauen) ab. Die Dominanz der Männer ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß der Schwerpunkt der Rehabilitation auf der Erhaltung der Erwerbsfähigkeit respektive der (Wieder-)Eingliederung in das Erwerbsleben liegt und, wie ein Vergleich mit Daten zur Erwerbsbeteiligung zeigt, Männer (58 %) häufiger als Frauen (32 %) erwerbstätig sind. Die Altersstruktur der Rehabilitanden sowie das Ausmaß ihrer Beteiligung am Erwerbsleben unterstreichen diese Zielsetzung. Der weit überwiegende Teil (87 %) befand sich im erwerbsfähigen Alter (18 bis 65 Jahre), der Anteil dieser Altersgruppe an der Bevölkerung beträgt hingegen 66 %. Demzufolge überwogen unter den Rehabilitanden die Erwerbstätigen mit einem Anteil von 71 %. Bei den berufstätigen Rehabilitanden fällt auf, daß Selbständige und Beamte unterrepräsentiert sind. Das liegt zum Teil daran, daß diese Personengruppen Leistungen der privaten Krankenversicherung in Anspruch nehmen können, die in die Statistik nicht eingehen: Die Beihilfen, die Beamten zu gewähren sind, werden ebenfalls nicht erfaßt; Leistungen für sie und ihre Familienangehörigen sind nur insoweit für die Statistik relevant, als sie aufgrund von Ansprüchen aus der gesetzlichen Krankenversicherung gewährt werden. Aus diesem Sachverhalt erklären sich im wesentlichen die geringen Anteile von Selbständigen (1,4 %) und Beamten (0,2 %). Dominierend waren Arbeiter (43 %) und Angestellte (22 %). Der Kreis der Nichterwerbstätigen setzt sich aus Schülern, Studenten, Hausfrauen, Rentnern, Pensionären, Arbeitslosen und Strafgefangenen zusammen.

Rheumaerkrankungen häufigste Behinderungsart

Bei rund drei Viertel der Rehabilitanden (74 %) war eine allgemeine Krankheit Ursache für die vorhandene oder drohende Behinderung; die Quote erreichte bei den Frauen 81 %. In 8,9 % der Fälle war ein Unfall, zumeist ein Arbeitsunfall, der Grund für die Beeinträchti-

gung. Unfälle waren bei den männliche Rehabilitanden doppelt so häufig der Grund für Eingliederungshilfen wie bei den weiblichen. Kriegs-, Wehr- und Zivildienstbeschädigungen verursachten in 5,1 % der Fälle die Behinderung. Quantitativ unbedeutende Anteile entfielen auf die angeborenen Behinderungen (2,1 %) und die Berufskrankheiten (1,2 %).

Die Art der Behinderung bzw. deren Diagnose werden nach der Internationalen Klassifikation der Krankheiten, Verletzungen und Todesursachen (ICD) aus dem Jahre 1979 gruppiert. Rheumatische Erkrankungen waren die mit Abstand häufigste Behinderungsart, die 39 % der Fälle ausmachte. Es folgten mit 14 % die geistig-seelischen Störungen, zu denen u.a. Suchterkrankungen, Neurosen und Entwicklungsrückstände zählen, und Krankheiten des Kreislaufsystems (11 %). Der Rest verteilt sich auf elf weitere Kategorien.

Art der Maßnahmen auch vom Alter abhängig

Von den Empfängern medizinischer Hilfeleistungen hatten fast 70 % das 45. Lebensjahr vollendet. Berufsfördernde Maßnahmen kamen in erster Linie Personen im jüngeren und mittleren Alter zugute; 85 % entfielen auf Leistungsempfänger im Alter von 18 bis 55 Jahren, allein 29 % gehörten der Altersgruppe der 18- bis 25jährigen an. Im Bereich der sozialen Rehabilitation konzentrierten sich die Maßnahmen auf die unter 18jährigen (15 %) und insbesondere auf die über 55jährigen (78 %), während der Anteil der 18- bis 55jährigen relativ gering war (7,1 %).

Struktur der Rehabilitanden je nach Träger unterschiedlich

Unterschiedliche Aufgabenstellungen, Rechtsvorschriften und Zuständigkeiten der in den Sozialleistungsbereichen tätigen Träger führen bezüglich der Rehabilitanden zu spezifischen Strukturen bei den Trägern. Neben den gesondert nachgewiesenen Krankenhausbehandlungen werden bei der Krankenversicherung insbesondere die Behandlungen in Kur- und Spezialeinrichtungen erfaßt. Die Kassenmitglieder wie ihre mitversicherten Familienangehörigen haben grundsätzlich dieselben Ansprüche auf Rehabilitationsleistungen der Krankenkasse. Auf die möglicherweise gefährdete Erwerbstätigkeit wird dabei nicht abgestellt. In der Regel werden die Maßnahmen für die erwerbstätigen Mitglieder jedoch von der Rentenversicherung abgewickelt, so daß vor allem Kinder, Jugendliche, Mütter, Hausfrauen und ältere Menschen, die Anspruch auf das gesamte medizinische Leistungsspektrum haben, zum betreuten Personenkreis zählen. Dementsprechend charakterisiert ein überdurchschnittlicher Anteil von Nichterwerbstätigen (84 %), Frauen (60 %), und über 65jährigen (42 %) die Rehabilitandenstruktur.

Demgegenüber liegt die Zielsetzung der Maßnahmen der Renten- und Unfallversicherung auf der Erhaltung, Besserung bzw. (Wieder-)Herstellung der Erwerbsfähigkeit, da hier der sozialpolitische Grundsatz „Rehabilitation vor Rente“ gilt. Die Rentenversicherung gewährt Leistungen nur bei Vorliegen bestimmter gesundheitlicher und versicherungsrechtlicher Voraussetzungen, insbesondere einer Mindestversicherungszeit bzw. Beitragszahlungsdauer von 15 Jahren. Die Unfallversiche-

Rehabilitanden 1989 nach der Art der Behinderung und Geschlecht

Art der Behinderung	Insgesamt		Männlich		Weiblich	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Infektiöse und parasitäre Krankheiten	496	0,7	414	0,9	82	0,3
Neubildungen	3 840	5,2	1 454	3,0	2 386	9,3
Störungen der Drüsen mit innerer Sekretion, Ernährungs- und Stoffwechselkrankheiten, Krankheiten des Blutes und der blutbildenden Organe	2 205	3,0	1 326	2,7	879	3,4
Geistige oder seelische Störungen	10 389	14,0	5 890	12,1	4 499	17,5
Krankheiten des Nervensystems und der Sinnesorgane	2 424	3,3	1 687	3,5	737	2,9
Krankheiten des Kreislaufsystems	8 324	11,2	6 266	12,9	2 058	8,0
Krankheiten der Atmungsorgane	4 020	5,4	2 689	5,5	1 331	5,2
Krankheiten der Verdauungsorgane	1 663	2,2	1 186	2,4	477	1,9
Krankheiten des Skeletts, der Muskeln und des Bindegewebes	28 864	38,7	18 760	38,5	10 104	39,4
Schädelfraktur, Frakturen der Wirbelsäule, des Rumpfskeletts, der Extremitäten, intrakranielle Verletzungen	4 082	5,5	3 195	6,6	887	3,5
Traumatische Abtrennung von Gliedmaßen oder Teilen von Gliedmaßen (Amputationen)	1 439	1,9	1 384	2,8	55	0,2
Sonstige Verletzungen und Schädigungen	3 373	4,5	2 819	5,8	554	2,2
Komplikationen nach chirurgischen Eingriffen (einschließlich postoperativer Zustände)	68	0,1	47	0,1	21	0,1
Sonstige Krankheiten und Schäden	3 165	4,3	1 593	3,2	1 572	6,1
Insgesamt	74 352	100	48 710	100	25 642	100

Rehabilitanden mit Wohnsitz in Rheinland-Pfalz 1989
nach Geschlecht, Erwerbsbeteiligung, Altersgruppen und Trägern

Geschlecht / Erwerbsbeteiligung / Altersgruppe	Rehabilitanden insgesamt	Gesetzliche Krankenversicherung	Gesetzliche Unfallversicherung	Gesetzliche Rentenversicherung	Kriegsopferversorgung	Kriegsopferfürsorge	Arbeitsförderung	Sozialhilfe
Insgesamt	74 352	4 123	5 429	46 457	1 756	2 142	13 976	469
Geschlecht								
männlich	48 710	1 639	4 302	29 283	1 680	1 939	9 543	324
weiblich	25 642	2 484	1 127	17 174	76	203	4 433	145
Beteiligung am Erwerbsleben								
erwerbstätig	52 745	387	4 736	38 098	94	72	9 351	7
nicht erwerbstätig	21 177	3 443	678	8 359	1 657	1 965	4 625	450
ohne Angabe	430	293	15	–	5	105	–	12
Altersgruppe von ... bis unter ... Jahren								
unter 18	3 457	147	441	1 415	–	1	1 061	392
18 – 25	6 644	74	780	878	1	5	4 877	29
25 – 35	8 470	167	980	3 827	12	14	3 444	26
35 – 45	10 792	237	744	7 978	14	23	1 785	11
45 – 55	21 993	683	1 221	18 097	44	72	1 869	7
55 – 65	16 927	1 066	899	13 271	342	409	938	2
65 und mehr	6 069	1 749	364	991	1 343	1 618	2	2

rung ist bei Arbeitsunfällen (einschl. Unfällen beim Besuch von Kindergärten, Schulen und Universitäten) und Berufskrankheiten der zuständige Träger. 87 % bzw. 82 % der Rehabilitanden der Renten- und Unfallversicherung sind erwerbstätig. Die Altersgruppe der 45- bis 55jährigen (39 %) bildet bei der Rentenversicherung den quantitativen Schwerpunkt, während die Unfallversicherung, bei der überwiegend altersunabhängige Ursachen für die Leistungsgewährung gegeben sein müssen, eine ausgeprägte altersgruppenbezogene Konzentration nicht kennt.

Die Struktur der von den Trägern der sozialen Entschädigung (Kriegsopferversorgung und -fürsorge) betreuten Rehabilitanden wird vom leistungsberechtigten Empfängerkreis bestimmt. Verständlicherweise handelt es sich ganz überwiegend um Männer und Nichterwerbstätige (je 93 %) sowie die Altersgruppe der über 55jährigen (95 %).

Die Bundesanstalt für Arbeit erbringt ausschließlich Leistungen zur beruflichen Rehabilitation. Sie dürfen nur gewährt werden, sofern kein anderer Träger zuständig ist. Damit erstreckt sich die Zuständigkeit für die berufliche Rehabilitation auf fast alle Schulabgänger und nahezu alle Erwerbstätigen mit einer Versicherungszeit von weniger als 15 Jahren. 67 % der Leistungsempfänger waren jünger als 35 Jahre. Mit zunehmender Dauer der Erwerbstätigkeit werden die versicherungsrechtlichen Voraussetzungen für die Zuständigkeit der Rentenversicherung erfüllt, so daß ältere Versicherte verstärkt von diesem Träger Maßnahmen in Anspruch nehmen.

Die Sozialhilfe ist aufgrund der Eingliederungshilfe für Behinderte in allen drei Rehabilitationsbereichen tätig. Nach dem im Sozialhilferecht geltenden Grundsatz der Subsidiarität kommen nur dann Leistungen in Betracht, wenn sich der Behinderte nicht selbst helfen kann und er die notwendige Hilfe nicht von anderen, insbesondere von Angehörigen oder einem der übrigen Träger, erhält. Im Rahmen der Rehabilitation bilden die Maßnahmen zur sozialen Eingliederung, die insbesondere als heil- oder schulpädagogische Maßnahmen gewährt werden, den Aufgabenschwerpunkt des Trägers. Dies verdeutlicht auch die Alters- und Erwerbstätigenstruktur: 84 % der Rehabilitanden waren unter 18 Jahre alt und 96 % nicht erwerbstätig.

Verteilung der Rehabilitationsmaßnahmen fast ausgeglichen

Im Berichtsjahr 1989 wurden in Rheinland-Pfalz 82 244 Rehabilitationsmaßnahmen abgeschlossen. Rund 49 % (40 283) kamen Rehabilitanden aus Rheinland-Pfalz zugute. Die restlichen 41 961 Maßnahmen erhielten Empfänger aus anderen Bundesländern und dem Ausland. Andererseits wurden bei 43 688 in Rheinland-Pfalz wohnende Rehabilitanden die Maßnahmen an Orten außerhalb des Landes abgewickelt, insbesondere in Bayern und Hessen. Demzufolge kamen in Rheinland-Pfalz 1727 Maßnahmen weniger „Landesfremden“ zugute als von rheinland-pfälzischen Einwohnern in anderen Bundesländern in Anspruch genommen wurden.

Diplom-Verwaltungswirt (FH) Malte Usczeck

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1989	1990				1991			
		Monatsdurchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1000	3 670	...	3 726	3 732	3 739
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	2 022	2 097 ^P	3 324 ^P	3 233 ^P	2 515 ^P	1 594 ^P	3 766 ^P	2 578 ^P	2 384 ^P
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,6	6,7 ^P	10,4 ^P	10,4 ^P	7,9 ^P	5,2 ^P	11,8 ^P	8,4 ^P	7,5 ^P
* Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	3 304	3 561 ^P	3 613 ^P	3 320 ^P	3 914 ^P
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,8	11,4 ^P	11,3 ^P	10,7 ^P	12,3 ^P
* Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 545	3 651 ^P	3 624 ^P	3 407 ^P	3 497 ^P
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,6	11,7 ^P	11,3 ^P	10,9 ^P	11,0 ^P
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene ³⁾	Anzahl	25	29 ^P	22 ^P	24 ^P	21 ^P
* je 1000 Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	7,7	8,1 ^P	6,3 ^P	7,3 ^P	5,7 ^P
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 241	- 90 ^P	- 11 ^P	- 87 ^P	417 ^P
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 0,8	- 0,3 ^P	- 0,0 ^P	- 0,3 ^P	1,3 ^P
Wanderungen über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	11 078	...	10 490	11 823	14 752
* Fortgezogene	Anzahl	6 795	...	6 164	6 633	7 729
* Wanderungssaldo	Anzahl	4 283	...	4 326	5 190	7 025
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁵⁾	Anzahl	10 448	...	9 229	10 468	11 813
Arbeitsmarkt										
* Arbeitslose	Anzahl	101 666	93 064	89 611	90 126	92 458	79 748	76 857	79 911	83 431
* Männer	Anzahl	51 504	45 652	42 512	42 398	43 581	40 160	38 379	39 597	41 211
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	5 974	4 783	.	3 958	.	.	.	3 584	.
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	34 227	30 495	.	29 274	.	.	.	26 067	.
Arbeitslosenquote	%	6,9	6,3	6,0	6,1	6,2	5,2	5,0	5,2	5,5
Offene Stellen	Anzahl	11 481	13 956	14 476	14 750	14 854	17 701	18 919	19 483	19 951
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	.	.	.	943	.	.	.	1 317	.
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	.	.	.	5 576	.	.	.	5 826	.
Kurzarbeiter	Anzahl	4 833	4 227	1 427	5 395	4 776	6 632	5 794	4 642	1 859
Männer	Anzahl	3 620	3 289	795	4 226	3 911	4 633	4 357	3 359	1 301
Landwirtschaft										
Schlachtmengen⁶⁾	t	14 014	14 754	14 145	13 425	13 215	16 070	15 611	14 130	13 872
* Rinder	t	4 151	4 786	4 262	4 366	3 877	5 954	6 080	4 974	4 682
* Kälber	t	21	26	16	14	14	44	42	33	36
* Schweine	t	9 703	9 788	9 731	8 926	9 192	9 946	9 368	8 981	9 059
Milch										
* Milcherzeugung	1000 t	71	69	80	75	76	70	76	73	71
* an Molkereien geliefert	%	94,6	94,2	95,4	95,8	95,9	95,0	95,5	96,1	95,9
Verarbeitendes Gewerbe⁷⁾										
Betriebe	Anzahl	2 581	2 614	2 606	2 584	2 604	2 668	2 665	2 665	2 662
* Beschäftigte	1000	373	386	382	372	387	393	393	394	396
* Arbeiter ⁸⁾	1000	254	263	260	253	264	267	267	268	269
* Geleistete Arbeiterstunden	1000	34 617	35 196	36 453	36 254	31 801	36 908	34 846	35 067	33 236
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 497	1 608	1 574	1 527	1 561	1 597	1 727	1 757	1 695
* Löhne	Mill. DM	854	917	921	864	909	899	1 009	973	993
* Gehälter	Mill. DM	643	691	654	663	652	698	719	784	702
* Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	7 976	8 555	8 781	8 393	8 340	9 396	8 951	9 258	9 313
* Auslandsumsatz	Mill. DM	3 142	3 133	3 364	3 062	2 999	3 224	2 983	3 050	3 113
* Exportquote ⁹⁾	%	39,4	36,6	38,3	36,5	36,0	34,3	33,3	32,9	33,4

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. – 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 6) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. – 7) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. – 8) Einschl. gewerblich Auszubildender. – 9) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1989	1990				1991			
		Monatsdurchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
* Kohleverbrauch ^{1) 3)}	1 000t SKE	248	257	·	274	·	·	·	257	·
* Gasverbrauch (Erd- und Erdölgas) ^{2) 3)}	1 000 m ³	674	672	·	632	·	·	·	662	·
* Heizölverbrauch ³⁾	1 000t	150	131	·	121	·	·	·	113	·
davon										
* leichtes Heizöl	1 000t	66	56	·	73	·	·	·	66	·
* schweres Heizöl	1 000t	84	75	·	48	·	·	·	48	·
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 100	1 121	1 148	1 118	1 108	1 143	1 120	1 120	1 131
* Stromerzeugung (industr. Eigen- erzeugung)	Mill. kWh	202	198	174	161	160	198	201	184	173
Index der Nettoproduktion (Kalendermonatlich) ⁸⁾										
Verarbeitendes Gewerbe	1985 = 100	107	116	115	116	110	120	116	118	114
* Grundstoff- und Produktions- gütergewerbe	1985 = 100	115	119	121	120	116	120	118	120	120
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1985 = 100	105	110	128	119	116	126	122	127	125
Chemische Industrie	1985 = 100	118	122	122	123	120	120	120	121	124
* Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	97	111	105	112	103	107	105	106	97
Maschinenbau; Büro- maschinen, ADV-Geräte und -Einrichtungen	1985 = 100	80	120	90	123	124	88	95	87	90
Straßenfahrzeugbau, Rep. von Kraftfahrzeugen usw.	1985 = 100	93	91	102	90	75	99	94	97	79
* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	108	116	115	111	103	132	123	126	116
Herstellung von Schuhen	1985 = 100	67	63	59	48	47	62	52	45	48
* Nahrungs- und Genußmittel- gewerbe	1985 = 100	115	131	130	121	126	157	148	147	162
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	399	421	391	373	356	428	412	379	302
Strombezug ⁴⁾	Mill. kWh	2 394	2 484	2 425	2 417	2 236	2 505	2 458	2 405	2 414
Stromlieferungen ⁴⁾	Mill. kWh	878	883	862	872	832	1 270	980	957	938
* Stromverbrauch ⁵⁾	Mill. kWh	1 888	1 994	1 929	1 892	1 734	1 634	1 732	1 800	1 752
Gasverbrauch ⁶⁾	Mill. m ³	413	419	345	327	286	414	373	332	298
Handwerk ⁷⁾										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1976 = 100	91	...	·	88	·	·	·	...	·
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1976=100	158	...	·	167	·	·	·	...	·
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
* Beschäftigte	Anzahl	60 288	61 218	61 199	62 601	62 052	60 871	61 234 ^p	62 147 ^p	61 692 ^p
Facharbeiter	Anzahl	31 393	31 745	31 315	35 949	31 459	30 956	30 771 ^p	35 824 ^p	31 145 ^p
Fachwerker und Werker	Anzahl	14 422	14 907	15 388	12 339	15 998	15 126	15 714 ^p	11 853 ^p	16 187 ^p
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	7 071	7 077	7 857	7 352	6 807	7 553	7 209 ^p	7 544 ^p	6 996 ^p
Privater Bau	1 000	4 449	4 635	5 063	4 729	4 469	4 906	4 716 ^p	4 860 ^p	4 648 ^p
* Wohnungsbau	1 000	2 509	2 659	2 931	2 684	2 470	2 826	2 739 ^p	2 824 ^p	2 668 ^p
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	56	55	25	43	25	13	40 ^p	75 ^p	40 ^p
* Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	1 884	1 921	2 107	2 002	1 974	2 067	1 937 ^p	1 961 ^p	1 940 ^p
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	2 622	2 442	2 794	2 623	2 338	2 647	2 493 ^p	2 684 ^p	2 348 ^p
Hochbau	1 000	625	523	586	541	530	535	512 ^p	554 ^p	515 ^p
Tiefbau	1 000	1 997	1 919	2 208	2 082	1 808	2 112	1 981 ^p	2 130 ^p	1 833 ^p
Straßenbau	1 000	1 062	995	1 155	1 065	983	1 037	1 040 ^p	1 130 ^p	1 001 ^p
Löhne und Gehälter	Mill. DM	196	212	218	212	219	220	235 ^p	226 ^p	240 ^p
* Löhne	Mill. DM	161	173	181	173	182	180	193 ^p	180 ^p	198 ^p
* Gehälter	Mill. DM	35	39	37	39	37	40	42 ^p	46 ^p	42 ^p
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	609	661	660	689	663	670	731 ^p	801 ^p	778 ^p

1) 1 t Steinkohleneinheit (1 t SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 14,5 t Braunkohlenkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. – 2) Umgerechnet auf einen oberen Heizwert (Ho) von 35 169 kJ/m³. – 3) Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.), Jahr = Vierteljahresdurchschnitt. – 4) Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen). – 5) Ohne Pumpstromverbrauch und Übertragungsverluste; ohne Eigenverbrauch der Kraftwerke. – 6) Gaserzeugung + Saldo des Gasaustauschs über die Landesgrenze. – 7) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. – 8) Mit dieser Ausgabe des Zahlenspiegels wird der Index der Nettoproduktion wegen der besseren Vergleichbarkeit mit dem Bund und den meisten übrigen Statistischen Landesämtern auf eine kalendermonatliche Darstellung umgestellt.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1989	1990				1991			
		Monatsdurchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	837	933	1 201	1 089	1 086	1 067	876	1 099	1 046
* mit 1 Wohnung	Anzahl	653	670	854	757	791	781	601	731	743
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	125	164	222	210	177	171	158	216	164
* mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	59	100	125	122	118	115	117	152	139
* Umbauter Raum	1 000 m ³	839	1 025	1 303	1 269	1 182	1 194	1 019	1 369	1 168
* Wohnfläche	1 000 m ²	140	175	222	215	204	205	177	244	206
Wohnräume	Anzahl	6 482	8 100	10 305	9 971	9 631	9 371	8 099	11 451	9 368
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	274	345	432	432	396	418	355	492	416
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	3	3	2	8	2	7	3	6	8
Unternehmen	Anzahl	153	151	207	142	163	116	105	139	237
Private Haushalte	Anzahl	682	779	992	939	921	944	768	954	801
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	165	169	167	195	208	168	189	243	183
* Umbauter Raum	1 000 m ³	828	915	743	758	994	1 350	718	1 490	1 044
* Nutzfläche	1 000 m ²	137	144	136	125	172	221	117	238	161
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	148	177	142	156	171	276	163	324	274
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	24	25	20	25	28	34	35	40	27
Unternehmen	Anzahl	139	139	140	165	174	132	147	194	150
Private Haushalte	Anzahl	3	5	7	5	6	2	7	9	6
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 518	2 036	2 426	2 446	2 421	2 342	2 083	3 327	2 440
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	3 013	3 013	3 269	2 962	3 064	2 956	2 904	2 926	...
* EG-Länder ¹⁾	Mill. DM	1 668	1 655	1 754	1 612	1 670	1 668	1 563	1 644	...
Belgien/Luxemburg	Mill. DM	223	223	239	202	202	235	230	225	...
Dänemark	Mill. DM	45	45	49	47	37	51	47	53	...
Frankreich	Mill. DM	432	446	446	431	460	437	379	429	...
Griechenland	Mill. DM	29	30	35	33	30	29	32	26	...
Großbritannien	Mill. DM	314	285	290	272	342	249	252	260	...
Irland	Mill. DM	12	12	13	9	11	13	11	11	...
Italien	Mill. DM	274	273	332	284	255	287	257	263	...
Niederlande	Mill. DM	209	210	210	212	202	220	208	220	...
Spanien	Mill. DM	106	108	115	102	108	119	123	132	...
Portugal	Mill. DM	23	23	25	20	23	29	24	25	...
USA und Kanada	Mill. DM	204	205	242	212	212	199	190	213	...
Japan	Mill. DM	70	66	68	62	73	57	81	61	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	351	397	441	385	448	365	425	349	...
Staatshandelsländer	Mill. DM	147	120	128	124	126	110	114	102	...
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	1 873	2 047	2 008	2 025	2 087	2 444	2 372	2 360	...
EG-Länder ¹⁾	Mill. DM	1 042	1 155	1 130	1 142	1 204	1 390	1 397	1 341	...
Belgien/Luxemburg	Mill. DM	203	224	229	235	208	318	321	336	...
Dänemark	Mill. DM	26	30	30	26	36	43	39	33	...
Frankreich	Mill. DM	241	282	283	265	276	318	320	302	...
Griechenland	Mill. DM	8	8	6	8	7	18	9	7	...
Großbritannien	Mill. DM	88	96	95	94	98	98	102	102	...
Irland	Mill. DM	8	11	11	16	12	14	17	10	...
Italien	Mill. DM	177	195	179	200	232	219	215	198	...
Niederlande	Mill. DM	212	213	204	213	227	236	249	233	...
Spanien	Mill. DM	63	80	80	69	88	108	107	103	...
Portugal	Mill. DM	17	17	12	16	20	17	17	17	...
USA und Kanada	Mill. DM	146	142	150	144	142	194	167	188	...
Japan	Mill. DM	108	100	105	104	123	155	137	141	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	266	287	290	271	280	321	324	325	...
Staatshandelsländer	Mill. DM	62	78	76	70	66	100	85	89	...

1) Nach dem Stand vom 1. 1. 1986.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1989	1990				1991			
		Monatsdurchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Einzelhandel										
Beschäftigte	1986 = 100	104	103 ^r	102	102	103	103	102	103	...
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	113	119	121	114	116	125	124	121	...
Großhandel										
Beschäftigte	1986 = 100	98	107 ^r	107	107	108	111	112	112	...
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	108	116	120	117	114	134	130	132	...
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1986 = 100	102	96	101	100	98	94	97	97	...
Teilbeschäftigte	1986 = 100	110	99	107	103	101	96	98	98	...
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	106	106	116	113	110	108	120	120	...
Beherbergungsgewerbe	1986 = 100	111	111	128	122	117	110	129	128	...
Gaststättengewerbe	1986 = 100	103	103	109	107	107	108	115	115	...
Fremdenverkehr in allen Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	506	516	739	633	595	460	624	580	...
* Ausländer	1 000	120	122	168	166	218	94	131	140	...
* Fremdenübernachtungen	1 000	1 719	1 757	2 269	2 062	2 375	1 560	2 095	2 087	...
* Ausländer	1 000	382	386	465	466	794	293	420	457	...
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
* Güterempfang	1 000 t	1 505	1 509	1 588	1 591	1 596
* Güterversand	1 000 t	935	931	1 025	921	910
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	14 665	15 289	17 627	15 786	15 272	22 809	20 945	21 792	26 210
Kraftfräder	Anzahl	501	564	1 011	657	584	1 388	1 069	915	786
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	13 215	13 731	15 462	14 022	13 608	19 970	18 651	19 565	24 254
* Lastkraftwagen	Anzahl	618	662	683	712	721	931	803	863	834
Zugmaschinen	Anzahl	202	197	295	248	192	292	213	238	175
Straßenverkehrsunfälle										
Anzahl	Anzahl	10 594	10 466	11 382	10 768	9 385	10 249	10 303	10 123 ^p	9 451 ^p
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 651	1 601	2 084	1 837	1 659	1 613	1 606	1 684 ^p	1 724 ^p
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	8 943	8 865	9 298	8 931	7 726	8 636	8 697	8 439 ^p	7 727 ^p
Verunglückte Personen	Anzahl	2 230	2 194	2 801	2 496	2 287	2 196	2 101	2 321 ^p	2 265 ^p
* Getötete	Anzahl	42	44	49	65	51	44	37	39 ^p	39 ^p
Pkw-Insassen	Anzahl	25	28	32	41	27	27	15	19 ^p	13 ^p
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	6	7	10	14	14	7	9	9 ^p	11 ^p
Radfahrer	Anzahl	2	2	2	5	4	2	2	4 ^p	7 ^p
Fußgänger	Anzahl	8	6	4	4	2	7	8	5 ^p	6 ^p
Schwerverletzte	Anzahl	606	575	735	670	653	616	597	629 ^p	594 ^p
Pkw-Insassen	Anzahl	348	336	370	376	331	365	299
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	110	97	181	148	150	113	148
Radfahrer	Anzahl	60	57	92	72	89	58	64
Fußgänger	Anzahl	70	64	65	51	52	64	74
Geld und Kredit										
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse ¹⁾	Anzahl	56	57	51	52	56	63	75	63	71
Angemeldete Forderungen	1 000 DM	22 644	21 884	6 915	26 162	11 498	62 125	33 193	34 239	50 898
* Vergleichsverfahren	Anzahl	0	0	-	-	-	-	1	-	-
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	454	356	360	414	414	403	333	331	382
* Wechselsumme	1 000 DM	3 117	3 163	3 186	3 379	2 700	3 876	3 757	3 767	3 163

1) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1989	1990				1991			
		Monatsdurchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Kredite und Einlagen¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	94 423	100 419	96 049	96 867	96 631	94 979	95 296	96 096	96 391
* Kredite an inländ. Nichtbanken	Mill. DM	92 039	97 964	93 943	94 765	94 510	92 884	93 225	93 973	94 307
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	16 130	17 679	16 661	17 271	16 732	18 140	18 455	18 963	18 978
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	15 933	17 388	16 063	16 894	16 313	17 744	17 877	18 635	18 667
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	197	291	598	377	419	396	578	327	311
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	7 278	8 838	7 730	7 869	7 966	9 274	9 285	9 451	9 673
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	6 070	6 729	6 210	6 293	6 348	6 954	7 054	7 094	7 212
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 207	2 109	1 520	1 576	1 618	2 321	2 231	2 357	2 461
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	68 630	71 447	69 552	69 625	69 813	65 470	65 486	65 559	65 656
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	57 557	59 818	58 215	58 421	58 581	57 205	57 255	57 315	57 542
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	11 073	11 628	11 337	11 204	11 232	8 265	8 231	8 244	8 114
* Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	87 693	92 721	87 821	87 908	87 919	91 606	91 865	92 005	91 798
* Sichteinlagen	Mill. DM	12 941	14 511	12 305	12 473	12 533	13 037	13 251	13 449	13 358
* Termineinlagen	Mill. DM	34 394	39 025	37 517	37 675	37 895	40 606	40 842	40 938	41 106
* Spareinlagen	Mill. DM	40 358	39 184	37 998	37 761	37 491	37 963	37 772	37 617	37 334
* Gutschriften auf Sparkonten ²⁾	Mill. DM	1 961	3 659	1 703	1 527	1 989	2 128	1 817	1 709	2 241
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	2 092	1 901	2 093	1 765	2 258	2 449	2 007	1 864	2 525
Steuern³⁾										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftsteuern	1 000 DM	1 684 151	1 619 863	1 563 481	1 912 165	1 338 927	1 119 160	1 676 292	2 084 576	1 738 914
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	1 198 337	1 120 714	1 051 457	1 466 990	840 261	592 747	1 129 410	1 549 585	1 151 571
* Lohnsteuer	1 000 DM	810 867	812 781	936 658	597 613	671 151	625 648	1 077 313	730 454	834 034
* Einnahmen aus der Lohnsteuererlegung	1 000 DM	147 927	148 868	374 684	—	—	—	423 433	—	—
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	129 669	115 837	— 50 363	380 872	— 42 635	— 43 576	— 43 396	429 865	9 784
* Kapitalertragsteuer	1 000 DM	42 405	41 749	17 566	23 539	246 301	11 557	29 159	24 549	265 609
* Körperschaftsteuer	1 000 DM	215 397	150 346	147 596	464 966	— 34 556	— 882	66 334	364 717	42 144
* Einnahmen aus der Körperschaftsteuererlegung	1 000 DM	4 580	19 563	104 634	—	—	—	50 286	—	—
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	485 813	499 150	512 024	445 175	498 666	526 413	546 882	534 991	587 343
* Umsatzsteuer	1 000 DM	304 982	339 379	346 469	292 029	343 245	350 299	356 851	361 909	417 545
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	180 832	159 771	165 555	153 146	155 421	176 114	190 031	173 082	169 798
* Zölle	1 000 DM	15 982	11 877	14 439	11 532	10 788	14 075	16 343	13 027	13 511
* Bundessteuern	1 000 DM	119 811	80 544	73 602	70 425	88 916	62 739	84 924	82 181	90 518
* Kapitalverkehrsteuern	1 000 DM	2 501	1 859	2 107	1 453	2 382	557	1 518	887	891
* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	115 073	76 260	69 403	66 962	84 473	59 933	80 971	79 011	86 374
* Landessteuern	1 000 DM	99 837	91 563	136 250	60 316	71 605	94 990	147 042	80 399	84 071
* Vermögensteuer	1 000 DM	24 161	21 432	56 418	1 287	5 039	9 013	61 655	4 650	6 336
* Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	48 635	42 963	53 025	30 387	41 869	55 314	43 326	41 995	47 102
* Biersteuer	1 000 DM	6 349	6 392	6 526	7 901	6 580	2 748	10 652	8 019	6 842

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank sowie Postgiro- und Postsparkassenämter); ohne durchlaufende Kredite. – 2) Einschl. Zinsgutschriften. – 3) Ohne die durch die Euro-Zoll-Kasse in Trier vereinnahmten Steuern und Abgaben.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1989	1990			1991				
		Monatsdurchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
* Gemeindesteuern ¹⁾	1 000 DM	657 925	639 479	-	619 390	-	-	-	684 909 ^P	-
* Grundsteuer A	1 000 DM	8 297	8 102	-	8 926	-	-	-	9 321 ^P	-
* Grundsteuer B	1 000 DM	101 130	104 286	-	114 488	-	-	-	106 509 ^P	-
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	1 000 DM	491 393	466 448	-	432 717	-	-	-	506 001	-
Grunderwerbsteuer	1 000 DM	41 661	45 384	-	42 303	-	-	-	41 040	-
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften ²⁾										
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	975 505	908 052	865 934	1 019 924	817 741	690 496	927 735	1 117 699	1 021 525
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	528 629	490 710	459 257	660 109	372 991	252 717	487 162	687 769	512 510
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	315 783	324 453	332 821	289 369	324 137	342 173	355 478	347 748	381 776
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	857 267	841 589	848 028	983 832	689 968	614 109	883 005	1 006 765	893 342
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	523 922	486 496	456 467	657 476	367 562	248 533	482 569	685 196	507 487
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	222 226	251 184	255 057	266 019	219 104	237 719	253 223	241 169	265 063
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾	1 000 DM	1 009 201	989 035	-	906 740	-	-	-	1 024 460 ^P	-
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ³⁾	1 000 DM	419 514	398 194	-	369 177	-	-	-	429 136	-
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	423 154	417 809	-	350 891	-	-	-	416 416	-
Preise										
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet	1985 = 100	104,2	107,0	106,7	106,8	106,8	109,5	109,9	110,5	111,5
* Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1985 = 100	102,6	105,6	106,3	106,2	105,9	108,2	108,7	109,3	109,6
* Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet, Bauleistungen am Bauwerk ⁴⁾	1985 = 100	109,4	116,4	116,2	-	-	-	124,3	-	-
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttostundenverdienste	DM	19,04	20,01	-	-	20,21	20,79	-	-	...
* Männliche Arbeiter	DM	19,94	20,97	-	-	21,16	21,76	-	-	...
* Facharbeiter	DM	20,94	22,05	-	-	22,27	22,87	-	-	...
Angelernte Arbeiter	DM	19,19	20,15	-	-	20,35	20,92	-	-	...
Hilfsarbeiter	DM	17,29	18,05	-	-	18,19	18,69	-	-	...
* Weibliche Arbeiter	DM	14,03	14,71	-	-	14,88	15,33	-	-	...
* Hilfsarbeiter	DM	13,95	14,60	-	-	14,82	15,12	-	-	...
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	40,5	39,9	-	-	39,9	39,7	-	-	...
Männliche Arbeiter	Std.	40,8	40,2	-	-	40,2	40,1	-	-	...
Weibliche Arbeiter	Std.	38,9	38,4	-	-	38,3	37,9	-	-	...
Angestellte										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttomonatsverdienste	DM	4 731	4 942	-	-	4 948	5 141	-	-	...
Kaufmännische Angestellte	DM	4 251	4 443	-	-	4 444	4 628	-	-	...
* männlich	DM	5 096	5 311	-	-	5 307	5 516	-	-	...
* weiblich	DM	3 300	3 474	-	-	3 487	3 624	-	-	...
Technische Angestellte	DM	5 131	5 346	-	-	5 355	5 546	-	-	...
* männlich	DM	5 252	5 468	-	-	5 481	5 674	-	-	...
* weiblich	DM	3 723	3 924	-	-	3 920	4 096	-	-	...
im Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen	DM	3 215	3 389	-	-	3 400	3 562	-	-	...
Kaufmännische Angestellte	DM	3 197	3 366	-	-	3 367	3 520	-	-	...
* männlich	DM	3 801	3 983	-	-	3 988	4 162	-	-	...
* weiblich	DM	2 676	2 824	-	-	2 823	2 945	-	-	...

1) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. – 2) Ohne die der EG zustehenden Einnahmen aus Zöllen. – 3) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. – 4) Ohne Baunebenleistungen.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes ¹⁾

Berichtsmerkmal	Einheit	1989	1990				1991			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	62 103	...	63 074	63 148	63 232
Eheschließungen ²⁾	Anzahl	33 109 ^p	34 504 ^p	28 643 ^p	54 559 ^p	49 455 ^p	25 675 ^p	26 778 ^p	58 870 ^p	...
Lebendgeborene ³⁾	Anzahl	56 451 ^p	60 303 ^p	56 237 ^p	61 344 ^p	56 487 ^p	57 828 ^p	60 785 ^p	61 146 ^p	...
Gestorbene ⁴⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	57 727 ^p	59 142 ^p	58 260 ^p	58 104 ^p	54 130 ^p	58 886 ^p	59 595 ^p	57 770 ^p	...
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	- 1 276 ^p	1 161 ^p	- 2 023 ^p	3 240 ^p	2 357 ^p	- 1 058 ^p	1 190 ^p	3 376 ^p	...
Arbeitslose	1 000	2 038	1 883	1 915	1 823	1 808	1 731	1 652	1 604	1 593
Männer	1 000	1 070	968	977	918	906	938	871	842	835
Arbeitslosenquote	%	7,9	7,2	7,3	7,0	6,9	6,5	6,2	6,0	5,9
Offene Stellen	1 000	251	314	324	335	337	341	349	358	364
Kurzarbeiter	1 000	108	56	65	44	38	139	145	111	163
Männer	1 000	91	45	52	33	28	115	118	85	135
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe⁵⁾										
Beschäftigte	1 000	7 213	7 412	7 334	7 354	7 382	7 514	7 506	7 500	7 504
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	655	666	648	687	644	671	697	649	666
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	142 021	152 000	142 455	153 778	148 646	163 204	167 500	155 794	168 422
Auslandsumsatz	Mill. DM	43 766	44 389	43 436	46 961	44 599	44 096	45 501	41 518	44 844
Index der Nettoproduktion für das Verarbeitende Gewerbe (kalendermonatlich)	1985 = 100	113	118	112	121	117	124	127	118	126
Grundstoff- und Produktionsgüter-gewerbe	1985 = 100	109	111	109	114	110	114	118	111	116
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	116	123	116	127	123	128	132	120	133
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	111	118	111	119	112	127	129	115	124
Nahrungs- und Genußmittel-gewerbe	1985 = 100	106	119	101	116	113	124	130	126	128
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	31 452	...	31 285	30 436	28 182
Gaserzeugung	Mill. m ³	2 739	2 730	2 759	2 412	2 393	3 266
Bauwirtschaft und Wohnungs-wesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	999	1 034	1 029	1 037	1 043	1 023 ^p	1 045 ^p	1 050 ^p	1 054 ^p
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	109	112	113	128	117	111 ^p	128 ^p	117 ^p	123 ^p
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	10 378	11 639	10 170	11 824	12 073	9 840 ^p	11 919 ^p	12 646 ^p	14 114 ^p
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	11 355	12 747	14 114	15 134	14 514	11 562	12 956	12 052	...
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	10 254	10 912	12 293	13 210	12 499	9 804	11 016	10 087	...
Wohnfläche	1 000 m ²	2 018	2 572	2 762	2 882	2 856	2 445	2 713	2 555	...
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	2 793	2 904	2 723	3 161	3 194	2 667	3 009	3 022	...
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	23 002	32 612	33 303	35 095	35 610	30 984	34 589	32 887	...
Handel										
Einzelhandel										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	113,6	125,6	120,2	124,7	116,2	142,6	138,5	135,4	132,0 ^p
Gastgewerbe										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1980 = 100	110,5	116,3	112,0	129,2	122,4	117,4	118,6 ^p	129,5 ^p	...

1) Gebietsstand 2. Oktober 1990. – 2) Nach dem Ereignisort. – 3) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 4) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 5) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes ¹⁾

Berichtsmerkmal	Einheit	1989	1990			1991			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Ausfuhr (Spezialhandel) ¹⁾	Mill. DM	53 420	53 554	52 019	55 783	50 511	56 193
EG-Länder insgesamt ²⁾	Mill. DM	29 389	29 188	29 122	30 537	27 541	30 571
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	3 832	3 980	3 867	3 993	3 598	4 300
Frankreich	Mill. DM	7 026	6 981	6 650	6 970	6 211	7 195
Großbritannien	Mill. DM	4 947	4 559	4 782	4 992	4 709	4 320
Italien	Mill. DM	4 984	4 998	5 172	5 503	4 940	5 181
Niederlande	Mill. DM	4 533	4 523	4 542	4 665	4 158	5 005
Einfuhr (Spezialhandel) ¹⁾	Mill. DM	42 205	45 881	44 820	43 745	42 308	53 355
EG-Länder insgesamt ²⁾	Mill. DM	21 555	23 882	23 287	22 546	22 112	28 842
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	2 914	3 313	3 187	3 267	3 248	4 062
Frankreich	Mill. DM	5 034	5 425	5 216	4 712	4 754	6 821
Großbritannien	Mill. DM	2 891	3 087	2 851	2 903	2 922	3 611
Italien	Mill. DM	3 766	4 319	4 290	4 226	4 187	5 016
Niederlande	Mill. DM	4 325	4 662	4 788	4 516	4 121	5 417
Geld und Kredit ³⁾									
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)									
Kredite an inländische Nichtbanken	Mrd. DM	2 411	2 815	2 453	2 461	2 475	2 851	2 866	2 890
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	1 863	2 210	1 903	1 908	1 928	2 245	2 257	2 276
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	548	604	551	553	547	606	609	614
Einlagen von Nichtbanken	Mrd. DM	1 766	2 066	1 750	1 762	1 755	2 023	2 020	2 034
Spareinlagen	Mrd. DM	706	756	678	673	671	742	737	733
Steuern									
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	33 521	34 127	25 292	25 120	41 636
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	22 122	21 253	12 778	13 249	31 100
Lohnsteuer	Mill. DM	15 153	14 799	12 495	12 937	14 202
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	3 067	3 043	- 297	- 11	8 345
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	10 957	12 410	11 550	11 491	10 533
Umsatzsteuer	Mill. DM	5 666	6 612	5 848	5 888	5 606
Zölle	Mill. DM	566	597	588	568	568
Bundessteuern	Mill. DM	5 112	5 490	4 872	5 307	5 032
Versicherungsteuer	Mill. DM	349	369	98	328	235
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	4 620	4 964	4 439	4 829	4 603
Preise									
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ⁴⁾	1985 = 100	96,4	95,7	96,6	96,7	96,2	96,8	97,1	98,2
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ⁴⁾	1985 = 100	99,8	94,7	98,2	98,7	98,9	94,7	94,2	96,5 ^P
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ⁴⁾	1985 = 100	99,3	101,0	100,7	100,8	100,8	102,0	102,9	103,0
Preisindex für Wohngebäude									
Bauleistungen insgesamt	1985 = 100	109,1	115,9	-	115,7	-	-	-	124,6
Bauleistungen am Bauwerk ⁵⁾	1985 = 100	109,4	116,4	-	116,2	-	-	-	124,3
Preisindex für den Straßenbau	1985 = 100	106,6	113,2	-	113,1	-	-	-	121,0
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1985 = 100	104,2	107,0	106,5	106,7	106,8	109,0	109,5	109,9
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1985 = 100	102,6	105,6	105,9	106,3	106,2	107,6	108,2	108,7
Bekleidung, Schuhe	1985 = 100	106,0	107,5	107,0	107,2	107,2	109,2	109,5	109,8
Wohnungsmieten	1985 = 100	108,8	112,5	111,7	112,0	112,3	115,7	116,2	116,8
Energie (ohne Kraftstoffe)	1985 = 100	82,0	85,5	83,4	83,1	82,7	86,8	87,3	88,2
Übriges für die Haushaltsführung	1985 = 100	104,9	107,3	106,8	107,1	107,2	109,3	109,6	110,3
Güter für Gesundheits- und Körperpflege	1985 = 100	108,6	110,3	110,0	110,1	110,3	112,5	112,7	112,9
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1985 = 100	103,3	106,1	104,7	104,7	104,8	107,7	109,5	110,0
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	1985 = 100	103,8	106,1	105,8	106,1	106,0	107,8	107,8	107,8
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1985 = 100	113,1	115,3	115,9	115,8	116,1	116,5	116,1	116,2

Außenhandel: Ab Berichtsmonat Oktober 1990 einschl. der neuen Bundesländer, Monatsdurchschnitt nach Stand 2. 10. 1990.

1) Gebietsstand 3. Oktober 1990. - 2) Nach dem Stand vom 1. 1. 1986. - 3) Kredite und Einlagen der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. - 4) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). - 5) Ohne Baunebenleistungen.

kurz + aktuell

untergebracht werden. Ende 1990 befanden sich 2 359 Kinder in Vollzeitpflege, das heißt in einer ununterbrochenen Betreuung über Tag und Nacht für mindestens sechs Wochen. Ihr Anteil verringerte sich zwischen 1986 und 1990 von 74 % auf 57 %. Daneben gab es 113 Kinder in Wochenpflege. us

Anstieg der Teilzeitbeschäftigung bei den Lehrkräften

Im Schuljahr 1989 / 90 erteilten an den allgemeinbildenden Schulen und Kollegs in Rheinland-Pfalz 26 554 hauptamtliche Lehrer insgesamt 558 598 Wochenstunden Unterricht. Von den Lehrern waren 19 279 vollzeitbeschäftigt und 7 275 teilzeitbeschäftigt. Der Anstieg der Lehrerschaft war durch die um 4,2 % gestiegenen Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse begründet. Der Anteil der Vollzeitbeschäftigten ging um 0,6 % zurück.

Zusätzlich waren 4 161 nebenamtliche Lehrer eingesetzt, die 21 035 Unterrichtsstunden hielten. Schüler an Sonderschulen wurden zudem von 907 pädagogischen Fachkräften betreut. pu

Mehr über dieses Thema auf Seite 214

Studienneigung wächst

Zum Jahresbeginn äußerten von 14 100 befragten Schülern vor Erwerb der Hochschulreife 75,6 % die Absicht, zu studieren. Eine solch hohe Studienneigung war in Rheinland-Pfalz zuletzt 1982 (76,5 %) festgestellt worden. Sie liegt damit weit über dem Bundesdurchschnitt (einschl. der neuen Bundesländer) von 66,6 % und auch höher als im Durchschnitt der alten Bundesländer (68,8 %).

Von den Befragten strebten 10 100 die allgemeine Hochschulreife an, 4 000 die Fachhochschulreife. Unter den angehenden Abiturienten war dabei mit 78 % der Wunsch zu studieren deutlich häufiger als bei den Schülern mit angestrebter Fachhochschulreife (69,7 %).

Gegenüber dem Vorjahr hat sich der Unterschied in der Studienneigung bei Jungen und Mädchen etwas verringert. 1991 wollten 80 % der befragten 7 700 Jungen und 70 % der befragten 6 400 Mädchen ein Studium aufnehmen. 1990 hatten noch 79 % der Jungen und 65 % der Mädchen den Wunsch, zu studieren.

Zurückgegangen ist auch der Anteil der Unentschlossenen. Er hatte 1990 bei 13,9 % der Befragten gelegen, 1991 bei 12,3 %. Ohne jegliche Studienabsicht waren 1991 12,1 % der Befragten (1990: 13,2 %).

Deutlich gestiegen ist der Trend zum Lehramtsstudium: 11,9 % der befragten Abiturienten gaben 1991 an, einen Lehramtsstudiengang anzustreben. 1990 hatte die entsprechende Quote noch bei 6,9 % gelegen. ke

3,2 Mrd. DM für den Umweltschutz

Das produzierende Gewerbe investierte seit 1977 über 3,2 Mrd. DM in Einrichtungen zum Schutze der Umwelt. Die Investitionen konzentrierten sich auf Maßnahmen zur Reinhaltung der Luft (45 %), auf den Gewässerschutz (38 %), auf die Abfallentsorgung (11 %) und die Lärmbekämpfung (6 %). Als Folge verschärfter gesetzlicher Bestimmungen wurden seit Mitte der 80er Jahre deutlich mehr Umweltschutzinvestitionen getätigt. Ihr Anteil an den Gesamtinvestitionen stieg zwischen 1985 und 1989 ebenfalls, und zwar von 4,9 auf 9,1 %. Die chemische Industrie hat ihre Investitionen für den Umweltschutz innerhalb der Jahre 1987 bis 1989 verdoppelt und damit maßgeblich zu dieser Entwicklung beigetragen. 1989 wurde in dieser Branche jede fünfte investierte Mark auf die Verringerung oder Vermeidung der mit der Produktion verbundenen Umweltbelastung und -gefährdung verwendet. wz

Mehr über dieses Thema auf Seite 209

Themen der letzten Hefte

Heft 5 / Mai 1991

Struktur der Wein- und Traubenvermarktung 1989
Außenhandel mit Gütern der Ernährungswirtschaft 1970 bis 1990
Verdienste und Arbeitszeiten im Handwerk
Erreichbarkeitsmodell Rheinland-Pfalz
– Teil III –

Heft 6 / Juni 1991

Die Wahl zum 12. Landtag Rheinland-Pfalz
Verbraucherpreise für Kraftstoffe und Heizöl 1985 bis März 1991

Heft 7 / Juli 1991

Die Bauwirtschaft
Nichtwohnbau 1990
Einkommensschichtung 1986
Neuberechnung des Index der Nettoproduktion im produzierenden Gewerbe

Heft 8 / August 1991

Mädchen und Frauen im Bildungsbereich
Wohnungsbau 1990
Ernteerträge und -aussichten 1991
Kostenrechnung für die automatische Datenverarbeitung

Zeichenerklärungen

- | | |
|--|--|
| <ul style="list-style-type: none"> - = nichts vorhanden 0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit · = kein Nachweis vorhanden / Angabe nicht möglich ... = Angabe fällt später an () = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist | <ul style="list-style-type: none"> D = Durchschnitt p = vorläufige Angabe r = berichtigte Angabe s = geschätzte Angabe |
|--|--|

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 – 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.